Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 6. Dezember 1920. 31. Jahrgang · Nr. 285

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto Leipzig 14695. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil.

Der Verschmelzungs-Parteitag.

Wieder vereint.

Fast zwei Jahre lang sind diejenigen, die im Grunde genommen darin einig waren, daß auch das deutsche Proletariat den Weg des russischen gehen, im Kampfe die politische Macht erobern und mit der rücksichtslosesten Diktatur bis zur Vollendung des Sozialismus aufrechterhalten müsse, getrennte Wege zu diesem Ziele gegangen, die einen in dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Spartakusbund, die anderen in der großen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der revolutionären Arbeitermassen in stetem Kampfe mit der reformistischen Bureaukratie dieser Partei. Nun hat sie zum erstenmal eine Tagung wieder brüderlich vereint. Mit Recht konnte Genosse Levi betonen, daß es kein Zufall ist, daß diese Einigung auf dem Wege über Moskau durch das Wirken der 3. Internationale herbeigeführt wurde. Unsere Gegner mögen darüber höhnen, wir sehen darin den anschaulichen Beweis dafür, wie gewaltig die 3. Internationale eine über die staatlichen Grenzen Rußlands und über alle Grenzen überhaupt hinweg wirkende Macht geworden ist. Das war der tragende Grundgedanke der Ausführungen Levis. Nachdem er gezeigt hatte, wie in der ganzen Welt das kapitalistische System an der Grenze seiner Lebensfähigkeit angelangt und zum Hemmnis der wirtschaftlichen Fortentwicklung und Gesundung geworden ist, schilderte er, wie dadurch mit Notwendigkeit der Kampf der kapitalistischen Staaten gegen das sozialistische Rußland ein Kampf wird, der sich nicht auf die Grenzen Rußlands beschränkt, nicht nur an seinen Fronten geschlagen wird, sondern an einer unsichtbaren Front, die sich durch alle kapitalistischen Staaten hinzieht. Die in dieser unerhörten Weltschlacht für die zukünftige Ordnung kämpfenden Massen aller Proletarier werden zusammengehalten durch die 3. Internationale, in deren Zeichen auch wir hier in Deutschland uns zusammenfinden.

Hatte Levi die Vorgänge auf dem internationalen Kampffeld in helles Licht gerückt, so unternahm es Däumig, die Probleme aufzurollen, an deren Lösung die neuerstandene große kommunistische Einheitspartei, aber nicht im Sinne der Crispien, sondern im Sinne einer revolutionären Aufrüttelung, einer Aufklärung über das ABC des Kommunismus, über die Umsetzung des Kommunismus in die Tat, über die Notwendigkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Situation für die Arbeiterklasse ergeben. Wir müssen von der Theorie zur Aktion kommen. 500 000 Agitatoren müssen in diesem Sinne tätig sein. Der wirtschaftliche Zusammenbruch bedroht alle Schaffenden und in den Kreisen aller Werktätigen steigert sich daher der Wille zur entschlossenen Tat, welche mit historischer Notwendigkeit kommt. Mit dieser historischen Entwicklung geht unsere Partei und die gewaltigen unwiderstehlichen Kräfte, die diese Entwicklung hervorbringt, sind unsere Bundesgenossen. Wer da nicht mit will, soll uns ferne bleiben. Die anderen aber wollen wir zusammenfassen in einer großen, einheitlichen, aktionsfähigen Partei.

Hatte schon die einmütige Zustimmung, die beide Referate fanden, gezeigt, daß die Wiedervereinigung keine bloß äußerliche oder gar erzwungene Formalität ist, so kam dies noch mehr zum Ausdruck in dem stürmischen Jubel, mit dem die temperamentvollen von wahrhaft revolutionärer Leidenschaft durchglühten Worte der greisen Klara Zetkin über den Kampf der russischen Proletarier gelohnt wurden. Alle Teilnehmer fühlen sich bereits voll und ganz als Anhänger einer einzigen Partei. Auch in den Ausführungen der Diskussionsredner ist nichts mehr von einem Gegensatz zwischen Mitgliedern des Spartakusbundes und Anhängern der linken USP. zu bemerken. Von einzelnen Rednern wird scharfe Kritik an den beiden Referaten geübt und damit am besten bewiesen, wie lächerlich das Gerede ist, durch die Annahme der 21 Bedingungen würde jedes geistige Leben in der Partei ertötet. Das zeigte sich auch darin, daß wiederholte Versuche, die Debatte vorzeitig abzuschließen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurden.

So zeigte dieser erste Tag des Vereinigungsparteitages, daß es zwischen den Delegierten keine Parteischranken mehr gibt. So wird es auch bei den Massen der Mitglieder draußen sicher der Fall sein.

•

Der Verlauf des Parteitages.

Erster Sitzungstag.

Am Sonnabendvormittag begann im großen Saale des Berliner Lehrervereinshauses der Verschmelzungsparteitag der linken USP. und der KPD. Der Saal ist festlich geschmückt. Auf den mit roten Tüchern drapierten Galerien drängte sich Kopf an Kopf die Menge der Zuschauer. Ueber dem Podium ist in großen einfachen Linien, ohne pompöse Ornamente, das Wahrzeichen Sowjet-Rußlands angebracht: der rote Sowjetstern, der, übereinander gekreuzt, Hammer und Sichel, das Wahrzeichen der Bauern und Arbeiter, das Symbol des Schaffens, aber auch des Kampfes trägt.

Pünktlich um 10 Uhr eröffnet der provisorische Vorsitzende, Genosse Braß (Remscheid), mit einigen einleitenden Worten den Parteitag:

Dieser Parteitag soll die Vereinigung des revolutionären Proletariats Deutschlands bringen. Hier wird der Boden geschaffen, auf dem sich die zur Tat bereiten proletarischen Massen sammeln. Die Reaktion erhebt immer dreister das Haupt. Wir müssen unsere Arbeit erledigen in kameradschaftlichem, kommunistischem Geist. Zwei Ströme der Arbeiterbewegung fließen zusammen; sie müssen so miteinander verschmelzen, daß später niemand mehr erkennt, von welcher Seite der einzelne gekommen ist. Wir übernehmen gewaltige Pflichten, aber wir wollen sie erfüllen. In diesem Sinne eröffne ich den Parteitag.

Im Namen der Berliner Arbeiter heißt Genosse Schindler die erschienenen Delegierten willkommen:

Es gilt, die organisatorischen Folgen aus dem Kongreß von Halle zu ziehen. Wir müssen geschlossen den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen. Dieser Parteitag wird die Marschroute geben für die kommenden Kämpfe.

Unser Kampf wird hartnäckig und schwer sein. Wir geloben, alles zu tun, um die Revolution vorwärtszutreiben unter dem Banner der Kommunistischen Internationale. (Beifall.)

Die Vorschläge der gestrigen Einzelparteitage über die Bureau- und Kommissionsbildung werden angenommen. Zu Vorsitzenden werden Pieck und Braß gewählt, ins Bureau Pleitner, Remmele, Sievers und König. Die Mandatsprüfungskommission, die Organisationskommission für Anträge und die Programmkommission, bestehend aus den Genossen Paul Levi, Ernst Däumig, Thalheimer, Kurt Geyer, Brandler, Klara Zetkin, Stoecker und Koenen, werden bestätigt.

Die Vertreter der ausländischen Bruderparteien

erhalten nunmehr zu Begrüßungsansprachen das Wort. Es sind erschienen die Genossen Robert Williams von der KP. Großbritanniens und dem englischen Transportarbeiter-Verband, Bringolf von der Linken der Schweizer Sozialdemokratie (die Genossen Welti und Rosa Grimm, die gestern in Berlin waren, mußten, um am gleichzeitig stattfindenden Schweizer Parteitag teilnehmen zu können, gleich wieder abreisen), Dolezal von der Tschecho-Slowakischen Linken, Neurath von der deutschen linken Sozialdemokratie der Tschecho-Slowakei, Cedon von der KP. Hollands und Kovatzes von der KP. Ungarns.

Genosse Williams (London)

von stürmischem Beifall begrüßt: Ich überbringe im Namen der britischen KP. der Vereinigten KP. Deutschlands brüderliche Grüße. Wir, die wir den Krieg gewonnen zu haben behaupten, können auch nicht die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages ertragen. Eine große, wachsende Armee von Arbeitslosen besteht bei uns ganz wie bei euch. Die englische Arbeiterklasse hat keinen Vorteil durch die Deutschland fortgenommenen Schiffe erhalten, genau wie die französische Arbeiterklasse keinen Vorteil aus der Kohle hat, die man dem deutschen Proletariat raubt. Man hat den Leichnam der 2. Internationale nach London gebracht. Der Londoner Kongreß hat kein Wort der Verurteilung für den weißen Terror in Amerika, Ungarn, Finnland und Irland gefunden. Aber er hat die Unterdrückung der konterrevolutionären Machenschaften durch unsere russischen Genossen heftig angegriffen. Ich war als Mitglied der englischen Arbeiterdelegation sechs Wochen in Sowjet-Rußland und ich erkläre: Wenn die kommunistische Regierung seit Oktober 1917 ihre großen ausbauenden Pläne hätte in Frieden durchführen können, wäre Rußland heute das reichste Land der Welt.

In England hat der Dreibund der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter 1918 und 1919 gegen die militärische Intervention in Rußland, gegen die Unterdrückung Koltschaks, Denikins und Judeniczs gekämpft. Der Aktionsausschuß der englischen Arbeiter ist der allbritische Sowjet im Keime. Unsere Arbeiter werden im Gebrauch der Streikwaffe geschult. Unsere Arbeiterbewegung befindet sich im Uebergangsstadium. Die Independant Labour Partn spaltet sich. Das britische Proletariat sendet euch seine Grüße. Mögen wir bald ein rotes England, ein rotes Deutschland vereinigt im Kampfe gegen den Kapitalismus haben. Es lebe die Weltrevolution! Es lebe Sowjet-Rußland! Es lebe die Kommunistische Internationale! (Stürmischer Beifall.)

Genosse Bringolf (Schweiz):

Wir sind ein Land, das nicht groß ist, aber wir haben in der Schweiz gute Kommunisten. Ihr habt fünf verschiedene Parteien. Wir haben eine einzige Partei, in der es aber fünf Richtungen gibt, die die ganze Partei aktionsfähig machen. Euer Vereinigungsparteitag ist für alle Länder von größter Bedeutung. (Beifall.)

Genosse Kovayes (Ungarn):

Das ungarische Proletariat stand 4½ Monate an der Spitze des Weltproletariats. Es hat furchtbare Opfer gebracht. Das deutsche Proletariat muß die Lehren aus der ungarischen Revolution ziehen. Wir begrüßen die Bildung der wohlorganisierten, starken, disziplinierten Kommunistischen Partei. Hoch die Weltrevolution! (Beifall.)

Genosse Dolezal (Prag):

Die tschechische Nation hat jetzt ihre Befreiung erreicht, aber die bedeutet eine Befreiung der Bourgeoisie. Das tschechische Proletariat muß seinen Kampf weiter führen gemeinsam mit der Arbeiterklasse Deutschlands. Auch in unserer Partei wird der Kampf zwischen den Scheidemännern, den Thusarleuten und uns Linken geführt, die wir uns zur Kommunistischen Partei entwickeln wollen. (Beifall.)

Genosse Neurath (Brünn):

Die Linke der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei begrüßt euch! Der Beschluß des Parteitages der Rechten der tschechischen Partei ging dahin, sich der 2. Internationale anzuschließen. Das ist eine freche Provokation, auf die wir durch den schärfsten Kampf antworten werden.

Genosse Cedon (Amsterdam):

Ich überbringe euch die Grüße der KP. Hollands. Holland ist im Begriff, ein Herd der Konterrevolution zu werden. Wir beherbergen nicht nur den Kaiser, sondern auch in Amsterdam die Amsterdamer Internationale. (Heiterkeit.) Wir werden Amsterdam in Amsterdam bekämpfen. Genosse Ravestijn hat mit Recht in unserer Kammer gesagt, in ein bis zwei Jahren wird die holländische Volkswirtschaft vernichtet sein. Es lebe die Kommunistische Internationale. (Beifall.)

Der Vorsitzende verliest

Begrüßungstelegramme

des linken Flügels der Independant Labour Party, der linkssozialistischen Partei Schwedens, deren Delegierte wegen Paßschwierigkeiten nicht eintreffen konnten. Die schwedischen Glückwünsche sind unterzeichnet von Höglund, Kielborn, Ström. Die Vertreter der Linkssozialisten Dänemarks erhielten kein deutsche Einreiseerlaubnis. (Zwischenrufe.) Ein Telegramm der KP. Jugoslawiens, unterzeichnet von Marcowicz, begrüßt die Parteitag als Ereignis von welthistorischer Bedeutung.

Braß verliest folgendes Telegramm: „Die revolutionären Arbeiter der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A. G. Piesteritz senden ihren Brüdern auf dem Parteitag zur bedeutungsvollen Tagung die herzlichen Grüße und überweisen dem Parteitag als äußeres Zeichen der Sympathie den Betrag von 3480,30 Mk., welche Summe in die Kasse der Vereinigten Kommunistischen Partei fließen soll. (Beifall.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhält zum Punkt Aktionsprogramm Levi das Wort.

Levis Referat.

Sie werden es nicht übelnehmen, wenn ich unsern Parteitag mit tiefer innerer Erregung begrüße. Denn dieser Parteitag ist das Ergebnis einer langen und schweren Entwicklung, blutige Zeichen der Geschichte führen zu diesem Parteitag hin, ein ungeheures Ereignis in der Geschichte des Proletariats der Welt bedeutet. Zu tiefster Bewegung gibt uns auch Veranlassung, daß wir jetzt wieder zusammensitzen und sitzen mit vielen Genossen, mit denen uns die Arbeit langer Zeit verbunden hält und von denen wir getrennt waren, weil wir und sie glaubten, auf verschiedenen Wegen dasselbe Ziel erreichen zu können.

Wir Mitglieder der KP. sind

einen ungeheur schweren Weg

gegangen. Die Kämpfe mit der Bourgeoisie, die Illegalität, hat uns das Schwerste gebracht. Und nicht nur gegen die Bourgeoisie hatten wir zu kämpfen. In der Illegalität mußten wir eine Auseinandersetzung, eine Spaltung der Partei durchfechten. Wir haben das auf uns genommen, wir haben das alles getan mit dem Bewußtsein, dem Proletariat damit einen Dienst zu erweisen, indem wir eine taktische Plattform zur Sammlung des revolutionären Proletariats suchten.

Die Genossen von der USP. sind einen anderen Weg gegangen. Sie konnten in einer Massenpartei bleiben, sie konnten mit großen Massen in die Kämpfe eintreten, in die wir nur unsere Direktive hineingelen konnten. Dort, wo die großen Massen des deutschen Proletariats standen, spielte sich die Entwicklung des deutschen Proletariats ab. An der Geschichte der USP. ist zu sehen, wie sich die deutsche Arbeiterklasse von der Unklarheit, von den Illusionen des November 1918 durchkämpfte zum Kommunismus. Es gab wohl keinen unter uns, der nicht das Gefühl gehabt hätte, daß die Massen, die um dasselbe rangen wie wir, aber anders rangen, wieder mit uns zusammenfinden mußten. Die Zeit ist gekommen und hier soll die Vereinigung vollzogen werden.

Es ist kein Zufall, daß der Weg zu dieser Vereinigung über Moskau ging. Viele werden nun wiederum sagen, es sei alles doch die Diktatur von Moskau, die unsere Partei geschaffen habe. Das aber ist es nicht. Daß sich das revolutionäre Proletariat Deutschlands, das seine Vereinigung sich in eigenen Kämpfen erobert hat, in Moskau gefunden hat, ist ein Ausdruck dafür, daß Sowjet-Rußland heute die Politik des Weltproletariats beherrscht. Jede Niederlage, jedes Zucken, jeder Sieg Sowjet-Rußlands wirkt zurück auf das Proletariat der ganzen Welt. Sofort das Beispiel der deutschen Arbeiterschaft nicht allein, heute vollziehen wir die Vereinigung der deutschen Kommunisten. In acht Tagen wird die Schweiz, in 14 Tagen Frankreich und fünf Tage später Italien unserem Beispiele folgen. Die Vereinigung der Kommunisten Deutschlands ist das Glied einer Kette, die sich durch die ganze Welt zieht. Vorbereitet im Schoß des deutschen Proletariats wirkt sie als Tat in der Weltrevolution. So dürfen wir uns nicht darauf beschränken, die Ereignisse in Deutschland zu betrachten vom Standpunkt des deutschen Proletriats aus. — Diesen Teil der Ausführungen wird Genosse Däumig in seinem Referat geben. — Wir müssen versuchen, die deutsche Vereinigung im Rahmen der internationalen Geschehnisse zu werten.

Als im November die Proletarier zurückflüteten, war die Meinung vieler: Wenn wir nur erst wieder zu Hause sind, dann wird das Rad schon gehen wie früher, wie 1914. Die Wiederherstellung der Zustände der Vorkriegszeit, das schon empfand man als Erlösung. Wie in Deutschland, so war es in der Internationale. Die Proletarier auf der anderen Seite des Schützengrabens hatten je

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0001

Als man ihnen sagte, gesiegt, hatten die Demokratie verteidigt, die Freiheit der Welt gesichert. Sie kamen nach Hause und sehnten sich aus all dem Blut und Schmutz nach nichts anderem, als nach Ruhe und Frieden, wie sie gelebt hatten. Es schien auch, als wäre dies möglich. Wohl war die Not an Waren groß, die ganze Welt war ausgebungert, entblößt von allen Lebensnotwendigkeiten. Die Maschinen konnten soviel produzieren, als sie nur ausgaben, es wurde verschlungen von dem Warenhunger der Welt.

Doch eines Tages war damit Schluß.

Die Wirtschaftskrise begann.

Diese Krise hat einen anderen Charakter, als die Krisen, die der Kapitalismus früher periodisch mit sich brachte. Jene Krisen wurden erzeugt dadurch, daß immer neue Produktionsmittel in Gang gesetzt, immer größere Warenmengen hergestellt wurden bis zur Überstopfung des Marktes. Heute beginnt die Krise mit einem „Käuferstreik". Warum aber hören die Käufer auf zu kaufen? Ist die Not geringer geworden? Nein, was wir sehen, ist kein erzwungener Streik der Käufer, es ist die absolute Unfähigkeit, die Kaufkraft der Massen, die sie heute verbindert, Ware zu kaufen, was sie unbedingt bedürfen. Vom Käuferstreik rollte die Krise zurück. Der Käufer kann nicht kaufen, der Händler kann infolgedessen keine Waren beziehen, der Fabrikant nicht mehr produzieren. Die Proletarier, deren Not bereits vorher so groß war, daß sie kaufunfähig waren, werden auf die Straße geworfen, und zu ihrer Not wird die doppelte Not der Arbeitslosigkeit gefügt. Wie denkt der Kapitalismus sich aus dieser Krise zu entwinden? In Deutschland und wie in ganz Europa herrscht die Vorstellung, daß ein Retter in der Not ein reicher Onkel sei, der Onkel aus Amerika. Diese Vorstellung beherrscht das Bürgertum bis hinein in die Reihen der Breitscheids und Hilferdings. Gewiß, Amerika ist ein reiches Land geworden. Ehemals der Schuldner, heute ist es der Gläubiger Europas. Vor dem Kriege schuldete Amerika an Europa Milliarden Dollar, heute schuldet Europa an Amerika allein aus öffentlichen Anleihen 10 Milliarden. Darüber hinaus hat die amerikanische Finanz und Industrie einen Betrag von etwa 8,7 Milliarden Dollar Forderungen an Europa. Wie soll das beglichen werden, wenn man bedenkt, daß auf der ganzen Welt nur 7 Milliarden Dollar in Gold existieren? Eine Begleichung der Schuld könnte nur stattfinden, durch eine Ausfuhr von Fertigprodukten nach Amerika.

Hier aber hat eine grundlegende Wandlung eingesetzt. Amerika will heute nicht mehr der große Erzverteur von Rohstoffen und Verbraucher von Industrieprodukten, der es vor dem Kriege war. Aus dem Bericht der Neuyorker City Bank geht hervor, daß Amerika heute Importeur von Rohstoffen ist und die Hälfte seines Gesamtimports Fertigfabrikate ausmachen. Der Krieg hat die Produktionsmittel Amerikas so sehr vergrößert, daß es heute ein Bild bietet, wie vor dem Kriege die europäischen Industrieländer. Daraus ergibt sich die völlige Unmöglichkeit, die Schulden Europas in Warenlieferungen zu begleichen, hieraus ergibt sich auch die Unmöglichkeit für Amerika, den europäischen Bankrott mit Krediten zu sanieren.

Amerika selbst ist in der schwersten ökonomischen Krise, in der es jemals war. Ein Beispiel dafür bildet die Entwicklung der Baumwollpreise. In sechs Wochen sind sie von 9 Cents auf 15 Cents für das englische Pfund gefallen, und selbst jetzt wird auf dem amerikanischen Markt kein Ballen verkauft. Wir sehen in Amerika dieselben kritischen Erscheinungen wie bei uns, den sogenannten Käuferstreik, die Arbeitslosigkeit, vervollkommnen das Bild der kapitalistischen Ordnung, die wir es nach dem Kriege gewohnt sind.

Amerika ist von Europa wirtschaftlich getrennt und sucht andere Wege. Aus dem Bericht derselben Bank geht weiter hervor, daß die vergrößerte Ausfuhr von Industrieprodukten aus Nordamerika nach Mittel- und Südamerika, nach Afrika, Asien und Australien 1921 bis. Diese Ausfuhr ist heute viermal so groß, als sie es vor dem Kriege war. Das Geschenk Amerikas, das Geschenk Wilsons, das geschenkt Hilferdings, das die europäische Wirtschaft retten sollte, ist sich auf in Schall und Rauch. Europa bleibt sich selbst überlassen.

Auch politisch ist das klar zum Ausdruck gekommen in den letzten amerikanischen Präsidentenwahlen. Sie waren eine glatte Ablage an alles Eingreifen Amerikas in europäische Fragen. „First America" — Amerika kommt zuerst —, das war die Losung, mit der beide großen Parteien in die Wahlen gingen. Auch der Völkerbund wird ohne die Hilfe Amerikas bleiben, er wird weniger noch werden, als er ist. In Europa sind heute zwei Mächte, die aufgegeben europäische Politik zu treiben suchen:

Frankreich und England.

Wenn man vergleicht, welche Wirkungen das siegreiche Frankreich 1918 in Europa ausübt, mit den Wirkungen des siegreichen Frankreich vom Jahre 1800 und den folgenden, so ist ein bemerkenswerter Unterschied zu sehen. Die Auswirkung des Sieges von 1800 zeigte sich in einem Gürtel von Randstaaten um Frankreich herum. Auch heute sehen wir

Randstaaten

entstehen, doch nicht Rheinbundstaaten sind es, sondern sie ziehen sich von der Ostsee über Polen, Ungarn und Rumänien bis in das Schwarze Meer, wo ihr letzter Pfeiler Wrangel war. Damit kommt Deutschland in die Lage eines militärischen Glacis, das nicht selbst von Truppen besetzt ist, wohl aber von militärischen Rücksichten beherrscht. Gelegen zwischen dem besetzten Rheingebiet und Polen wird die deutsche Politik bestimmt von den Bedürfnissen der Verteidigung der französischen Randstaaten.

England hat auf dem eigentlichen Kontingent Frankreich die Vorhand gegeben. England verteidigt heute zuerst den Zentralmarkt seines Weltreiches, Indien. Auch England hat zu diesem Zweck Randstaaten geschaffen, die sich ausdehnen über Mesopotamien und Persien bis in den Himalaja. Alle diese Staaten stehen ihr Gesicht: Sowjet-Rußland zu. Der große Gürtel von englischen und französischen Vasallenstaaten soll Sowjet-Rußland erdrücken. Jede große Front aber hat einen schwachen Punkt. Und wie Ludendorff seine Märzoffensive von 1918 dorthin richtete, wo die beiden feindlichen Sektoren zusammenstießen, so wird die englische und die französische Front sich treffen, so richtet sich naturnotwendig Sowjet-Rußlands Aktivität gegen den Punkt, wo die englische mit der französischen Sphäre zusammenstoßen, gegen die Länder am Schwarzen Meer, die Gebiete der früheren Türkei.

Wrangel ist heute geschlagen, und gleichzeitig mit seinem Fall sieht der Wall zusammen, den die Entente in den Balkanländern unter seinem Rücken gegen Sowjet-Rußland errichtet hat. Wie es scheinbar noch so geringfügiges Ereignis höchste weltpolitische Wirkung haben kann, zeigen die letzten griechischen Parlamentswahlen, die, indem sie den Agenten der Entente in Griechenland Venizelos stürzten, zugleich damit den Anstoß gaben zur Zerbrechung des Vertrags von Sèvres, durch den der Entente den Schlüssel beherrscht hat. Ohne die Truppen Griechenlands in Klein-Asien brach die Front der Entente in der Türkei, brach damit die Wallanpolitik der Türkei selbst zusammen, damit ist ein Ziel zum Teil erreicht, das sich unsere russischen Genossen gesetzt hatten, als sie in ein Waffenbündnis mit den türkischen Nationalisten eintraten.

Der Ring um Sowjet-Rußland ist an dieser Stelle gesprengt, und die Entente hat an einem entscheidenden Punkt eine schwere Niederlage erhalten. Bei dieser Niederlage jedoch kann sich nicht beruhigen. Sie wird versuchen, auch jetzt wieder

neue Armeen gegen Sowjet-Rußland

aufzustellen. Sie wird Polen, sie wird die Trümmer des Wrangelheres aufs neue Feld schicken sie wird neue Waffen und Munition senden. Die Niederlage bedeutet für sie den Ruf zu neuem Kampf gegen Sowjet-Rußland. Damit müssen wir betrachten die Posten, die heute mit für Sowjet-Rußland kämpfen. Rußland steht nicht allein. Wenn wir fragen, wie eine Weltmacht entsteht, so müssen wir sagen, daß das entscheidende Merkmal für ihr Entstehen nicht die Ausdehnung geographischer Grenzen sind. Lange, ehe das englische Weltreich geographisch umrissen dastand, stand England als Weltmacht da. Es sind unsichtbare Fäden, die sich um die Weltschlingen, ausgeschickte Kapital, auswandernde Kaufleute, kapitalistische Interessen gewesen, die das Weltreich England schmiedeten. Wenn ich diese Frage auf Rußland anwende, so sage ich, Rußland ist nicht beschränkt auf das Gebiet seiner geographischen Grenzen. Um die ganze Welt schlingen sich unsichtbare Fäden, kein Land ist, wo nicht bei jedem Hammerschlag, bei jedem Stutzer eines Arbeitslosen im Hintergrund der Gedanke an Sowjet-Rußland steht. Das sind die Fäden, die heute das Proletariat, die Unterdrückten der ganzen Welt zusammenfassen zu einem gewaltigen Körper, der heute zum erstenmal in der Weltgeschichte seine Glieder reckt. Das ist die Internationale der Unterdrückten.

die Kommunistische Internationale.

Damit sehen wir ein Ereignis, dessen Größe nur wenige sich bewußt sind. In der Inauguraldrede sagt Marx, mit der Gründung der 1. Internationale habe die Epoche der proletarischen auswärtigen Politik begonnen. Noch aber war die 1. Internationale nur die Göttin, die aus dem Haupte Marx entsprang. Heute steht sie die Göttin Pallas den Helm aufs Haupt, heute ist sie die große kriegsgerüstete Kraft des Proletariats der Welt.

Und nicht nur des Proletariats. Sowjet-Rußland kämpft gegen den europäischen Imperialismus, der so viele Völker mit Namen und so viele Namenlose heute unterdrückt. Irland leidet unter der Herrschaft des englischen Imperialismus und die Kommunistische Internationale kämpft für jedes, wie für alle unterdrückten Völker, mögen sie in der Türkei, in China oder in Indien leben. Die Kommunistische Internationale flicht diese Völker zusammen zu einem Bunde der Proletarier und Unterdrückten der ganzen Welt. Es sind Aufgaben von ungeheurer Größe, die damit heute auf den Schultern der russischen Arbeiter und Bauern lasten.

Das deutsche Proletariat,

als ein Teil dieses Körpers der Unterdrückten der ganzen Welt, muß sich erinnern an die ersten Schritte der deutschen Revolution, an die Schritte, wo wir verhöhnt wurden bis in die Reihen der Hilferdinge und Breitscheid hinein, wo wir verlacht wurden als Revolutionsromantiker. In jenen Tagen half uns die unverwüstliche Lust zum Angriff, das Ungestüm der Massen, die noch nie gekämpft hatten, ihr ganzes Ungestüm, ihr ganzer Wille zum Kampf und zum Sieg. Im großen Rahmen der Weltgeschichte der entstehenden Weltrevolution ist heute die Situation ähnlich. Es gilt, in allen Ländern die ganze Kampfkraft, die ganze Entschlossenheit der breiten Massen zu wecken und zu führen zum Kampf, zu dem ersten revolutionären Kampf, den jene Massen führen werden. Das Kapital, das diese Führung leistet, ist Sowjet-Rußland, und es ist kein Zweifel, daß die Entente immer von neuem versuchen wird, dieses Kapital abzuschlagen.

Sowjet-Rußland ist das Zentralproblem der auswärtigen Politik des Proletariats der Welt. Diese Politik besteht nicht in bloßen Sympathien, sie besteht im

Kampf mit allen Mitteln gegen alle Feinde Sowjet-Rußlands.

Unser Parteitag ist kein deutsches Ereignis, es gibt keine deutschen Ereignisse mehr in der europäischen, in der Weltrevolution. Was wir heute schaffen, das ist das erste starke Glied in der Internationale neben Sowjet-Rußland, das ist das Glied, das bestimmt ist, der Arm zu werden neben dem Haupte Sowjet-Rußland.

Das ist die weltgeschichtliche Bedeutung unseres Parteitages, der Gründung unserer Partei. Ein Aufgabe, von unerhörter Größe, von ungeheurer Schwere, an der wir nicht vertagen. Wir blicken zurück auf eine Zeit schwerer Kämpfe und Niederlagen, auf viele Tote, auf zwei Jahre schwerster Geschichte. Doch Ruhmesreiter steigen aus dem Blut. Es ist der Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der jetzt in dieser Stunde in diesem Saale weilt. Der große Geist, der uns führte in der ersten Stunde unseres Seins, er ruft uns wieder zu neuen Taten und darum in der neuen Partei: Frisch auf zur Tat! (Lebhafter Beifall.) Genosse Däumig ergreift das Wort.

Däumigs Referat.

Parteigenossen und -genossinnen! Der Genosse Levi hat die internationale Lage charakterisiert. Ich möchte nun auf die Bedeutung der deutschen Revolution im Rahmen der Weltrevolution eingehen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Goldbaren des Kommunismus durch das Hinaustragen unserer Ideen in die Reihen des Proletariats in bare Münze umzuwechseln. Schon in den Vorentwürfen nahm das Proletariat eine Machtstellung ein. Durch den Verzicht auf die Diktatur des Proletariats war dieser Frühlingstraum schnell verweht. Wir wollen heute keine Anklagen erheben gegen die Männer, die sich noch Sozialisten nennen, denn die proletarische Masse war nicht reif für die proletarische Diktatur. Das zeigte besonders der erste Räterkongreß, auf dem sich die übergroße Mehrheit für die Nationalversammlung entschied. Die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur muß mit viel größerer Klarheit in den Herzen der Proletarier verankert werden.

Die Notwendigkeit der Zusammenfassung muß mit der Notwendigkeit der praktischen Erkenntnis verbunden werden, um die Massen zur Tat zu erwecken. Genosse Levi hat auf die Entwicklung in Sowjet-Rußland hingewiesen. Rußland ist der Zentralpunkt des proletarischen Lebens, jedoch dürfen wir nicht bei Gefühlsmomenten stehenbleiben, sondern die anderen Länder müssen die Revolution nachholen, um das deutsche Proletariat zur Revolution zu begeistern, dürfen wir es nicht genug sein lassen, eine halbe Mission Mitglieder in unseren Organisationen vereinigt zu haben. Die Kampfaussichten sind in Deutschland nicht so günstig wie in Rußland, jedoch sind zwei Faktoren erhebend: einmal die revolutionierende und zermürbende Wirkung des kapitalistischen Verfalls. Dieser führt zu einem Elendsaufstand, der die Massen aufrütteln wird; aber auch die Massenwirksamkeit darf nicht außer acht gelassen werden. Während des Weltkrieges ist das Selbstbewußtsein im Proletariat häufig gewachsen, denn es hat gesehen, daß keine Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig ist.

Wir wissen, daß eine Erschlaffung im Proletariat eingetreten ist. Es vertraut noch zu sehr auf die alleinseligmachende Kraft der Demokratie. Aber Hunger, Elend, Kindernot und Tuberkulose sind dadurch nicht beseitigt worden. Vielleicht war diese Lehre notwendig. Wir wollen den Kommunismus in die Massen hinaustragen. Gewiß war in früheren Zeitepochen der Gedankengang der Demokratie aktuell, jetzt ist er längst überwunden. Der Kampf gegen die demokratischen Traditionen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Der Kapitalismus ist vor dem Zerfall. Trotzdem bieten sich ihm noch Möglichkeiten, seine Macht noch eine Weile aufrechtzuerhalten. Die Hoffnung auf die Sozialisierung diente dazu. Ein unabhängiger Volkskontrolleur sagte 1918: Man darf die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung degradieren. Es war aber selbstverständlich, daß einzelne Proletariergruppen für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung kämpften. Dadurch erzielt sich eine unabsehbare Kette, die eine Proletariererscheinung der sozialen Revolution bildet. Auch die Beamten haben unter der Last der Entbehrungen zu leiden. Trotdem erhalten sich in diesen Kreisen die alten Ideologien noch aufrecht. Wir müssen mit dieser Kapitulation rechnen. Auflage der 500 000 Kommunisten ist nun, in ganz Deutschland, in Werkstatt und Fabrik für kommunistische Aufklärung zu wirken.

Man redet viel davon, das Proletariat sei nicht reif, die politische Macht zu übernehmen. Mit der Diskussion dieser Frage schafft man alle Möglichkeiten, das Proletariat erst recht nicht reif werden zu lassen. Sie führt daher zur Unterstützung des Kapitals. Hinter dieser These verbirgt sich die Machtpolitik der Führerschaft. Wir standen zwei Jahre im Zeichen des Gewerkschaftsbeschlusses. Unter diesem Zeichen tauchte die Parole auf: „die Sozialisierung marschiert." Es gibt auch heute noch Proletarierromantiker, die daran glauben. Denn nur dadurch war es Hilferding möglich, sein neues Sozialisierungsprojekt aufzutischen. Die Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen führen in offen Betrieben einen Feldzug für die Sozialisierung. Unsere Partei muß dem mit allen Mitteln entgegentreten.

Getreu dem Worte: „Man lernt nicht fechten ohne Schwert, man lernt nicht reiten ohne Pferd" wird

die Schulung des Proletariats im Kampf

außerordentlich wirksam sein. Wir müssen deshalb den Kampf um die Produktionskontrolle aufnehmen. Eine ganze Reihe von Fragen sind an das Proletariat herangetreten. Die Einstellung auf das ABC des Kommunismus und des revolutionären Klassenkampfes ist überaus notwendig.

Das niedergeschlagene Deutschland wird heute beherrscht vom französischen Militarismus, jedoch versteht die Entente die deutsche Bourgeoisie und besonders das deutsche Proletariat richtig einzuschätzen. Sie macht es deswegen der deutschen Bourgeoisie durch die Gründung der Selbstschutzorganisation möglich, dem Streben des deutschen Proletariats auf revolutionäre Aktionen entgegenzutreten. Wir müssen uns auf gleiche Weise rüsten durch Gründung von Selbstschutzorganisationen des deutschen Proletariats.

Auch unsere parlamentarische Tätigkeit muß auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Die parlamentarische Aktionbildet die Auslösung der Massenaktion. Ein anderer Machtfaktor von großer Bedeutung ist die Gewerkschaftsbewegung. Dort sind die Proletariermassen zusammengefaßt nicht nach Parteien, sondern durch die wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Umstellung der Gewerkschaftsbewegung, die Umwandlung der Gewerkschaftsorganisation zu Industrieverbänden muß eine unserer Hauptaufgaben sein. Schon der Aufbau der Partei soll so vor sich gehen, daß jeder Genosse weiß, was er in den Gewerkschaften und in anderen Organisationen zu tun hat. Auch die Gewerkschaften müssen einseitig werden auf die Notwendigkeiten der sozialistischen Produktion.

Die krampfhaften Versuche des Kapitals, sich aufrechtzuhalten, führen zu Konzessionen seinerseits. Eine neue Methode der Korrumpierung der Arbeiterschaft wird durch die Stinnesierung eingeleitet. Man greift zur Schaffung einer Arbeiteraristokratie. Gewiß sind auch die Proletarier keine Edelmenschen. Es herrschen auch unter ihnen egoistische Tendenzen. Die Stinnesierung will in großem Maßstabe die Zusammenballung der Unternehmer. Aber auch die Stinnesierung ist keine Versorgungsanstalt für Erwerbslose. Die Lebenshaltung des Proletariats wird nicht verbessert, die Lage nur verschärft.

Wir werden in der nächsten Zeit alle Hände voll zu tun haben, jedoch weiß kein Mensch, ob wir überhaupt noch alle Möglichkeiten des Industriekapitals ausnutzen können. Das Nützen der Gegenrevolution gerade in dieser Zeit ist von eminenter Bedeutung. Wir gehen trotzdem unseren Weg weiter, denn wir gehen

mit der geschichtlichen Entwicklung.

Kampf, Ringen, Arbeiten, wird die Aufgabe unserer Partei sein. Unser Dasein wird weder beschaulich noch gefahrlos werden. Wer diesen Kampf nicht mitmachen will, der soll unseren Reihen fernbleiben.

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Braß verliest zwei von der Genossin Klara Zetkin eingebrachte Solidaritätserklärungen für Ungarn und Rußland und erteilt der Antragstellerin, die bei ihrem Erscheinen auf der Rednertribüne mit starkem Beifall begrüßt wird, zur Begründung das Wort.

Genossin Zetkin

führt aus:

Genossen und Genossinnen! Die von mir vorgeschlagenen Resolutionen begründen sich von selbst. Was Ungarn anbetrifft, so werden wir dem kommenden Urteil nicht als einem Urteilsspruch politischer Gegner gegen politische Gegner betrachten, sondern als Rachekaltoven Banditen gegen diejenigen, die sie eine kurze Zeit am Rauben gestört hatten. Wir wollen mit unserer Resolution zum Ausdruck bringen, daß das Schicksal der ungarischen Revolution nicht damit besiegelt ist, daß heute in Ungarn der Weiße Terror wütet. Gewiß, wir fühlen mit denen, die als Vorkämpfer für die Sowjetrepublik geschlet durch die Lande fliehen müssen, unser Herz ist bei den Hunderttausenden, die hinter Kerkermauern schmachten. Aber wir wissen auch, der Gedanke der Revolution ist auch in Ungarn unsterblich. Er lebt weiter, und mit unserer Brandmarkung des Weißen Schreckens in Ungarn verbinden wir den Glauben an den Sieg der Revolution auch in Ungarn.

Was unsere Sympathieerklärung mit Räterußland anbetrifft, so möchte ich in Vorschlag bringen, gleich durch eine Sammlung für die inernierten Roigardisten unserer Solidarität einen praktischen Ausdruck zu verleihen. (Beifall.) Aber ich will die Gelegenheit benützen, statt einer ausführlichen Begründung der Resolutionen mich eines Auftrages zu entledigen. Ich war in Rußland und ich habe mit Hunderttausenden von russischen Proletariern gesprochen. Nicht nur bei Kongressen und Kundgebungen der Kommunisten, sondern auch auf den Straßen und in den Fabriken mit unzähligen Parteilosen. Und ich kann es aussprechen, ich bin nirgends und niemals mit russischen Proletariern zusammengekommen, bis zu den Kindern in den Schulen, wo mir nicht aufgetragen wurde: Ueberbringen Sie den deutschen Proletariern unsere Grüße, sagen Sie ihnen, daß wir bis zum letzten Blutstropfen mit ihnen empfinden und mit ihnen kämpfen. Und überall wurde ausgesprochen: Wir leiden, aber nicht, weil das System, weil unsere neue Ordnung daran schuld ist, sondern weil wir an allen Grenzen und in unserem eigenen Lande gegen die offene und versteckte Konterrevolution kämpfen müssen. Wir tragen die Leiden, wir bringen die Opfer freudig und bewußt, nicht nur, um die Sowjetrepublik in Rußland zu erhalten, sondern wir opfern und leiden bewußt in dem Willen, auszuhalten und durchzuhalten, bis die Proletarier in der ganzen Welt ihre Befreiung erkämpft haben. Dieser Wille zum Siege kam überall in Rußland zum Ausdruck. Ich schäme mich nicht, Ihnen hier einzugestehen, angesichts dieses revolutionären Massenwillens habe ich die Empfindung gehabt: ziehe deine Schuhe aus, denn der Boden, den deine Füße betreten, ist heiliger Boden, es ist der Boden der Revolution.

Und angesichts der Opfer der Entschlossenheit, zu kämpfen und zu siegen, habe ich mich geschämt, wenn ich die aktive Internationalität der russischen Proletarier gegenüberstelle mit der in Deutschland und Westeuropa. Da habe ich die Verse im tiefsten Innern gefühlt:

Mich reut, daß ich meine Fehden tat
Mit schärfren Streichen nicht und kühnrer Tat
Mich reut die Stunde, die nicht Harbisch trug,
Mich reut der Tag, der keine Wunden schlug.
Mich reut's — ich treu mir Asche auf das Haupt,
Mich reut, daß ich nicht fester an den Sieg geglaubt.

Und Genossen, diese Empfindung und dieser Wille muß zum Eidschwur werden für jeden deutschen Proletarier, für jede Proletarierin. Wir müssen angesichts der gewaltigen revolutionären Taten Sowjet-Rußlands alles tun, um ihm zu helfen. Es genügt nicht daß wir Sympathieerklärungen abgeben. Wir müssen aktiv wie Sowjet-Rußland handeln. Wir müssen Sowjet-Rußland helfen und der wichtigste Schritt dazu ist die Revolution in Deutschland weitertreiben. Wir müssen alles dafür einsetzen und wenn es unser Leben kosten sollte. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Genosse Ernst Meyer (Berlin): Der Parteitag soll den Weg zeigen zu den Taten der Vereinigten Kommunisten. Er findet in einem Augenblick statt, wo die Situation nach solchen Taten drängt. Der Feind, gegen den wir zu kämpfen haben, ist das Kapital. Den Hebel aber müssen wir ansetzen gegen die augenblickliche Regierung, das Kabinett Fehrenbach. Ordnungsmilitär, Zeitfreiwillige repräsentieren, wie wir alle wissen, in Deutschland die wirtschaftliche und politische Macht. Sie haben sich in der Regierung Fehrenbach das Feigenblatt geschaffen. Das Streikgesetz zeigt daß diese Regierung den Forderungen der Konterrevolution immer mehr nachgibt. Wir müssen dafür sorgen, daß sie gezwungen wird, vor den Augen der in der rechtssozialistischen und in der unabhängigen Partei organisierten Arbeiter ihren wahren Charakter zu enthüllen. Wir erwarten, daß unsere Parlamentsfraktion schärfer als bisher unseren Gegnern an dieser Regierung und allen anderen Parteien hervorkehren. Das Beispiel Karl Liebknechts muß das Vorbild für alle parlamentarische Arbeit sein. Genosse Meyer gibt einen Ueberblick über die neuen Rüstungen der Entente gegen Sowjet-Rußland, denen gegenüber unsere Stellung nicht Neutralität, sondern aktive Parteinahme für Sowjet-Rußland sein muß. An dieser aktiven Parteinahme müssen wir auch dann festhalten, wenn in der Zukunft der gegenwärtige Defensivkrieg Sowjet-Rußlands umschlagen würde zur Offensive. In Sowjet-Rußland selbst ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0002

erfüllt von einem fast religiösen Glauben an die Internatio-
Lebhafter nach als der Wunsch nach Hilfe durch die euro-
e Arbeiterschaft ist der Wunsch und der Wille, den anderen
ratern zu Hilfe zu kommen. Wir müssen dafür sorgen, daß
ch alle revolutionären Kräfte in Deutschland zusammen-
n werden. Wir müssen uns daher mit der KAP. verstän-
Wenn wir in den Gewerkschaften und in den Parlamenten
eiten, wie es unsere Leitsätze vorschreiben, wenn unsere Partei
nur in Worten, sondern auch in der Tat das wird, was sie sein
so werden wir bald alles um uns sammeln, was zur Revolu-
hört.

osse Böttcher (Stuttgart): Es ist hier von den Erfah-
e gesprochen worden, die das Proletariat in seiner Revolu-
emacht hat. Auch die Bourgeoisie hat ihre revolutionären
rungen, und es steht so, daß die Bourgeoisie diese Erfahrungen
zu verwenden vermag, als das Proletariat. Es ist die
ilder Konterrevolution, ihre Macht dort einzu-
wo das Proletariat relativ schwach ist. In den Ländern mit
dem Industrieproletariat und einer größeren kleinbäuerlichen
einbürgerlichen Masse. Die Konterrevolution hat ihr Zen-
in München, in Süddeutschland geschaffen. Auch die
e Außenpolitik wird heute weit mehr als von den Fehrenbach
imons in München von den Kahrs und Escherichs gemacht.
sden der Konterrevolution aus allen Gegenden Europas
heute in München zusammen. Ich bitte Sie, die Konzen-
n der konterrevolutionären Organisationen in ganz Süd-
land mehr zu beachten als bisher und dafür zu sorgen, daß
die Kräfte der Partei in Berlin zentralisiert werden auf
der Provinz. Wenn wir Süddeutsche uns heute an die Ar-
arbeiter Nord- und Mitteldeutschlands werden so tun wir
dem gleichen Sinne, wie es auch in Halle für Rußland ge-
wurde. Helft nicht Süddeutschland, sondern helft Euch selbst!
der Waffe in der einen, mit der Legislative in der anderen
werkschiert die Konterrevolution. Das Proletariat kann ihr
urch seine revolutionäre Aktion begegnen.

osse Rück (Stuttgart): Die Thesen der Kommunistischen
nationale genügen nicht für unser künftiges Aktionspro-
m. Die Grundlagen der Entwicklung sind in Rußland und
land nicht dieselben, wenn auch die großen Linien ähnlich
ten. Genosse Rück kritisiert die Stellung der sächsischen Kom-
sten zur Frage der Regierungsbildung, die man nur als eine
genheitsstellung betrachten könne. Ebenso haben wir in Süd-
land uns gewundert, daß der Elektrikerstreik in Berlin so
und planlos zu Grabe getragen wurde. Man sagte damals,
Generalstreik sei nicht mehr das geeignete Mittel zum Kampfe.
wenn der Generalstreik nicht mehr genügt, dann müssen wir
weitergehen, dann müssen wir uns auf den Generalauf-
vorbereiten, dann müssen wir die Bewaffnung des Prole-
s mit aller Schärfe propagieren. Wir müssen so schnell wie
ch zum Kampfe übergehen. (Beifall.)

osse Schöpe (Sondershausen) verweist auf die Be-
en, die bisher von allen sozialistischen Parteien hierzu mitgeteilt
erhandelt worden seien. Es ist unbedingt notwendig, diesen
ten des Proletariats weit mehr als bisher unsere Aufmerk-
eit zu schenken. Er schlägt der Zentrale vor, ein besonderes
tenfekretariat einzurichten.

osse Rau (Oberschlesien) bespricht die oberschlesische
und die Stellung der Partei zum Plebiszit. Die Parole der
die darauf hinausgelaufen sei, daß jeder Arbeiter so stim-
olle, wie sein nationales Gefühl ihm sage, sei natürlich völ-
rt. Aber auch die Parole der Stimmenthaltung, wenn sie
unserer grundsätzlichen Auffassung völlig entspricht, halte ich
richtig, weil man keine Parolen aufstellen darf, von denen
m voraus weiß, daß kein Arbeiter sie befolgen wird. (Auf die
rung des Redners, die oberschlesische Frage auf dem Parteitag
rtern, wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Zentrale
Stellung zum Plebiszit darlegen werde.)

osse Schmidt (Friedberg) fordert die schärfere Ausprä-
des internationalen Geistes und größere Aufmerksamkeit für
arfrage.

osse Stern (Halle) stellt fest, daß die Richtlinien der Inter-
nale durch Beachtung der besonderen Verhält-
e in Deutschland eine Ergänzung erhalten müssen. Er
sich dagegen, daß man als einzigen Punkt, auf dem es möglich
sei, mit den großen Massen außerhalb der Partei in Fühlung
ommen, die Frage der Produktionskontrolle wie hypnotisiert
ehte. Wenn es auch möglich sei, daß die entscheidenden Kämpfe
um diese Frage abspielen werden, so dürften doch die vielen
ten Fragen nicht unbeachtet gelassen werden. Die Arbeiter
halb unserer Partei müssen das Bewußtsein gewinnen, daß
immer und überall mit der größten Entschiedenheit ihre
essen vertreten. Dann werden sie auch in den entscheidenden
ten unserer Führung bereitwillig folgen.

osse Becker (Persin) fordert eine stärkere Aktivität der
ei.

osse Eberling (Saargebiet): Ich bringe dem Parteitag
Grüße von 8000 Bergarbeitern. Unsere 72 Zahlstellen sind ge-
en nach links getreten. Wir werden uns nicht entmutigen
n durch die Schwierigkeiten, die die französische Reaktion im
sen Gebiet bereitet, und wir erhoffen von der neugebildeten
rale mehr Rat und Tat zu unserer Unterstützung zu empfan-
en, als von der Exekutivschen Zentrale uns zuteil wurde.

enosse Weber (Wala) beklagt sich bitter über die Diskussion
ch seiner Auffassung nach zu sehr im Programmatischen und
retischen bewegt. So kann es nicht weitergehen. Unsere
ntage müssen Kampftage werden, er wünscht mehr Aktion
meint, die Taktik der Parteien müsse so eingestellt werden,
es jeden Tag zum offenen Kampf um die politische Macht
men könne.

Schlußwort des Genossen Levi:

er letzte Redner hat hier sehr klaren Gedanken zur Sprache
acht, doch sind die Gefühle, die ihn beherrschen, ernst und h
Die Stimmung, die er zum Ausdruck bringt, darf keineswegs
die leichte Schulter genommen werden. Und wenn der Genosse
Partei nicht den Weg zeigen könne, der zur Aktion führt, so
es um so mehr unsere Aufgabe sein, ihn zu finden und zu
. Die Vorwürfe, die Genosse Maslow hier erhoben hat, sind
aus unausreichend.

e Ausarbeitung des Programms ist keine Angelegenheit, die
in achtzehnköpfigen Kommissionssitzungen erledigt, um die so ent-
ende Arbeit dem Parteitag vorzulegen, nach der einfachen
ode: Frisch Vogel, oder stirb. Die Ausarbeitung unseres
Programms ist ein wesentlicher Teil der gemeinsamen Ar-
die vor uns steht; das Programm muß aufzeigen alle die
und Strömungen, die aus der Vergangenheit her in die
rt führen. Es ist kein Gegenstand, der nur für die vergäng-
Stunde des Parteitages zu entscheiden, sondern die Prin-
ätze und Richtlinien von historischer Bedeutung festzulegen
die Hauptsache ist, daß sie durchdiskutiert, auf der breitesten
der Partei zum geistigen Gemeingut aller unserer Mitglieder
n.

n Genosse hat hier über das Plebiszit in Oberschlesien ge-
und ist noch einigem Hin und Her in seinen Ausführungen
zwischen Schluß gekommen, wie die Zentrale. Es kann für
eine Parole geben, die auf Stimmenfang in der augenblicklich
nalistisch verseuchten Stimmung Oberschlesiens berechnet ist.
diese nationalistische Welle wird vorüberrauschen, und nach
Rausch ist der Kopfnummer sicherer, als nach einem natio-
Rausch. Wir haben unseren prinzipiellen Standpunkt zu
n. In dieser Situation ist leichter und einfacher ist als die
tion 1914 am 4. August, an dem wir auch unseren internatio-
Standpunkt zu wahren wußten. Wenn ein Teil der Ar-
chaft Oberschlesiens sich heut nach national für Ober-
land oder Polnisch-Polen entscheiden sollte, dann wird auch
en das Erwachen sicher sein.

verstehe nicht den Genossen Rück, der die Erklärung der
Opposition in den Kopfzeigen billigen konnte, um die
ung der KAP. an den sächsischen Wahlen heute nicht zu verstehen.
wollen den Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen gerne
legenheit geben, zu zeigen, wie wenig ihre Taktik und ihre
le für das Proletariat taugt.

Ein Unsinn ist es, von uns den Aufruf zum Generalaufstand zu verlangen, während der größte Teil der Berliner Arbeiterschaft, verhetzt von der Gewerkschaftsbureaukratie, den Rechtssozialisten und den Rechtsunabhängigen, gegen die Elektriker Stellung nahm. Ich hätte aber gewünscht, wir hätten in Gewerkschaftsversammlungen die Gesamtarbeiterschaft Berlins zur Unterstützung der Elektrizitätsarbeiter mobilgemacht.

Es freut mich, daß der Genosse aus dem Saargebiet ohne Rücksicht auf die zurzeit an allen Grenzen schwankenden staatsrechtlichen Verhältnisse der deutschen Kommunistischen Partei die Grüße und das Zugehörigkeitsgefühl seiner Mitglieder überbracht hat. Während ich zum mindesten vorerst die Auffassung der Danziger Genossen finde, die des neugebildeten Freistaates halber autonom werden wollen, ohne daran zu denken, daß sie ohne die umliegenden Arbeiterschaften nichts machen können.

Genosse Weber hat sich hier seiner rein kritischen Begabung gemäß über die Gewerkschaftsfrage, die Parlamentstraktion und die KAP. geäußert. — In der Gewerkschaftsfrage sind wir vollkommen einig. Seine stimmungsmäßige Kritik an der Parlamentstraktion wurde leider nicht konkret. Einen Karl Liebknecht kann man weder durch Kritik noch durch Rüchung auf die Beine stellen, außerdem bitte ich doch, die geschichtliche Situation nicht aus der Betrachtung zu lassen. Es kann sein, daß das Parlament noch einmal wieder ein Spiegel hochpolitischer Vorgänge wird. Erst dann bitte ich, den Mosisch Liebknecht anzulegen.

Man hat die Frage aufgeworfen, warum wir keinen Geschäftsordnungskampf führen. Es ist aber Tatsache, daß uns dazu keine Gelegenheit geboten wird.

Auch zur Frage der KAP. hätte ich es begrüßt, wenn der Genosse Weber deutlich geworden wäre. Wir haben einen scharfen, geistigen Kampf mit der KAP. durchgeführt und uns in diesem Kampfe die geistige und taktische Grundlage geschaffen, die sich auch die 3. Internationale zu eigen gemacht hat. Diese unsere Grundlage steht nun aber auch unerbittlich fest.

Wir begrüßen, daß in der KAP. das Verständnis für unsere Theorie und Taktik wächst. Sie hat Wandlungen durchgemacht, deren sie sich wahrhaftig nicht zu schämen braucht. Sie hat sich in Kämpfen, die für so eine schwache und neu gegründete Partei keine Kleinigkeit sind, der Führer entledigt, die in der Hauptsache den Anlaß zu ihrer Gründung gaben. Das ist aber keine Veranlassung unsere Position zu ändern. Wir wissen, daß viele KAP.-Genossen, und sicherlich die besten, sich innerlich zu uns gefunden haben, ohne bis jetzt die äußeren Hemmungen zu überwinden. Sicherlich ist freundliches Entgegenkommen ihnen gegenüber am Platze, aber in prinzipiellen Dingen müssen wir sachlich bleiben und sagen: nam bie sunt dei. Tretet ein, denn hier bei uns sind die Götter. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Rück zu einer persönlichen Bemerkung, glaubt sich von Levi mißverstanden.

Die Resolutionen, die Genossin Zetkin eingebracht hat, werden einstimmig angenommen.

Genosse Kaa von der Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 485 gültige Mandate da sind, von denen 349 auf die frühere USP., 136 der früheren KP. fallen. Der Parteitag wird auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Genosse Pieck eröffnet die Sitzung durch Verlesen von Begrüßungsschreiben der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens, der Kommunistischen Partei Lettlands und des Jüdischen Bundes. Das Schreiben der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens schildert den heldenmäßigen unter den größten Schwierigkeiten vor sich gehenden Kampf des polnischen Proletariats und seiner Partei, beantragt die Vereinigung der deutschen Kommunisten und spricht die Hoffnung aus, daß auch die ehrlichen Revolutionäre in der USPD. sich ihnen anschließen werden. Wir bringen das Schreiben an anderer Stelle im Wortlaut. Außerdem verliest Genosse Pieck ein Schreiben des Berliner Wirtschaftsbezirks der KAPD., in dem mitgeteilt wird, daß er als einzelner Bezirk einer zentral aufgehobenen Partei nicht mit der Zentrale einer anderen Partei verhandeln könne. Sodann erhält der Genosse Thalheimer das Wort zum Referat über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Das Agrarprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei“.

Thalheimers Referat.

Die Agrarfrage, führt Genosse Thalheimer aus, spielte schon vor Jahrzehnten eine große Rolle in der sozialistischen Bewegung. Damals stritt man sich über mutmaßliche Entwicklungen des kleinbäuerlichen Eigentums bei der Fortdauer der Existenz der kapitalistischen Wirtschaft und der sich daraus ergebenden Maßnahmen gegenüber dem Kleinbauerntum. Heute ist diese Fragestellung vollkommen überholt. Heute ist die Agrarfrage eine der brennendsten Fragen der proletarischen Revolution. Der bürgerliche Staat ist heute nicht mehr imstande, die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung sicherzustellen. Die Agrarfrage ist daher jetzt die Frage: Wie ernähren wir die arbeitenden Massen? Das ist die brennendste Frage, die heute vor dem städtischen Proletariat steht. Aber auch in einer anderen Beziehung ist die Agrarfrage brennend: sie ist

eine Machtfrage,

eine Frage der politischen Macht des Proletariats. Die kleinbäuerlichen Schichten stellen bekanntlich die Reservearmee des Kapitals dar. Hier kommt ich auf einen Vorwurf, den uns die Rechtsunabhängigen machen: Wir behandelten die Agrarfrage als Machtfrage statt als Frage des wissenschaftlichen Sozialismus. Da sagten wir als Marxisten, als wissenschaftliche Sozialisten: Jede soziale Frage muß heute auf die Machtfrage zugespitzt werden, denn kein soziales Problem kann gelöst werden, ohne daß die Vorbedingung der Ergreifung der Macht durch das Proletariat erfüllt ist.

Die Agrarfrage liegt bei uns ziemlich anders als in Rußland. In Rußland existierte eine verhältnismäßig dünne Schicht des industriellen Proletariats inmitten breiter Bauernmassen. In Deutschland steht das industrielle Proletariat den entscheidenden Faktor dar. In Rußland waren die Kommunisten gezwungen, auf Kompromisse mit den bäuerlichen Massen einzugehen. In Deutschland steht es so da, wenn das Industrieproletariat nur geschlossen auftritt, es die überwiegende Macht im Lande darstellt. Trotzdem haben wir alle Ursache, die Reserven dem Feind aus der Hand zu nehmen, die er in Gestalt irregeleiteter kleinbäuerlicher Massen besitzt. Ein zweiter Vorwurf desselben Kalibers den die Mehrheitssozialisten und Rechtsunabhängigen uns machen, ist, daß die Aufteilung von Großgrundbesitz, wie sie die russischen Kommunisten durchgeführt haben und wie sie in den Thesen der Kommunistischen Internationale zugelassen ist, ein Verbrechen gegen die sozialistischen Prinzipien sei. Dieser Vorwurf verrät nicht nur eine völlige Unkenntnis der realen Verhältnisse hinter ihm verbirgt sich auch die Unfähigkeit und der mangelnde Wille der deutschen Revolution alle Kräfte einzusetzen, die ihr eingegliedert werden müssen. Der Vorwurf der Landaufteilung in Rußland trifft nicht die russischen Kommunisten, sondern trifft die russische Bourgeoisie, die die Aufgabe der bürgerlichen Revolution gegenüber den Bauern nicht gelöst hatte. Die proletarische Revolution hatte daher in Rußland noch ein gutes Stück bürgerlicher Revolution mitzuerledigen. Die Bolschewisti haben ihre Agrarparolen von den Sozialrevolutionären übernommen, während der sozialrevolutionäre Ministerpräsident Kerensky militärische Expeditionen gegen die Bauern schickte, die diese Parolen eigenmächtig durchführten. Hier in Deutschland spielt die Frage der Landaufteilung eine viel geringere Rolle, weil im Norden der wiederum kapitalistische Großbetrieb vorherrscht, der mit der gewaltsamen Enteignung der Großgrundbesitzer bedarf, um in den sozialistischen Großbetrieb überzuführt zu werden. Aber in vielen Gebieten Süddeutschlands spielt die Frage der Landaufteilung eine Rolle. Wir sagen in unserem Agrarprogramm, daß da, wo Großgrundbesitz in kleinbäuerlichen Gegenden einzutreten ist und seine besondere wirtschaftliche Bedeutung hat, er unter die Kleinbauern aufzuteilen werden kann. Ich sage kann, nicht muß, weil wir einen Teil dieser Großbetriebe in sozialistische Musterwirtschaften verwandeln können, wenn die Kleinbauern durch das Beispiel der Anlaß zum allmählichen Uebergang zum sozialistischen Großbetrieb geben müssen. Und hier kommt ich auf den entscheidenden Gesichtspunkt, unter dem wir die Agrarfrage lösen werden: Wenn die Machtfrage gelöst ist, wenn die Industrie sozialisiert ist, dann brauchen wir den Uebergang von den Kleinbauerlichen zur sozialistischen Wirtschaftsweise nicht mit Gewalt zu bewerkstelligen. Die sozialistische Wirtschaft wird eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Kleinbauern ausüben und er wird allmählich freiwillig im Erkennnis der ihm daraus erwachsenden Vorteile zum sozialistischen Großbetrieb übergehen.

Genosse Thalheimer kommt dann auf die jetzige Lage der Kleinbauern in Deutschland zu sprechen. Der Kleinbauer, der vor dem Kriege nur einen kleinen Produktenüberschuß zu verkaufen hatte, hat sich während des Krieges ziemlich herausgemacht. Er konnte seine Schulden abzahlen, die auf seinem Besitz lastenden Hypotheken ablösen, Geld auf die Bank tragen und vor allem konnte er sich sattessen. Jetzt kann der Kleinbauer für seine Produkte außerordentlich hohe Preise herausschlagen. Er ist Monopolbesitzer der Lebensmittel. Aber ihm gegenüber steht ein anderer Monopolbesitzer: der Industriekapitalist, der die Waren produziert, die der Kleinbauer braucht. Das Papiergeld, das der Bauer für die Lebensmittel erhält, genügt immer weniger, um die nötigen Industrieprodukte einzukaufen. Der Bauer, Tolpatsch, wie er ist, schiebt die Schuld daran dem Arbeiter in die Schuhe; der Arbeiter sei faul, man müsse ihn mit Gewalt zwingen, die Verhältnisse der Vorkriegszeit wiederherzustellen. Die politischen Wirkungen dieser Einstellung waren der Zustrom der Bauern zu den reaktionären Parteien und zu den militärischen Formationen der Bourgeoisie. Daß diese Rechnung falsch ist, wird der Bauer bald einsehen. Der russische Bauer hat es schon eingesehen, da die Denikin und Koltschak ihm nichts gegeben, sondern nur genommen haben, die Räteregierung ihnen aber mehr gegeben als genommen hat, und zwar nicht nur Papierfetzen. Nach zuverlässigen Mitteilungen liefert die Räteregierung ihen heute an Industrieproduktion an die Bauern mehr, als der Bauer in landwirtschaftlichen Produkten an die Regierung abliefert. Wenn aber der Kleinbauer zeitweilig den falschen Weg, den Weg der Konterrevolution einschlägt, dann wird die proletarische Revolution gewungen sein, ihm ebenfalls eine deutliche und gründliche Antwort zu geben. Die Arbeiterschaft braucht vor den militärischen Organisationen der Kleinbauern keine zu große Furcht zu haben, ihr Charakter entspricht dem schwankenden sozialen Charakter des Kleinbauerntums. Der Bauer ist letzten Endes ein nüchterner Rechner. Er kann sich verrechnen, aber er wird morgen seine Rechnung korrigieren. Die objektiven Verhältnisse erlauben dem Bauer nicht, auf die Dauer ein Konterrevolutionär zu bleiben. Schon jetzt werden Rufe nach direkter Verbindung mit dem städtischen Proletariat unter den Kleinbauern laut. Hier muß die Entwicklung auch von der anderen Seite anfassen. Die durch den Hunger zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter versuchen ab und zu, sich durch Expeditionen aufs Land Lebensmittel zu verschaffen. Wir sind selbstverständlich die letzten, die das verurteilen. Aber wir sagen den Arbeitern: Diese Aktion ist falsch, sie hilft nur der Bourgeoisie, die ein Interesse daran hat, Arbeiter und Bauern gegeneinander zu verhetzen. Wir wollen den Arbeitern und Bauern einen Ausweg zeigen, der sie zusammenführt zu revolutionärem Handeln. Die Arbeiter müssen in den Gewerkschaften, in den Betrieben um die Verfügungsgewalt über die Produktion kämpfen, die Kleinbauern müssen dasselbe tun in den Konsumgenossenschaften, die Landarbeiter in den Gutsräten. Du wird uns eingewandt: das sei nicht sozialistisch, sondern chaotisch. Jawohl, es wird unter Umständen auch chaotisch zugehen, aber das ist ein notwendiges revolutionäres Uebergangsstadium. Schon das Umziehen von einer Wohnung in die andere geht nicht ohne Störung ab, wie sollte da die größte soziale Umwälzung der Weltgeschichte ohne eine vorübergehende Störung und Herabminderung der Produktion vor sich gehen. Was haben denn die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen getan, um die Agrarfrage zu lösen? Die Mehrheitssozialisten treten heute in die Fußstapfen der konservativen Agrarpolitik, indem sie durch Siedelungen neue Kleinbauern schaffen wollen. Das ist grundverschieden von dem, was wir wollen; wir wollen nur den bestehenden Kleinbauern, die nicht gleich zum Sozialismus übergehen können, durch Vergrößerung ihres Besitzes zu einer auskömmlichen Existenz verhelfen. Die von den Mehrheitssozialisten geschaffenen Arbeitsgemeinschaften auf dem Lande sind ein blanker Verrat an den Interessen der Landarbeiter. Was die USP. betrifft, erinnere ich an die erste Tat ihres Ernährungsministers Emanuel Wurm; er dekretierte Bauernräte, in denen der Großbauer und Junker immer das Uebergewicht über den Kleinbauern und Landarbeiter hatte.

In der Behandlung des Großgrundbesitzes kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben: Nur die

Enteignung ohne Entschädigung

und die Ueberführung in den sozialistischen Großbetrieb kommt in Betracht. Wer heute bei der furchtbaren Verelendung der Arbeiterschaft noch von Entschädigung sprechen kann, muß ein ausgesprochener Konterrevolutionär sein. Praktisch wird die Enteignung sich auf gewaltsamem Wege vollziehen müssen. Das Junkertum bietet alle Mittel auf, um sich an der Macht zu halten. Wir haben auch gar keine Ursache, den Landarbeitern pazifistische Rezepte zu geben. Durch die jahrhundertelange Unterdrückung hat sich ein glühender Haß gegen die Junker in ihnen aufgehäuft. Die Junker sollen nicht gegen das städtische Proletariat ziehen können, ohne daß hinter ihrem Rücken ein gewaltiger Sturm losbricht.

Vielfach herrscht unter den Arbeitern die Anschauung, daß der Landarbeiter viel besser leben könne als der städtische Arbeiter. Das ist aber nicht der Fall, da der Landarbeiter mit seinem Barlohn nicht ausreicht und daher jetzt gezwungen ist, einen Teil seines Deputats zu verkaufen. Schon in den Kapitalen ist es vorgekommen, daß Landarbeiter sich geweigert haben, Mich an die Junker abzuliefern, und diese Milch den Industriearbeitern zugeführt haben. Es ist vorgekommen, daß Landarbeiter die städtischen Arbeiter beschworen haben, weiter im Kampfe auszuharren. Die Landarbeiter stellen kein schwankendes und unsicheres Element dar, die werden, einmal in Bewegung geraten, eine der stärksten und kühnsten Truppe der proletarischen Armee sein.

Ich komme zu den Großbauern. Die spielen immerhin eine eigene Rolle und erfordern eine besondere Behandlung. Die Stelle in dem neuen Agrarprogramm, die sich mit den Großbauern beschäftigt, ist vielfach beanstandet worden. Ich gebe zu, daß die Formulierung nicht glücklich ist; wir nehmen sie auch zurück. Was wir wollen, ist, uns von Fall zu Fall gegenüber den Großbauern freie Hand vorzubehalten. Aber das nimmt man am besten in ein Programm nicht auf. Es existieren Großbauern, die sich sozial und ökonomisch in nichts von den Junkern unterscheiden, aber in Süddeutschland auch solche, bei denen es noch patriarchalisch herzugeht und deren Betrieb nicht ohne weiteres sozialisiert werden kann. In all diesen mannigfaltigen, verwickelten Verhältnissen kann das Agrarprogramm unseren Genossen keine fertigen Rezepte geben. Sie müssen den eigenen Kopf gebrauchen um sich in jeder einzelnen Situation zurechtzufinden.

Genosse Thalheimer kommt dann noch einmal auf die Ernährungsfrage zu sprechen. Die Erzeugung der Großbetriebe reicht nicht aus, um die Bevölkerung zu ernähren. Die Einfuhrung der Kleinbäuerlichen Betriebe ist daher ein absolutes Erfordernis. Zudem ist für Mitteleuropa die frühere Riesenausfuhr an Lebensmitteln aus Rußland ausgefallen, in Indien wird die Hungerausfuhr immer mehr durch die nationalistische revolutionäre Bewegung unterbunden und auch aus den anderen Getreide produzierenden Ländern, wie Kanada, geht ihre Ausfuhr infolge der fortschreitenden Industrialisierung zurück. Die Ernährungsfrage kann nicht in deutschem Rahmen gelöst werden, sie muß gelöst werden in engster Gemeinschaft mit Sowjet-Rußland. Der russische Boden kann unabsehbare Reichtümer spenden unter der Voraussetzung, daß die deutsche Technik der russischen Landwirtschaft zu Hilfe kommt. Dann wird Rußland Getreide ausführen können noch mehr als früher und nicht mehr mit einer hungernden, sondern mit einer aufgenährten Bauernschaft. Verantwortlich für Politik: Redakteur Karl Grönlich; für Wirtschaftliches: Redakteur Hans Bohlin; für Lokales: Otto Allen; für Alles der Provinz: Redakteur Franzen und Umgebung: Hans Bohlin; für Anzeigen: Fritz Arndt. Verlag: Tageblatt G. m. b. H., Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Hora 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 8—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. —
Fernsprecher 1473. 5736

R. V. und Funktionäre der Partei u. die Baudelegierten.
Dienstag abend 7½ Uhr, im Volkspark (Kartellzimmer):

Sitzung.

Jeder Distrikt muß durch zwei Genossen vertreten sein.

Der Vorstand. (Lemck)

Mieterverein Halle (Saale).

Dienstag, den 7. Dezember 1920, abends 7½ Uhr, im Volkspark:

Mitglieder-Versammlung.

Gäste willkommen.

5718 **Der Vorstand.**

Gross-Wanderschau

Circus Kenny-Henrys

heizbarer Holzwinterbau.

Heute, Montag, den 6. Dezember, 7½ Uhr:

Zwei sehr bekannte hiesige **Herren unter den Löwen des Circus Henny.**

Eine Sensation für Halle.

Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind frei einzuführen, jedes weitere Kind zahlt halbe Preise.

Zum Schluß der Vorstellung gelangt ein kleines Pferdchen, welches sich nicht zur Dressur eignet, zur Verlosung. *3029

Erwachsene sowie Kinder erhalten ein Preislos gratis.

Der Circusholzbau ist gut geheizt

ACHTUNG!

Mittwoch, den 8 Dezember 1920, Anfang 7 Uhr:

Groß. Preisskaten

Es ladet ergebenst ein Der Wirt

Emil Biehs, „Annenhof“,
5730 Annenstraße 1, Ecke Hochstraße.

Fr. Bönicke,

Fischhandlung :: Gr. Brunnenstr. 65
empfiehlt 5724

Kabeljau — Seelachs, Lengfisch u. Rotbarsch

— zu bedeutend billigeren Preisen —

Arbeitsmarkt

DEUTSCHER METALLARB. VERBAND
Verwaltungsst. Merseburg, Seffnerstr. Nr. 4.
Tel. 244. Bureauzeit: v. 10-1, u. 4-6 Uhr
Sonnabend nachm. und Sonntags geschlossen.

Wir suchen für unsere Verwaltungsstelle zum 15. Januar 1921 einen durchaus tüchtigen

Geschäftsführer.

Derselbe muß möglichst mit den Verwaltungsarbeiten vertraut, organisatorisch und rednerisch befähigt sein. Bedingung ist mindestens 5 jährige Mitgliedschaft: Dienstsiehe werden angerechnet. Bewerbungen mit der Angabe von Beruf und Alter und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis zum 28. Dezember d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Hans Hennig, Merseburg a. S., Seffnerstraße 4, einzureichen. *3037

Gleichzeitig suchen wir zum 1. Januar 1921 eine durchaus tüchtige

Stenotypistin,

die mit allen Bureauarbeiten (Stenographie) vertraut sein muß. Bewerbungen sind sofort an die gleiche Adresse zu richten.

Tüchtige, gelernte

Wagenlackierer

stellen bei hohem Akkordverdienst sofort ein *2909

Bremer Karosseriewerke A.-G.
Bremen 11.

Großer Verdienst

für Herren aller Berufe durch org. Betätigung vom Wohnsitz aus. Keine Fachkenntnisse, aber 12 000 Mk. bar nötig. Anleitung kostenlos. Besprechung Mittwoch mit Herrn Herzberger im Hotel „Goldene Kugel“. *3023

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Wo

kaufen Sie am besten Ihre häuslichen Bedarfsartikel, auch zu **Geschenken** und zu allen **Gelegenheiten passend?**

Unterstützen Sie bei Ihren Einkäufen auch Parteigenossen!

Unterzeichneter bringt hierdurch sein Geschäft in empfehlende Erinnerung.

Sehen

Sie sich bei Bedarf erst einmal in **meinem Geschäfte** um, ob Sie das Gewünschte nicht auch bei mir **ebenso** oder **billiger** wie anderwärts kaufen können.

Kein Kaufzwang! ∴ Aufmerksame und reelle Bedienung!

Sie

finden bei mir in gutsortierter Auswahl viele Artikel des täglichen Bedarfes, wie:

Preiswerte

Strick- und Baumwolle,
Strümpfe für Damen und Kinder,
Herrensocken i. Wolle u. Baumwolle,
Hemden und Unterhosen,
Handschuhe für Damen und Herren,

Schürzen für Frauen und Kinder,
Strickjacken und Damenwesten,
Sweater und Reformhosen,
Gummi- und Gurthosenträger,
Scheuertücher usw. und andere

Waren

für Familien- und Hausbedarf. 5716

Spezialität: **Plüsch- u. Gurtpantoffeln** mit Filz- u. Ledersohle.

Anton Kunz,

Schneiderei-Artikel, Woll- u. Kurzwaren,
Oleariusstr. 10, am **Hallmarkt.**

— Fernruf 2755. —

Bitte, Inserat aufheben und bei Bedarf darauf zurückkommen!

Leipziger Straße 88

Fernruf 1224.

Das gewaltige Filmwerk

Der Buckelige und die Tänzerin.

Die Leidensgeschichte eines Krüppels.
5 Akte. In der Hauptrolle: 5 Akte.

Sascha Gura.

— Spannendste Handlung. —

Vorführung: 4.50 7.00 9.20.

Arnold Rieck in dem Lustspiel in 3 Akten

Der Vorstadt-Caruso.

Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

— Beginn Wochentags 4 Uhr —

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

UT

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

Der Kolossalfilm

Der Golem,

wie er in die Welt kam.

Bilder nach Begebenheiten aus einer alt. Chronik mit **Paul Wegener.**

Sinfonische Musik komponiert von **Dr. Hans Landsberger.** 5735
Bedeutend verstärktes Orchester.

Dazu ein lustiger Einakter u. die Messter-Woche.

Vorführung: 4.20 6.30 8.40.

— Beginn Wochentags 4 Uhr. —

Die kleinen Preise sind bei diesem Spielplan aufgehoben.

Grammophon-Platten
alte abgespielte, auch Bruchstücke, kg. Kilo b. 11.4
J. Sternlicht,
Alter Markt 11.
Aufkäufern guter Verdienst. 5782

Freundliche **Hausmannsnahrung** ist geg. 1 od. 2 Sl. K. u. K. zu tauschen bei freier Miete u. Monatsgehalt 5723 Heinrichstraße 14.

Nur **Louisa** aus der Drehg. vernichtet mit einmaliger Einreibung in reinigen Mittel nahezu restlos **Hofhöffer & Brüd** Zu Kostbefr. und Drogerien Neopharm-Hannover 46 *2167

---

1 Futterschwein, 1 Sofa zu verk. Wölberg Nr. 8. 5728

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51. Fernruf 4681.

Erstaufführung!

Der gelbe Diplomat.

Gr. Drama in 6 spannenden Akten.
In den Hauptrollen: 5733
Friedr. Zelnik. Fritz Schulz (der Liebling v. Halle). Herm. Vallentin, Käthe Haack. Grete Lundt.
Vorführung: 4.50 6.55 9.00.

„Zwei Goldfische“.

Eine amüsante Geschichte in 8 Akten.
Herm. Picha u. Wally Koch in den Hauptrollen.
Wochentags Beginn 4 Uhr Einlaß 3½ Uhr.

Frauen! Sorgenfrei bei Ausbleiben u. Störung der monatl. Regel. Nur meine wirksamen Mittel können Ihnen helfen. Kein Schwindel, Garantie — Geld zurück. Verlangen Sie noch heute Prospekt Nummer 37 von *2972
Paul Schwärecke, Hettstedt, Spezialgeschäft für Mutterschutz-Artikel und Frauenhygiene.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Paul Schröder,
Bürstenmacherei :: Leitner Str. 1, empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Bürsten und Besen.
Auch werden Stühle zum Flechten angenommen. Auf Wunsch kostenlose Abholung. 5530

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung

---

2 Tage! Ellenburg. 2 Tage!

Billige Schuhwaren.

Dienstag, d. 7., u. Mittwoch, d. 8. Dez., von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr, findet im „Restaurant zur Rose“, Steinstrasse 46, Ecke Schulstrasse, ein

Verkauf von Leder-Schuhwaren
zu billigsten Preisen statt. *3028

Apollo-Theater Anf. 7 Uhr.
Nur noch **3 Tage!**
Ballett Blauvalet
„Der Venusberg“
in realist. Darstellung
5721 v. R. Wagner.
Vorher: Die Operette **„Der Juxbaron.“**
Donnerstag zum 1. Male:
„Die schöne Lieselotte.“
Schwank-Oprtt. v. M. Bertuch

Modernes Theater.
Neue Promenade 8.
In Halle das vornehmste
Kabarett und Varieté.
Serenissimus-Zwischenspiele,
Schalt und Rauch
und das übrige gute Programm.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Ermässigte Preise. 5577

Stadttheater.
Dienstag, d. 7. Dezember, Anf. 7½, Ende 10½ Uhr:
Erstaufführung:
Die Gezeichneten.
Oper von Franz Schreker.
5720 Mittwoch
Als ich noch im Flügelkleide.

Reine
Strickwolle
schwarz und grau
½ 17,— Mk.
Wiederverkäufer = Extrapreise. =
Partiewaren
Magdeburger Str. 25.
*3035

In 1 Std. unter Garant. vernichtet Sie **Kopf-, Filz- u. Kleider-** (Brut)
LÄUSE
Wanzen, Flöhe, b. Mensch u. Tier. **„Eokolda“,** g. gesch. Mit. Wund. unschädl. Verk. nur **Schurig,** Steinweg 16. Postv.

5395
Verschenke, wenn Sie bei mir **Schirme** kaufen, einen wunderschönen **Abreiß-Kalender**
F. B. Heinzel,
Tel. 2648.
Leipzigerstr. 98/99.

Familien-Nachrichten

Sozialdemokr. Verein für Halle-Saalkreis (USPD.) 3. Internationale.

Nachruf!

Am Sonnabend, den 4. Dez., vorm 4 Uhr, verstarb nach kurzem Krankenl. uns Genosse der Maurer

Paul Kühne

Beerdig. findet Dienstag, 1½ Uhr, auf dem Südfriedhof statt.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 5731

Der Vorstand.
Lemck.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Halle.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 4. Dezember unser Mitglied, der Maurer 5736

Paul Kühne

an Gehirnerschütterung verstorben ist.
Ehre sein Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. Dezbr., nachm. 1½ Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.
Um starke Beteiligung wird ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Stimmung, Denken, Tätigkeit sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn. Mattigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung, Nervenschwäche und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelnder Lebenskraft. Wollen Sie sich munter fühlen, mit klarem Kopfe und kräftigem Gedächtnis, wollen Sie Arbeit und Strapazen als Vergnügen empfinden, so nehmen Sie

Kola-Dultz

es **bringt Lebenslust und Tatkraft,** die Erfolg und Glück verbürgen.

Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang täglich, es wird Ihre Nerven erfrischen, Unlust wird verschwinden und unter seinem Einfluß werden Sie von Unternehmungslust erfüllt sein. *3028

Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt biete ich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nervenkraft zu beleben. Schreiben Sie mir eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse, und ich sende Ihnen sofort umsonst und portofrei eine Probe Kola-Dultz, groß genug, um Ihnen gutzutun und um Sie in die Lage zu versetzen, seine wundervolle Kraft zu würdigen.

Wenn es Ihnen gefällt, können Sie durch jede Apotheke mehr beziehen. Schreiben Sie aber wegen der Gratisprobe sofort, ehe Sie es vergessen, direkt an E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A. 392, Friedrichstraße 19. Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Täglich:

COLUMBINE

Die Geliebte des Apachen.

Sensationsdrama in 5 Akten mit **Emil Janningsals Apache Carlo** und **Margarete Lanner.**

Erschütternder Einblick in den Sumpf der Großstadt und die :: dunkle Welt der Apachen! ::

Tanz-Einlage:
Original-Pariser-Apachentanz
(Valse Chaloupée)
:: Kapelle A. Richter. ::

Vorführung: 4.05 6.35 9.10.

5734 Ferner:

Die Liebe der Sklavin.

Ein Frauenschicksal in 5 Akten.

— Vorführung: 5.35 8.10. —

Am 4. Dezember, früh 4 Uhr, verschied unerwartet nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber unvergeßlicher Mann, treuer 5 Kinder treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn der Maurer

Paul Kühne

im 36. Lebensjahr.

Halle (Saale), den 6. Dezember 1920.

In tiefem Schmerz:
Witwe Martha Kühne geb. Schlegel und Kinder nebst allen Verwandten.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. Dez., nachm. 1½ Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt. 5729

Am 4. Dezember verschied unerwartet unser Genosse, der Maurer

Paul Kühne.

Wir verlieren in ihm einen treuen, fleissigen Mitarbeiter und werden seiner stets in Ehren gedenken.

Bauausführungsgenossenschaft
e. G. m. b. H. 5729
Beerdigung: Dienstag 1½ Uhr, Südfriedhof

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0004

Gegen die Orgesch und Konterrevolution.

Rede des Genossen Oelßner (Halle) in der Preußischen Landesversammlung.

Im alten wilhelminischen Preußen bezeichnete der Haushalt des Ministers des Innern den verantwortlichen Minister als den treuen Polizeiminister seines Königs. Stolz waren die Träger der Krone und alle ihre Handlanger, auf ihre Landräte und ihre Polizei, die ihnen in der Welt niemand nachmachte. Sie waren in der Welt so berüchtigt, als die Machthaber die Völker fast der ganzen Erde in die Hölle des Weltkrieges hineinzogen, als deutsche Größenwahn und deutscherischer Machtdünkel die Pforten dieses Menschenschlachthauses eröffnete. (Lachen rechts.) Trotz Lügen und brutalster Unterdrückung, trotz Verbrechen und grauenhafter Verniedlichung aller Kulturgüter, brach dieser preußische Polizeigeist zusammen. Das ganze Bürgertum stellte sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und verlangte lediglich demokratische Rechte. Die Sozialdemokraten, deren Erfurter Programm als Voraussetzung für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft die politische Macht verlangt, haben in der Stunde, als die Arbeiterschaft die politische Macht in der Hand hatte, das Proletariat genau so verraten, wie während des Weltkrieges durch die Unterstützung der bürgerlichen Macht. (Na, na! rechts. — Sehr wahr! b. d. USP.) Sie predigen heute noch dem Volk, die Demokratie solle die Arbeiter erlösen. Als in Preußen die Knute der Junker regierte (Lachen rechts), verhüllt durch Purpur und Krone, mit allem dazugehörigen Firlefanz, da hatte die Forderung der demokratischen Republik eine Berechtigung, um den Kampf gegen den preußischen Polizeigeist zu führen. Nachdem man aber bei der Wahl auch dieses Hauses dem deutschen Volke, insbesondere der Arbeiterschaft, das heilige Versprechen gegeben hatte, eine soziale Republik zu schaffen, hatte man die Arbeiter betrogen, denn die **Demokratie mußte zum Instrument der Klassenherrschaft gegen die Arbeiterschaft zum Werkzeug der Konterrevolution werden.** (Hu, hu! rechts.)

Den Beweis liefert der Haushalt des Ministeriums des Innern. Er weist in dauernden und außerordentlichen Ausgaben die Summe von 508 158 722 Mk. auf, davon allein für Polizei und konterrevolutionäre Institutionen die Summe von 473 Millionen, darunter für die Sicherheitspolizei 371 Millionen. Um ganz objektiv zu sein: Man hat sich vorgestern unterhalten, welchen Anteil Preußen an diesen 376 Millionen für die Sicherheitspolizei zu tragen hat. Eins steht fest, daß die Gemeinden 25 Millionen dazu beizutragen haben. Und wenn die Aufsuche der Sicherheitspolizei darin besteht, die Unsicherheit im innerpolitischen Leben zu heben, so wird gerade das Gegenteil davon herbeigeführt, weil die Gemeinden zu den Lasten herangezogen werden, die jeder Beschreibung spotten. Dafür werden ihnen mehr Sicherheitspolizei gegeben. Beispielsweise wurden in der Stadt Weißenfels nach dem Kapp-Putsch 500 grüne Polizei eingesetzt. In dieser Stadt, die nur etwa 34000 Einwohner hat, ist die Sicherheitspolizei so kraß in die Erscheinung getreten, daß nicht nur die Unabhängigen und Kommunisten, nicht nur die Sozialdemokraten, sondern das gesamte Bürgertum sich gegen eine so starke Polizeigewendet hat. Die Polizeileute laufen den ganzen Tag spazieren und sorgen für „Ruhe und Ordnung". Was über dieses Kapitel zu sagen wäre, das spricht ganze Bände. Ich will nur einen einzigen Fall herausgreifen: In Halle können Sie, wenn Sie sich das Vergnügen machen, in der Mittagszeit durch die Straßen gehen, beobachten, daß durch die Stadt Lastautos fahren, die mit Sicherheitspolizisten beladen sind und sehr viele Maschinengewehre mit sich führen. Diese Leute haben die neuesten Uniformen, das neueste Sattelzeug usw. Es ist eine unerhörte Provokation der Arbeiterschaft, wenn man sich täglich dieses Spazierenfahren mit ansehen muß. (Lachen rechts.) Nebenbei kommt noch in Betracht, daß den Arbeitern auf diese Weise jeden Tag vordemonstriert wird, wie gerade sie in dem Staate behandelt werden. Wir sind ja in Halle derartiges gewöhnt. Während des Kapp-Putsches ist es Mitgliedern dieses Hauses passiert, daß sie von den Mannschaften der Sicherheitspolizei in ihrem eigenen Hause verhaftet worden sind. (Hört, hört! b. d. USP.) Das sind alles Provokationen. Die Zusammensetzung der Sicherheitspolizei ist ja vollständig stubenrein. Bei Gelegenheit des Kapp-Putsches ist die Behörde an das Gewerkschaftskartell in Halle herangetreten und mein Freund Lemck als Arbeitersekretär wurde beauftragt, zwei Hundertschaften durch die organisierte Arbeiterschaft aufzustellen. Die Verhandlungen gingen lange Zeit hin und her, unter der Arbeiterschaft wurde Auslese gehalten, es wurden Listen eingereicht usw. Als die Gefahr vorüber war, war keine Rede mehr davon, daß die organisierte Arbeiterschaft von Halle in der Sicherheitspolizei eine Hundertschaft bekommen sollte. Aber mein Parteifreund Lemck wird sich in ganz kurzer Zeit vor dem Reichsgericht zu verantworten haben, weil er militärische Organisationen vorbereitet hätte. (Hört, hört! b. d. USP.)

Genau so wenig, wie die Sicherheitspolizei die Arbeiter beruhigt, genau so wenig wie die Ausgabe der 371 Millionen die Arbeiter satt macht, genau so wenig trägt zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit die Summe bei, die im Etat steht, die zwei Millionen beträgt und für die Einwohnerwehren berechnet ist. Die Mehrbeträge, die die Einwohnerwehren erfordern, werden zunächst noch durch private Sammlungen aufgebracht. Ich sage es vor dem ganzen Lande, daß diese Einwohnerwehren, für die heute noch Staatsmittel verwendet werden, der Organisationskeim der Orgesch sind. Der Minister des Innern so selbst darauf hinweisen müssen, daß wahrscheinlich in seinem eigenen Ministerium durch einen Vertrauensbruch die ganze Sache in die Oeffentlichkeit gekommen ist. Er hat selbst darauf hingewiesen, daß Offiziere, die in seinem Ressort gearbeitet haben, jetzt Offiziere einer Orgesch-Organisation sind. Die Orgesch hat es verstanden, Einwohnerwehren als Werkzeug zu benutzen. Es ist doch kein Zufall, daß beispielsweise der bayerischen Regierung trotz des Abkommens von Spa das Fortbestehen der Einwohnerwehren garantiert wird, und daß diese bayerische Orgesch ihre Fäden bereits nach Oesterreich, nach Tirol, nach der Tschechoslowakei, nach Ungarn spinnt, genau so gut wie nach Preußen. Da der bayerische Ministerpräsident von Kahr in Berlin gewesen ist und die Sache sich offiziell in aller Güte erledigt hat, so ist es doch jedem Einsichtigen klar, daß wir offiziell eine Geheimregierung in Preußen und in Deutschland haben, die sich eben nach Kahr, Dr. Heim und Escherich orientiert. (Sehr wahr! b. d. USP.) Ueber die Orgesch und in ihrem Zusammenhange über die Einwohnerwehren möchte ich noch einiges hinzufügen. Ich will darauf hinweisen, daß in Pommern die Einwohnerwehren sich offiziell mit der Brigade Ehrhardt vermischt hat und daß die konterrevolutionären Baltikumer usw., von denen ja der Herr Minister, wie er selbst sagte, Drohbriefe bekommt, in der Lage waren, alles in bester Art und Weise in konterrevolutionärem Sinne zu organisieren. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt darüber:

„Die Seele dieser ganzen Organisation ist der Gutsbesitzer von Kleist-Schmenzin, der frank und frei erklärt, die Regierung nicht anerkennen zu können (hört! hört! b. d. USP.); für ihn bestehe rechtlich noch immer die alte Regierung. (Hört, hört! b. d. USP.) Er hat auch Anfang September die sämtlichen Offiziere — es befinden sich noch ungefähr 20 Offiziere und ungefähr 250 Mannschaften ehemaliger Baltikumer im Kreise Belgard — zusammenberufen und sie zum Eintritt in die Orgesch veranlaßt. Die Mitgliedskarten sollten vom Pommerschen Landbund ausgestellt werden. Nachdem so das Land seine Orgesch hatte, wurde auch in der Stadt Belgard selbst die Gründung vorgenommen. Ende September rief der Ingenieur Büsing von der Ueberlandzentrale Leiter der Technischen Nothilfe im Kreise Belgard, Vorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes, Vorstand des Bürgerbundes, eine geheime Sitzung ein, zu der er nur die allergetreuesten Gegner der heutigen Regierung einlud. (Hört, hört! b. d. USP.) Er betonte ausdrücklich, daß im Ernstfalle die Führer durch solche aus der Reichswehr ersetzt würden. Büsing, der die Seele der Sache ist, hatte vorher einer Versammlung in Stettin beigewohnt, in welcher Forstrat Escherich gesprochen hatte. In dieser soll, wie Büsing seinen Getreuen mitteilte, Escherich gesagt haben, jeder sei ein Schafskopf, der sein Gewehr ablieferte. Im übrigen seien für den Ernstfall Gewehre usw. in genügender Anzahl vorhanden. Aber die Waffen könnte man auch jederzeit aus den Einwohnerwehrbeständen entnehmen."

Sie haben hier einen Beweis der engen Verbindung der Orgesch und der Einwohnerwehr, die aus staatlichen Mitteln konzessioniert wird.

Aber noch weiter! Sie kennen wohl alle die sogenannten Orgesch-Bettelbriefe, von denen die „Hamburger Volkszeitung" kürzlich einige Exemplare veröffentlicht hat. Da heißt es, nachdem darauf hingewiesen worden ist, daß es notwendig sei, so schnell wie möglich recht viel Geld zur Verfügung zu stellen:

Aus den uns zur Verfügung gestellten Mitteln sind unterstützt worden und sollen weiterhin unterstützt werden u. a. die staatlichen Sicherheitsorgane, die der Erhaltung der vaterländischen Kultur und zur Erziehung der Volksgemeinschaft dienenden Gesellschaften, die zum Ersatz der aufgelösten Einwohnerwehr in Aussicht genommene Organisation des Heimschutzes, des Grenzschutzes, Abstimmung in den Grenzgebieten und die Organisation Escherich.

Also alles zusammen an ein und derselben Stelle; es wird alles aus demselben Topf gespeist. Herr Abg. Leid wies vorhin auf den Mordbefehl der bayerischen Orgesch hin, den er hier verlesen hat. Ich möchte noch einmal ganz besonders das eine betonen, das in den Verhaltungsmaßregeln gesagt wird:

Bei Linksputschen: Werden die Mannschaften von sozialdemokratisch angehauchtem Pöbel belästigt, sei es auch nur durch Worte so sind diese rohen Elemente niederzuschießen. (Hört, hört! b. d. USP.) in leichteren Fällen mit dem Gummiknüppel zu verprügeln. Insbesondere sind die Schläge auf den Kopf zu konzentrieren. (Hört, hört! b. d. USP. — Lachen rechts und im Zentrum.)

Weiter:

Bei Rechtsputschen sind Sozialistenführer und größere Schreier gleich zu erschießen.

Ihnen ist die Sache lächerlich, aber uns ist es blutiger Ernst, weil nämlich diese Sachen sich an uns bereits verwirklicht haben. Wir sind es, denen beim Kapp-Putsch durch Ihre Leute das bereits passiert ist! Wir sind des Nachts aus unseren Wohnungen herausgeholt worden. Wir haben während des Kapp-Putsches uns nicht in den Kellerlöchern verkrochen wie Sie am 9. November 1918, sondern wir haben unseren Mann gestanden. Wir waren uns klar darüber, daß in dem Moment, wo durch die Schuld der Sozialdemokraten, die ganze Sache abgewirgt war, Sie wieder Oberwasser hatten. Dann hat die wütende Soldateska in allererster Linie sich gegen uns und unsere Leute gewendet. (Sehr wahr! b. d. USP.) Spitzel haben in den Straßen schulpflichtige Kinder ausgefragt, ob ihre Väter sich am Kampf beteiligt haben. Diese wurden einfach verhaftet, mit Draht zusammengebunden, auf brutalste Weise mißhandelt und erschossen.

Der Minister des Innern erklärte in Abwehr gegen diejenigen, die sich gegen seinen Erlaß wandten, gegen die Herren von rechts: wir haben nach links schärfer zugegriffen als nach rechts. (Hört, hört! auf der äußersten Linken. — Lebhafter Widerspruch rechts.) Was bedeutet das? — Das heißt: die demokratische Regierung und insbesondere die Sozialdemokraten in der demokratischen Koalitionsregierung haben mehr Arbeiter erschlagen als von den Herrschaften, die den Kapp-Putsch produziert haben; Tausende von Arbeitern wurden in die Gefängnisse gejagt unter dem sozialistischen Regime eines Severing und wurden wie Freiwild behandelt.

Ich will noch auf den Putsch in Sangerhausen im Juni d. J. hinweisen. Heute ist gar kein Zweifel daran, daß der Putsch von rechts angezettelt und Spitzelwerk war, genau wie der Putsch in Köthen. (Sehr richtig! b. d. USP.) Als ich an jenem Mittag nach Köthen kam und mir diese Räterepublik ansehnte, war mir im ersten Moment klar, daß derjenige, der dort Führer der Räterepublik war, kein Kommunist sein konnte. Als ich nach der Auflösung den Betreffenden sagte: jetzt verlange ich aber von euch und vor allen Dingen von dem Vorsitzenden, daß eine Verhandlungskommission hier bleibt, damit sie mit dem Zivilkommissar von Dessau verhandeln kann, erklärte mir der betreffende Vorsitzende Bera: Nein, ich kann nicht hier bleiben, denn ich bin Offizier und Staatsbeamter. (Hört, hört! b. d. USP.) Bei den Verhandlungen vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Dessau stellte sich dann heraus, daß er nicht nur ein ausgemachter Spitzel war, sondern daß auch noch andere dabei mitgearbeitet hatten. Ich möchte an den Spitzel Grimm erinnern, der während der Gerichtsverhandlung des Meineids überführt und sofort verhaftet wurde, der in ganz kurzer Zeit sich wieder auf freiem Fuß befand und wegen Waffenschiebungen in Sangerhausen, bei denen er wieder eine große Rolle spielte, 6 Monate Gefängnis bekam, sich trotzdem aber in Freiheit aus dem Gerichtssaal entfernen konnte, während die anderen aus der Haft vorgeführt und in die Haft abgeführt wurden. (Hört, hört! b. d. USP.) Dieser meineidige Spitzel Grimm konnte sich trotz seiner sechs Monate Gefängnis also auf freiem Fuße bewegen und heute ist er flüchtig.

Es ist schon so, wie es von uns hingestellt wurde und worüber ja auch der Herr Minister des Innern ein erdrückendes Material hat, daß diese Orgesch eine bewußt konterrevolutionäre Organisation ist, die sich angeblich gegen die Roten Armeen und gegen die Linksputsche wendet, aber die sich den Teufel daraus macht, auch die ganze demokratische Verfassung und Republik über den Haufen zu werfen, wenn sie glauben, daß ihre Stunde geschlagen hat. (Zuruf b. d. USP.: Siehe Kapp-Putsch.) Ich werde Ihnen gleich etwas Besonderes mitteilen. Im Auge von Halle führen ein Herr von Helldorf, der in der Weimarer Gegend ansässig ist, und ein Rittergutsbesitzer Wenzel, der in Teutschenthal wohnt. Sie haben sich davon unterhalten, daß ein neuer Kapp-Putsch kommen wird.

Alles das, was sich in bezug auf die Orgesch und das damit zusammenhängt, abspielt, spielt sich unter dem Ressort des Ministers des Innern, Severing, ab. Er hat seinerzeit als Reichskommissar mit dem General Watter zusammen gearbeitet, demselben Watter, der jetzt in Karlsruhe eine Versammlung abgehalten hat, in welcher er Näheres über seine Erfahrungen bei der Niederschlagung von Arbeitern im Ruhrgebiet sowie über seine Abwehrorganisationen mitgeteilt hat. Er sagte beispielsweise auch, daß ihm von Norddeutschland sechs Millionen nach Baden zum Zwecke des Aufkaufes seiner Organisationen überwiesen wurden. (Hört, hört! b. d. USP.) Seinerzeit hätte der Minister Severing die Möglichkeit gehabt, solche Leute wie Watter kaltzustellen. Obwohl, wie er sich selbst überzeugen mußte, daß die Arbeiter zu Unrecht von den Konterrevolutionären verhaftet worden sind, hat er die charakteristische Antwort gegeben: Ich werde die Freilassung bei der Militärbehörde beantragen. Der Reichskommissar will bei der ihm unterstellten Militärbehörde die Freilassung beantragen! Ich sage: damals hat er die Macht in der Hand gehabt und hat sie nicht gebraucht und braucht sich nun heute nicht zu wundern, wenn solche Leute ihm über den Kopf gewachsen sind.

Unter dem demokratischen Regime der demokratischen Republik ist mehr Arbeiterblut geflossen als je unter dem kaiserlichen deutschen Regime. Sie haben gefragt: welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? Sie (nach rechts) aus Ihren Machtpositionen zu stürzen. (Sehr wahr! b. d. USP.) Die Aufgabe haben wir, das ganze kapitalistische System zu zerbrechen. (Bravo und Heiterkeit rechts.) An seine Stelle eine andere Wirtschaftsordnung zu setzen. Diese Aufgabe liegt noch vor uns, das Bürgertum organisiert die Orgesch, das bedeute, daß die revolutionäre Arbeiterschaft in diesem Kampfe noch sehr viel Blut fließen lassen muß. **An der Arbeiterschaft** — darüber bin ich mir klar — werden Sie mit Ihrer Orgesch noch manchmal Ihr Mütchen kühlen können. Aber die Blutschuld kommt auf jene (zu den Mehrheitssozialdemokraten). Die ganze jetzige Situation liefert den Beweis, daß es unter der Demokratie und dem demokratischen System keine Möglichkeit gibt, die Arbeiterschaft zu befreien. Aus dem Grunde ist sich die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands darüber klar, daß mit schönen Worten und großen Parlamentsreden die Revolution nicht geführt werden kann. Wir sind uns darüber klar, daß die revolutionäre Arbeiterschaft die Machtmittel für sich in Anspruch nehmen muß, die sie hat, und dafür sorgen muß, eine Kampforganisation zu schaffen, gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Welt. (Sehr richtig! b. d. USP.) Die ganze Entwicklung, die der Staat genommen hat, hat den Nachweis geliefert, daß die Demokratie heute zu nichts anderem geworden ist als zur Dirne der Reaktion. Die Sozialdemokraten haben die Demokratie zu einem Kampf um die Futterkrippe gemacht!

Der Herr Minister Severing wies darauf hin, daß die Regierung weder Kappisten noch Anhänger Moskaus in ihren Verwaltungsbehörden brauchen kann. Aber eines will ich sagen: An die gewählten Amtsvorsteher werden Schreiben gerichtet, worin sie über ihre Stellung zur 3. Internationale befragt werden. (Lebhaftes hört, hört! b. d. USP. Rufe rechts: Selbstverständlich.) Ja, selbstverständlich! Aber charakteristisch ist, daß der Betreffende, der das Schriftstück geschrieben hat, der Landrat v. Trebra aus Wittenberg ist, einer aus jenen Tagen, als Wilhelm der Dabeugelaufene noch die Krone auf hatte, und ihm in der Welt niemand seine Landräte nachmachen konnte. Dieser Landrat v. Trebra hat das Schriftstück im Auftrag des Regierungspräsidenten v. Gersdorff in Merseburg geschickt, eines Herrn, der noch aus alten Tagen an der Regierung ist. Ich kenne den Geist dieser Herren ganz genau und weiß, daß diese Herren auf die ganze Demokratie und die demokratische Verfassung pfeifen in dem Moment, wo die Zeit für sie reif ist. Das sind heute noch getreue Anhänger ihres Königs.

Das ganze Bestätigungsrecht, wie es heute noch besteht, ist nichts anderes, als ein Mittel der Korruption. In Mitteldeutschland sind Parteigenossen von mir, die revolutionär gewesen sind, die noch während des Kapp-Putsches mitgeholfen haben, von uns gegangen, nachdem sie von der Regierung als Landräte bestätigt worden sind. Das ist das Korrumpierende des ganzen Systems, und deshalb sagen wir: Dieses System kann nur gestürzt, und es muß an seine Stelle ein anderes System, eine andere Gesellschaftsordnung aufgebaut werden, und zwar eine Gesellschaftsordnung, die sich gegen Sie als Ausbeuter wendet, an Stelle der Ausbeuter eine klassenlose Gesellschaft, die jedem Einzelnen gleiches Recht gibt. Wir sind uns darüber klar, daß Sie auf Ihre Rechte nicht verzichten und deshalb ist es notwendig, daß wir an Stelle Ihrer Diktatur die Diktatur des Proletariats errichten, um Ihnen Ihre Rechte zu entreißen. Die Diktatur des Proletariats wird ein ewiger Aufruf sein, sondern, sobald wir diese Klassengesellschaft beseitigt haben, bauen wir eine neue Gesellschaft auf, in welcher es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten gibt. (Lebhafter Beifall b. d. USP.)

Wahldemagogie der Berliner „Freiheit".

Die „Freiheit" entrüstet sich in längeren Ausführungen, die sie sich aus Halle berichten läßt, darüber, daß das „Volksblatt" die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses als Beweis für den gegenrevolutionären Charakter dieser gelben Organisation hinstellt. Besonders angetan hat es ihr ein Satz, in welchem das „Volksblatt" die von diesem Kongreß geforderte zentralistische Kontrolle der Gütererzeugung als Utopie bezeichnet. Sie tut so, als wären wir damit der kommunistischen Parole des Kampfes um die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter entgegengetreten. Damit begeht die „Freiheit" ein Fälscherkunststück, für welches nicht einmal ihr abgrundtiefes Unverständnis für das in Frage stehende Problem eine ausreichende Entschuldigung gibt. Für so politisch-naiv halten wir selbst die „Freiheit" nicht, daß sie ernstlich der Meinung sein könnte, das, was die Amsterdamer Internationale unter zentralistischer Kontrolle der Gütererzeugung versteht, sei dasselbe wie das, wofür die Kommunisten die Arbeiter zum Kampf aufforderten. Die Amsterdamer wollen durch staatliche Einwirkung ungefähr im Sinne der Wissellschen Planwirtschaft oder im besten Falle durch arbeitsgemeinschaftliche Organisationen, in denen die Unternehmer das Heft in der Hand haben, die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die den Kapitalisten selbst unheimlich zu werden anfängt, mildern. Was eben ganz und gar eine Utopie ist und bleibt. Die Kommunisten aber wollen den verzweifelten Arbeitern einen Weg zeigen, wie sie sich gegen grausame Wirkungen der Wirtschaftskrise im Kampfe zur Wehr setzen können. Und sie lassen auch keinen Zweifel darüber bestehen, daß auch dieser Kampf um die Produktionskontrolle zu einem befriedigenden Ergebnis nur führen kann, wenn er sich zum Kampf um die politische Macht steigert.

Warum die „Freiheit" diesen plumpen Schwindel versucht, zeigen die Schlußsätze ihres aus Halle kommenden Berichtes, in welchen die Berliner Metallarbeiter aufgefordert werden, gegen die Kommunisten zu stimmen. Es handelt sich also um einen ganz gewöhnlichen Wahlschwindel, auf den aber die Berliner Metallarbeiter nicht hereinfallen werden.

Die Vorkonferenz der verschämten Opportunisten,

die gestern, Sonntag, in Bern zusammentrat, ist von Vertretern zahlreicher Gesinnungsverwandten, so von der rechten USP., der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs, der Deutsch-sozialistischen Arbeiterpartei, der Tschechoslowakischen Republik, der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der Sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands, sowie der opportunistischen Cliquenin in der Schweizer Sozialdemokratie und der Sozialistischen Partei Frankreichs beschickt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0005

Der Verschmelzungs-Parteitag.

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Ich komme noch auf eine praktische Frage. Wir haben eine Zentralstelle für die Propaganda unter dem Landproletariat geschaffen. Sie muß erweitert und die Mitwirkung der Genossen auf dem Lande muß unaufhört intensiver werden. Als Vorbut des deutschen Proletariats haben wir die Pflicht, an die Spitze auch von Aktionen der Landarbeiter und Kleinbauern zu treten. Das Kleinbauerntum muß in der Aktion auf die Seite des Landproletariats hinübergezogen werden. Dann wird das Gespenst von der Uneinnehmbarkeit des Landes aus den Köpfen der Arbeiter verschwinden. Dann werden wir den Sieg erringen und werden schon in der Zwischenzeit die revolutionäre [illegible] der Ernährungsfragen in Angriff nehmen können. (Beifall.)

In der Debatte verweist Unried (Stuttgart) auf die Bauerntagungen der letzten Zeit, die überall von den Großgrundbesitzern geleitet wurden. Noch nie sei gegen die Arbeiter so gehetzt worden, wie auf diesen Tagungen. Man habe offen ausgesprochen, daß die Bauernbünde ein Gegengewicht gegen die Gewerkschaften darstellen sollen. Der Redner verliest einen Aufruf des württembergischen Bauernbundes, in dem bei Beginn von Unruhen der Lieferstreik einsetzen und im Falle eines Generalstreikes die bäuerlichen Einwohnerwehren in Aktion treten sollen. Jetzt zeige sich das Verhängnisvolle der Politik der SPD. und der rechten USP., welche die Arbeiter gegen die Bauern aufgehetzt haben. Auch solche Experimente, wie die Versuche von Arbeitslosen in einzelnen Städten, sich gewaltsam Lebensmittel vom Lande zu holen, dürfen nicht wieder vorkommen. Der ganze Haß der Bauern wird durch derartige Vorfälle gegen die Arbeiter errichtet.

Säß (Vorpedorf) wendet sich gegen den Entwurf zum Agrarprogramm. Der Versuch, die Großgrundbesitzer zu gewinnen, könne nicht gemacht werden. Daß das Programm vorsehe, den Gutsrat die Feststellung des Bedarfskapitals zu überlassen, bedeute einen Verzicht auf den Kommunismus. Ebenso müsse die Einteilung in die verschiedenen Kategorien der Betriebsweise auf dem Lande fortfallen. Die Landarbeiter seien für den Kommunismus ebenso empfänglich, wie das Industrieproletariat. Man müsse auch ihnen klipp und klar sagen, was die Kommunisten wollen. Der Redner fordert die Ablehnung des Entwurfes.

Urbans (Hamburg) glaubt, daß die Verfasser des Programmentwurfes sich dem Großbauerntum gegenüber falsch eingestellt hätten. Dank der Entwicklung durch den Krieg seien die Großbauern besonders im Norden zu ebensolchen Herren geworden, wie die Junker. Darum muß auch in ihre Besitzverhältnisse ebenso eingegriffen werden, wie in die des Großgrundbesitzes. Man müsse sich den Großbauern gegenüber, welche die Hauptstütze der Konterrevolution bedeuten, auf den Machtstandpunkt stellen. Jeder Opportunismus müsse auch dem Agrarprogramm fernbleiben. Wenn wir als Schonungsapostel für den Großgrundbesitz auf das Land gehen, dann werden unsere Agitatoren ebenso an die Scheunen gehängt werden, wie die Großgrundbesitzer und die Großbauern selbst.

Der Vorsitzende Pieck teilt mit, daß der von den Vorrednern kritisierte Paragraph 11 des Entwurfes ja ohnehin durch die Programmkommission gestrichen worden sei.

Scheune (Bayern) erinnert daran, daß es während der Münchener Räterepublik der bayerischen Regierung nicht möglich war, die Bauern zum Kampfe gegen die Arbeiter zu gewinnen. Sie habe sich erst die Preußen holen müssen. Jetzt habe sich das allerdings geändert, weil es die Konterrevolution versuche, rechtzeitig Konzessionen an die Bauern zu machen. Auf nur agitatorischem Wege können wir die Bauern nicht gewinnen.

Katz (Hannover) hält das Programm für ein Agitationsprogramm und nicht für ein Zukunftsprogramm. Groß- oder Kleinbetrieb sei eine Frage der Technik und man müsse daher nach den technischen Vorbedingungen gemäß der Thüneschen Theorie entscheiden. (Zwischenruf: Die setzt doch den Kapitalismus voraus.) Das Privateigentum am Grund und Boden müsse grundsätzlich aufgehoben werden. Der Redner schlägt die Rückverweisung des Entwurfes an eine neue Kommission vor, die morgen oder übermorgen den endgültigen Entwurf vorlegen solle.

Gieß (Brandenburg) verweist gegenüber den Angriffen gegen das Programm, daß wir uns doch in einer Uebergangszeit befänden. Die Enteignung der großen Güter wird automatisch die Kleinbauern zum genossenschaftlichen Zusammenschluß und zu unseren Ideen zwingen. Wer behauptet, daß die Bauern nicht zu gewinnen seien, der muß schlecht von seiner eigenen Sache überzeugt sein. Natürlich geht das nicht auf einen Schlag. Jeden Agitator muß ein enges Band zur Landbevölkerung knüpfen. Er muß das Vertrauen der Landbevölkerung gewinnen. Dann wird das Land uns gehören.

Schwarz (Kiel) erklärt, daß er auf Grund seiner Erfahrungen in Schleswig-Holstein das Agrarprogramm durchaus begrüßen müsse. Es sind hier die Einwände der Hitzeringe gegen den Programmentwurf aufgetaucht. Aber die Genossen werden sich davon überzeugen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn sie nicht die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat überhaupt in Frage stellen wollen. Es ist eine ganz andere Sache, vor und nach Ergreifung der Macht. Wir müssen uns, was die Landpropaganda anbetrifft, zum Bewußtsein bringen, daß der Sozialismus heute nicht eine Büchermeisheit, sondern eine aktuelle Frage des Kampfes heute und morgen ist. Er würde es freilich begrüßen, wenn an die Spitze des Programms eine prinzipielle Darstellung des Agrarproblems vom sozialistischen Standpunkt gestellt würde. Ferner müsse ausgesprochen werden, daß alle Versprechungen, die wir den Kleinbauern machen, nur so lange Gültigkeit haben, wie uns von diesen kein Widerstand begegnet. Man muß es aussprechen, daß wir auch einen eventuellen Widerstand halbproletarischer und und selbst proletarischer Schichten niederschlagen werden. Sehr geschickt sei im Programm die Anknüpfung an den Frühkommunismus, wie sie aus dem Ausdruck Markgenossenschaft hervorgehe. Wir müssen heraus aus der enaherzigen Einstellung der Kautskianer und unter Wahrung unserer Grundsätze unter dem Banner realer Ziele und für reale Forderungen den Kampf auf dem Lande führen.

Schulz (Berlin): Der Entwurf ist durchaus getragen vom Geiste der Moskauer Leitsätze, nachdem der Absatz 11 gefallen ist. Wir wollen nicht den Junkern und Großbauern das Leben erleichtern. Es geht uns nicht darum, den Klassenkampf vom Lande fernzuhalten. Niemand kann behaupten, dieses Programm sei getragen vom Geiste der Hitzeringe. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß die Sozialisierung der kleinen Betriebe nicht unmittelbar nach der Eroberung der Macht durchführbar ist. Diese Betriebe müssen in die sozialistische Wirtschaft hinübergeführt werden, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel, durch Belehrung. Den Großgrundbesitz müssen wird enteignen, um der Revolution die Sicherheit der Lebensmittelversorgung zu geben. Wir können auf dem Lande Millionen Bundesgenossen haben und wenn wir ihnen sagen, was ist, dann kommen sie nicht nur instinktiv zu uns. Nicht umsonst sind aus den 20000 Landarbeitern, die vor dem Kriege gewerkschaftlich organisiert waren, heute eine Million geworden. Und nicht umsonst werden sie sich so heftig gegen die rechtssozialistische Politik ihrer Verbandsleitung. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir, wenn wir hingehen, wohin wir gehören, auf das Land die Landarbeiter zu uns bringen werden. Der Redner erörtert die Ausführungen des Referenten über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter und dem Schwindel, den die Gutsbesitzer mit den angeblich so hohen Löhnen treiben. Die Landarbeiter sind heute großenteils gezwungen, ihre Deputate, die doch zur Erhaltung ihrer körperlichen Kraft notwendig sind, zu höheren Preisen zu verkaufen, weil sie sonst zu wenig Bargeld haben. Wir müssen ihnen sagen, daß der Niederbruch der Junkerherrschaft sie von dem Zwang befreien wird, ihre Deputate zu veräußern. Den Kleinbauern müssen wir zeigen, daß sie nicht durch die Industriearbeiter [illegible] industriellen Produktionsmittel ausgebeutet werden. Wir haben die beste Gelegenheit, uns in den Kleinbauern Millionen treuer Freunde zu schaffen. Anders ist die proletarische Revolution nicht durchzuführen. Zum Schluß begründet der Redner folgenden Antrag:

„Der Vereinigungsparteitag bestätigt den Beschluß des Aprilparteitages der USPD., nach dem ein besonderes Zentralsekretariat zur nachdrücklichen Betreibung der Landpropaganda errichtet worden ist. Der Parteitag verpflichtet alle Bezirke und Ortsgruppen, die in dem Beschlusse geforderten Organe zur Landpropaganda unverzüglich zu schaffen."

Wurm (Braunschweig): Wir haben die Agrarfrage nicht zu behandeln als einen abstrakten Programmpunkt, sondern als die Frage einer sozialen Bewegung. Das Programm muß daher einschließt sein auf die Aufgaben, die heute vor uns stehen, auf die nächsten Forderungen. Die Enteignung sämtlichen Bauernlandes auszusprechen ist in der wirtschaftlichen Praxis unmöglich. Politisch stellt sich für uns die Frage, wie wir die Bauern möglichst als Kräfte für die soziale Revolution ausnutzen oder aber sie nicht als Kräfte gegen die soziale Revolution zur Entfaltung kommen lassen. Besprochen werden muß auch das Siedlungswesen. Die Siedlungspolitik geht, daß der Kapitalismus heute dem Proletarier nichts mehr geben kann. Sie liegt im Interesse der Schwerindustrie, deren wesentlichste Kapitalausgaben in Löhnen bestehen, die durch die Siedelung herabgedrückt werden sollen.

Hörnle (Berlin): Für die Mehrzahl von uns ist die Agrarfrage noch Neuland. Das hat die Diskussion gezeigt. Es sind Dinge vorgebracht worden, die uns beweisen können, daß viele unserer Genossen in der Agrarfrage noch das ABC lernen müssen. Hier wird die ganze Zeit von Bauern gesprochen. Ich sage, es gibt keine Bauern als Ganzes. Es gibt Großgrundbesitzer, es gibt Großbauern, es gibt Mittelbauern, Kleinbauern und es gibt Landarbeiter. Der Gegensatz vom Bauern zum Industriearbeiter, der zum Ausdruck kommt in dem Sprechen von den konterrevolutionären Bauern als Gesamtheit ist erst geschaffen vom Agrarkapital. Wir müssen den kleinen und den Mittelbauern ihren eigenen Interessengegensatz zum Agrarkapital erklären. Die Klein- und Mittelbauern sind ihrer sozialen Stellung nach nicht mit den Kapitalisten, sondern eher mit den Handwerkern auf eine Stufe zu stellen.

Ein bezeichnendes Beispiel ist die Zwangswirtschaft. Sie entstand während des Krieges und schädigte den Profit des Agrarkapitals zugunsten des Industriekapitals, dem sie ihre Arbeitskräfte verbilligte. Dies war so lange möglich, als das Agrarkapital sich im Interesse des imperialistischen Krieges fügte. Nachdem dieses Interesse gefallen war, begann nach Kriegsausbruch der Kampf zwischen Agrarkapital und Industriekapital, der Kampf des Agrarkapitals um die freie Wirtschaft. Das Proletariat hatte hier nicht ein[illegible] für das Industriekapital gegen das Agrarkapital, es hatte geschlossen in Stadt und Land beide Kapitalsorten zu bekämpfen. Dies verhindert zu haben, das Proletariat für die Interessen des Industriekapitals eingespannt zu haben, ist das Verbrechen der Arbeitsgemeinschaften. Wir wollen nicht zurückkehren zur bureaukratischen Zwangswirtschaft, wir wollen nicht kämpfen für billige Arbeitskräfte, für das Industriekapital.

Heute noch ist das kleine und das mittlere Bauerntum der Gewaltaufen der Konterrevolution. Diese große Masse ist nicht mit Phrasen aus der Welt zu reden. Wenn Genossen kommen und sagen: Wir dürfen keine Kompromisse machen, so ist damit gar nichts getan. Denken Sie an die Agrartaktik unserer russischen Genossen. Wir müssen ein mögliches Verhältnis mit den kleinen und mittleren Bauern finden. Andere Genossen fallen in den entgegengesetzten Fehler. Sie wollen alles aufteilen. Wenn man Pächtern die Teile eines Großgrundbesitzes, die sie bearbeiten, zum Besitz gibt, so wirkt das nicht als ein Rückschritt, es wirkt produktionsfördernd. Großbetriebe aber müssen erhalten bleiben, wenn wir auch dem Landhunger der Kleinbauern bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen müssen. Das wesentliche ist, daß wir in unserem Agrarprogramm beweglich bleiben. Wir können zwar die Bauern nicht ohne weiteres für den Sozialismus gewinnen, aber im dem Maße die Proletarisierung der Kleinbauern fortgeht, müssen sie sich ihrer Lage bewußt werden und den Sozialismus als einzigen Ausweg erkennen. Ich schließe mit den Worten Rosa Luxemburgs, die ausgesprochen wurden schon zum Beginn der deutschen Revolution: Es ist ein Wahn, zu glauben, daß man die Revolution ohne Landwirtschaft machen könnte.

Heydemann (Königsberg): Das Verhältnis des Proletariats zur Landbevölkerung und das Verhältnis der Landbevölkerung zur Revolution ist ein Angelpunkt in der proletarischen Politik. Wir müssen die Bauern neutralisieren, wenn wir den Sieg erringen wollen. Die Versuche der Sozialdemokratie zur Lösung der Agrarfrage bedeuten nichts anderes als ein Zurückweichen vorm Bürgerkrieg. Wenn uns von rechtssozialistischer und rechtsunabhängiger Seite Opportunismus in der Agrarfrage vorgeworfen wird, so ist das ein Zeichen für den Opportunismus unserer Gegner, die die Notwendigkeiten des Bürgerkrieges nicht in Betracht ziehen, weil sie an den Bürgerkrieg selbst nicht ernsthaft herangehen wollen. Es ist nicht richtig, die Frage, ob der Besitzer selbst mitarbeitet oder nicht, als Unterscheidungsmerkmal zwischen Großgrundbesitz und Großbauerntum festzulegen. Die landwirtschaftliche Produktion muß im Interesse der hungernden Industriearbeiter wie im Interesse der Landwirtschaft selber, die Industrieprodukte braucht, so intensiv wie möglich betrieben werden. Straffe Zentralisation ist auch in der Landwirtschaft notwendig.

Flemming (Brandenburg): Nach der Streichung des § 11 können wir mit dem Programm vollkommen einverstanden sein. Sein Hauptvorteil ist, daß es die verschiedenen Bedingungen in den verschiedenen Gegenden gut berücksichtigt. Noch ein Wort möchte ich sprechen zu den Gutsräten. Sie setzen sich zusammen aus dem ungeschulteten Teil des Proletariats. Sie sind ein Instrument in der Hand der konterrevolutionären Führer des Landarbeiterverbandes. Man muß die Gutsräte mit den Betriebsräten zusammenfassen, um sie zu revolutionieren und für Aktionen die Verbindung zwischen dem Industrie- und dem Landproletariat herzustellen. Die Gutsräte haben die Aufgabe, die landwirtschaftliche Produktion zu übernehmen. Gehen sie an diese Aufgaben heran, so kommt es zu Kämpfen, die die Arbeiter in Stadt und Land gemeinsam führen müssen. Auch die Verbindung der Gutsräte mit den Kleinbauern muß hergestellt werden.

Rind (Offenbach) fordert, daß die Parteipresse möglichst viel Material über die Landfrage bringen soll, damit man mit Erfolg am Niederreißen der Hindernisse arbeiten könne, die von den Kapitalisten zwischen Bauern und Arbeitern aufgerichtet worden sind.

Adolf Hoffmann (Berlin): Es wird wohl niemand hier sein, der behauptet, daß dieses Agrarprogramm ein Ideal darstelle und sicherlich werden wir es noch verschiedentlich umstellen müssen, je nachdem, welche Erfahrungen wir machen. Es ist Tatsache, daß unsere Zeitungen sich nicht viel mit der Agrarfrage beschäftigt haben, doch war es sehr schwer, das richtige zu sagen und etwas Positives zu bringen. Wir können den Klein- und Mittelbauern nicht mit Marxischen Theorien kommen, sondern wir müssen sie an ihrer Klassenlage packen, damit es uns gelingt, die Klein- und Mittelbauern aus der Rolle zu reißen, die sie bis jetzt als Vorspann des Großgrundbesitzes spielen, von dem sie im eigenen Interesse mißbraucht werden. In diesem Sinne muß auch die Siedlungsfrage betrachtet werden. Es ist dies ein neuer Versuch der Großgrundbesitzer, sich Untergebene zu schaffen, die an die Scholle gefesselt und dadurch abhängig sind.

Der Weg, den wir in der Agrarfrage gehen, ist notwendig, genau so notwendig, wie der kampfreiche Weg unserer russischen Genossen ist. So können und müssen wir die Klein- und Mittelbauern für uns gewinnen. Selbst wenn wir die Kleinbauern erst noch durch Zuteilung von Land überhaupt existenzfähig machen, bleibt uns genug Großgrundbesitz, auf dem wir uns bemühen können, sozialistisch zu wirtschaften, kommunistische Betriebe einzurichten und nur durch dieses Beispiel werden wir die Bauern für den Kommunismus wecken können.

Schlußwort des Genossen Thalheimer:

Ich begrüße das lebhafte Interesse, das in der Diskussion über die Agrarfrage zum Ausdruck gekommen ist, wenn auch ein Teil der Redner sachunkundig gesprochen hat. Dieses Programm ist nicht aus dem Aermel geschüttelt. Es stellt die Verbindung des Agrarprogramms des Spartakusprogrammes mit den Moskauer Leitsätzen dar. Ganz unmöglich ist es, das Agrarprogramm auf eine bestimmte Ecke des deutschen Reiches zuzuschneiden. So läßt es notgedrungen einige Detailverhältnisse unberücksichtigt. Die Diskussion hat ergeben, daß doch nicht von allen der Charakter des Programms richtig verstanden worden ist. Es enthält als Maßregel für die Uebergangszeit die Linien, die dahin führen, für die Revolution die Kleinbauern zu mobilisieren und die Mittelbauern zu neutralisieren. Darüber hinaus aber gibt es auch die Hinweise auf den Weg, den wir nach der Machtergreifung zu beschreiten gedenken.

Mit der Machtergreifung ist der Bürgerkrieg ja nicht zu Ende und er wird, wie die russischen Erfahrungen gezeigt haben, wahrscheinlich noch mit äußeren Kriegen verbunden sein. In beiden Fällen ist ein vollständiger Eingriff in die Landverhältnisse der Bauern eine reine Unmöglichkeit.

Hier ist der Vorwurf des Revisionismus erhoben. Es würde etwas weit führen, doch könnte ich Ihnen mit zahlreichen Belegen von Engels und Marx beweisen, wie durchaus das Programm mit dem wissenschaftlichen Sozialismus übereinstimmt. Zu dem so oft gemachten Vorwurf des Kompromisses erinnere ich an das, was Lenin über diesen Punkt in den „Kinderkrankheiten" geschrieben hat. Die Hauptsache ist die Grundverschiedenheit der Tendenz bei unseren Kompromissen und bei denen der deutschen Menschewiki. Der Kern der rechtssozialistischen Kompromisse besteht darin, dem Kampf mit dem Großgrundbesitz um jeden Preis auszuweichen, während wir durch Kompromisse mit den Klein- und Mittelbauern dieselben zu gewinnen trachten im Kampf gegen den Großgrundbesitz.

Man hat hier Thünen zitiert, der aber nicht zutreffend ist. Auf keinem Gebiet ist der Kleinbetrieb heute noch überlegen. Die landwirtschaftliche Technik, die schon bedeutende Fortschritte gemacht hat, aber erst recht noch vor sich hat, wird den Unterschied zwischen der Rentabilität des Groß- und Kleinbetriebes noch bedeutend verstärken. Ein wichtiges Kapitel ist auch die Elektrifizierung der Landwirtschaft, die nach der Machtergreifung eine unserer wichtigsten Aufgaben sein wird.

Wir müssen der Methode, durch Siedlungsversprechungen Weißgardisten zu gewinnen, zu begegnen wissen, und diesen mißbrauchten Proletariern sagen: Helft lieber uns, den Landarbeitern, im Kampfe gegen die Junker, als euch weiterhin auf antiboleschewistischen Kreuzzügen Prügel zu holen. Es wird uns sicherlich gelingen, einen Teil dieser Auchproletarier für uns zu gewinnen.

Unmöglich ist es, die Bauerngüter in Kategorien nach ihrer Größe einzuteilen. Vielleicht wäre eine Einteilung nach der Art und Bewirtschaftung des Betriebes zu machen. Die Großbauernfrage hat, wie die Diskussion auch noch bestätigte, in Schleswig-Holstein und zum Beispiel Westfalen und Bayern ein so verschiedenes Gesicht, daß ich vorschlagen möchte, den Paragraphen 11 des Programmes einstweilen verschwinden zu lassen.

Die planmäßige sozialisierte Bewirtschaftung unseres ganzes Agrarbesitzes ist ein Werk von Jahrzehnten, in das wir noch oft die Erfahrungen, die wir im Laufe des Kampfes gemacht haben, einordnen müssen. Wir werden uns alle Kampferfahrungen zunutze machen müssen. Sie setzen auch taktische Veränderungen unseres Programmes voraus. Klar haben wir unsere Stellung zu der deutschen Bauernschaft formuliert und mit Georg Büchner ruft heute die Kommunistische Partei den Arbeitenden auf dem Lande zu: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!" Das ist die Parole, unter der wir kämpfen werden. (Beifall.)

Das Agrarprogramm wird gegen zwei Stimmen angenommen, ebenso bestätigt der Parteitag das von der Kommunistischen Partei bereits begründete Zentral-Sekretariat für Landpropaganda.

Angenommene Entschließungen.

Der Vereinigungsparteitag hat die folgenden, von Genossin Klara Zetkin eingebrachten Resolutionen einstimmig angenommen:

Grüße an Räterußland.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei, der Willensausdruck aller revolutionären Elemente Deutschlands, die mit der 3. Internationale kämpfen wollen, begrüßt bei seinem Zusammentritt die revolutionären Proletarier aller Länder, insbesondere aber die heldenmütigen Arbeiter- und Bauernmassen Räterußlands, die unter Führung der Kommunistischen Partei den Kapitalismus durch die Diktatur niederzwingen und ungeschreckt durch ungeheure Schwierigkeiten und Opfer den Aufbau der kommunistischen Ordnung in Angriff genommen haben. Er beglückwünscht die russische Räterepublik und ihre Rote Armee zu dem gewaltigen Sieg über das letzte Bollwerk der Gegenrevolution in Rußland, die Wrangelarmee. Der Sieg Räterußlands über Wrangel bedeutet gleichzeitig seinen Sieg über das Weiße Polen, den Soldknecht der verbündeten Entente-Imperialisten.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands bekennt seine aktive Solidarität mit der russischen Revolution. Er gelobt, mit allen Mitteln Sowjetrußland, den Vorkämpfer der Internationale der Tat zu unterstützen in der Erkenntnis, daß der Sieg der russischen Revolution in Deutschland vollendet werden muß, daß das Schicksal der Weltrevolution auf das engste mit diesem Sieg verknüpft ist.

Gegen Horthy-Ungarn.

In Horthy-Ungarn wütet der Weiße Schrecken noch immer erbarmungslos gegen das Proletariat und seine Vorkämpfer. Seit fünf Monaten, länger als der heldenmütige Kampf der Räterepublik gedauert hat, sitzen die Schergen Horthys über die Volkskommissare Rätengarns zu Gericht. Sie treten ihr eigenes Recht und Gesetz mit Füßen, sie führen eine Gerichtskomödie auf, um zehn Verteidiger der proletarischen Revolution, zehn Kämpfer für die Diktatur des Proletariats dem Galgen zu überantworten. In wenigen Tagen wird das Urteil fallen.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei bekennt sich bei seinem ersten Zusammentritt zu den Märtyrern der proletarischen Sache in Ungarn und brandmarkt das bevorstehende Urteil, die neuen Schandtaten des Horthy-Regiments in festes Ueberzeugung, daß dieses Urteil, daß die Herrschaft des Weißen Schreckens sich als ohnmächtig erweisen werden, die Befreiung des Proletariats in Ungarn, das Erstehen einer neuen ungarischen Räterepublik zu bereiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192012 06-16/fragment/page=0006

Im Bunde mit den Weißgardisten.

Es ist längst bekannt, daß offizielle deutsche Behörden Hand in Hand mit den russischen Konterrevolutionären arbeiten und unter den russischen Kriegsgefangenen und den internierten Roten Soldaten Propaganda und Spiteleien betreiben, um in Deutschland den Boden für ein neues weißgardistisches Unternehmen zu schaffen. Einen unwiderlegbaren Beweis liefern dafür neuerdings mehrere Schriftstücke, welche die „Rote Fahne" zu veröffentlichen in der Lage ist, wenngleich sie auch keineswegs für die Oeffentlichkeit bestimmt waren. Der „Roten Fahne" liegen folgende Beweisstücke für die oben aufgestellte Behauptung vor:

1. Der folgende, mit einem Bild versehene Ausweis:

Schneidemühl, den 1. Oktober 1920.

Landesgrenzpolizei Osten
Abschnitt Schneidemühl.
(Stempel.)

Ausweis.

Lichtbild

Der nebenstehend Bezeichnete ist der in Diensten der Landesgrenzpolizei Osten, Abschnitt Schneidemühl stehende russ. Oberst Jakob Junejeff.

Alle Behörden werden ersucht, ihn zu unterstützen.

Landesgrenzpolizei Osten
Abschnitt Schneidemühl.
(Stempel.)

Landesgrenzpolizei Osten
Abschnitt Schneidemühl.
Der Leiter
Dr. Thanner (Unterschrift.)

Landesgrenzpolizei Osten
Abschnitt Schneidemühl.
(Stempel.)
Grenzpolizei-Inspektor.

Personalbeschreibung.
Größe 1,68. Augen: blau.
Gestalt: untersetzt.
Haare: grau.
Jakob Junejeff (handschriftliche Unterschrift).
Unterschrift des Inhabers.

2. Der folgende Fragebogen, der dann von Junejeff ins Russische übersetzt worden ist:

Parchim, November 1920.

1. Die genaue Anzeige der Namen, Beamten, die schon hier schwer zu leiden hatten.
2. Die Feststellung der Namen der Bolsch.-Agenten, die das Lager besucht haben.
3. Ihre Reden im Lager; die Instruktionen der Lagerkomitees.
4. Die Funktionen dieser Komitees.
5. Wer der Vertreter des Schwarzen Geheimen Kabinetts ist.
6. Die Verbindungen Lopp mit den Lagern? (durch wen)
7. Die Bestätigung (Ueberzeugung), daß Drohungen, die Verwandten zu erschießen, vorhanden waren.
8. Wenn es sich bestätigt, die Anzeige der Namen, die es gemacht haben.
9. Die Bestätigung, daß die Internierten die Photographie der Erschossenen bekommen hätten. (Die Familiennamen der Gelittenen und ihre Bilder.)
10. Die Bestätigung, daß man gezwungen wird, nach Rußland zurückzukehren.
11. Sind die Herren Eiduck und Romanoff bekannt?

gez.: Lewandowski.

3. Eine Liste der internierten Kommunisten und folgender Bericht, der über die Tätigkeit Junejeffs Aufschluß erteilt:

Schneidemühl, den 24. September 1920.

Zuverlässiger erprobter Vertrauensmann, der mit russischen Führern bekannt ist, berichtet:

Im Gefangenlager Parchim ist vor einigen Tagen ein Vertreter der Sowjetregierung aus Berlin erschienen, der die Kommunisten um sich versammelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß in Deutschland eine neue Revolution in ganz kurzer Zeit ausbrechen würde, und daß er die KPD. gebeten habe, den Schutz über die russischen Kommunisten zu übernehmen. Im Lager wurden Flugblätter verteilt, des Inhalts, daß die Internierten nicht mehr lange im Lager bleiben würden, sondern an der Spitze der neuen deutschen Revolution marschieren würden. Die Bewaffnung würde durch die KPD. erfolgen. (!) Abends finden sich oft Gruppen kommunistischer Russen zusammen, bei denen u. a. davon die Rede ist, bei der neuen deutschen Revolution die Offiziere beider Länder sowie die Führer der bürgerlichen Parteien zu ermorden. (!) Bis jetzt verhalten sich die internierten Volkskommissare (alles Nichtjuden) den russischen Offizieren gegenüber sehr bescheiden und zuvorkommend, da sie befürchten, daß sie der deutschen Kommandantur gemeldet und dann wegen ihres Treibens festgenommen werden. Der Aufenthalt für die Offiziere wird infolge der kommunistischen Strömungen immer gefahrvoller, und dringend bitten sie, daß sie von den Kommunisten getrennt, in einem besonderen Lager untergebracht werden. Es sind derartige Bitten aus Parchim schon mehrfach an den Vertrauensmann gelangt.

In der letzten Zeit wird in französischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß Oberschlesien polnisch wird und in etwa einem Vierteljahr auch Schneidemühl polnisch werden soll.

Landesgrenzpolizei Osten
Abschnitt Schneidemühl
Tgb Nr. 20. Geheim.

Schneidemühl, den 24. September 1920.
Pferdemarkt.

An:
Ministerium des Innern
Landesgrenzpolizei Osten
Berlin NW 7
Dorotheenstraße 50 II.

Obiger Bericht zur Kenntnis übersandt.

Der Leiter:
Grenzpolizei-Inspektor.

Aus diesen Schriftstücken geht die erbärmliche Spitzeltätigkeit deutscher Polizeibehörden in aller Deutlichkeit hervor. Was der „zuverlässige, erprobte Vertrauensmann" berichtet, ist eine Häufung schmierigster Lügen, wie sie mit Vorliebe von den reaktionären Organen der Kapitalistenpresse in die Welt posaunt werden, um das Bürgertum im hartnäckigsten Widerstande gegen die aufstrebende Arbeiterklasse zu befestigen. Besonders interessant ist die Verbindung mit dem Ministerium des Sozialpatrioten Severing, der also nachgewiesenermaßen durch seine Behörden die russische Konterrevolution unterstützt. Diese Tatsache ist ein neuer Beweis für die Zweideutigkeit der deutschen Politik gegenüber Sowjet-Rußland. Die deutsche Arbeiterschaft muß mit allen Mitteln verhindern, daß die russische und die deutsche Konterrevolution Deutschland zu einer Operationsbasis gegen Sowjet-Rußland machen, sie muß kämpfen für den engsten wirtschaftlichen und politischen Anschluß an Sowjet-Rußland.

Sieger Nepp.

WTB. teilt mit, daß die langwierigen in Paris geführten Verhandlungen der deutschen Kommission mit der Reparationskommission über die Viehablieferungen am Freitag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen sind. Einstimmig wurde eine Vereinbarung angenommen, nach der Deutschland gemäß den Bestimmungen des „Friedens"-Vertrages die von den Ententestaaten geforderten 1 740 000 Stück Geflügel, 27 165 Ziegen und 15 250 Schweine liefert, ferner innerhalb 6 Monaten: 30 000 Pferde, 125 000 Schafe, 60 000 Stiere und Ochsen, 30 000 tragende Kühe und Färsen.

An Pferden hatte die Entente rund 150 000, an Rindern über 850 000, davon 640 000 Milchkühe und tragende Färsen, und an Schafen insgesamt 900 000 gefordert. Für die Lieferung des verbleibenden Restes wird vor Ablauf der sechsmonatigen Frist eine neue Festsetzung im Einverständnis mit der deutschen Regierung erfolgen.

•

Die Viehablieferungen gehen auf Kosten der Ernährung der arbeitenden Klasse, denn das bestehende Bürgertum wird sich auf Kosten der proletarischen Massen schadlos zu halten wissen. Hier offenbart sich wiederum die ganze Erbärmlichkeit der kapitalistischen Politik. Die Sachwalter der Ententekapitalisten lassen rücksichtslos das deutsche Proletariat die Folgen des Krieges ausbaden, während sie über die im Versailler Vertrag ausdrücklich verlangte Auslieferung und Bestrafung der wirklich Schuldigen, der deutschen Kriegsverbrecher, die sie noch vor einem halben Jahre mit großer Schärfe forderten, kein Wort mehr verlauten lassen. Die Bourgeoisie aller Länder einigt sich eben trotz scheinbarer nationaler Gegensätze, trotz Konkurrenz immer wieder dahin, daß die wirtschaftlichen Unannehmlichkeiten nur die Arbeiterklasse treffen dürfen. Grund genug, um die Notwendigkeit des international zu führenden proletarischen Klassenkampfes einzusetzen.

Ausnahmeweise bestrafte Kapitalverschieber.

Berlin, 4. Dezember. In dem Kapitalfluchtprozeß, welcher seit zwei Wochen die Strafkammer des Berliner Landgerichts I beschäftigt hatte, wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt der Legationsrat v. Ernst zu 60 000 Mk. Geldstrafe, evtl. für je 15 Mk. einen Tag Gefängnis bis zur Höchststrafe von einem Jahr, ferner der Kommerzienrat Jakob Saemann unter Freisprechung in einem Falle wegen eines zweiten Falles zu 30 000 Mk. Geldstrafe. Außerdem wurden bei dem Angeklagten Saemann für 10 000 Fr. ungarische Goldrente und 536 000 Mk. Deutsche Schatzanleihe im Reiche (!) für verfallen erklärt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Von der kapitalistischen Presse und auch von amtlichen Stellen ist unsere Berichterstattung über Kapitalverschiebungen ins Ausland und hierdurch bewirkte Steuerhinterziehungen im großen durchweg als „übertrieben" dargestellt worden. Wir wissen, daß von den Organen des Staates, der die unzureichend entlohnten Arbeiter durch indirekte Steuern und zehnprozentigen Lohnabzug dem Hunger ausliefert, keine der Leistungsfähigkeit entsprechende Steuerverteilung und keine zielbewußte Eintreibung selbst der vom Parlament beschlossenen Steuern auf den Besitz zu erwarten ist. Daher auch die Entrüstung über die „aufgebauschten Nachrichten der linksstehenden Presse" und die völlige Straflosigkeit der ungeheuren Mehrzahl aller Kapitalverschieber. In welchem Umfang und von wem indes Kapitalien verschoben worden sind, darüber gab der jetzt zu Ende gegangene Berliner Prozeß Aufschluß. Wenn in diesem Fall einmal eine Strafe verhängt worden ist, so deshalb, weil die strafbaren Handlungen so offen zutage lagen, daß eine Vertuschung nicht mehr möglich war. Daß nur Geldstrafe verhängt wurde, ist wiederum bezeichnend; selbstverständlich steht die Geldstrafe, wenn sie auch bedeutend ist, in gar keinem Verhältnis zu dem verschobenen Objekt.

Der norwegische Generalstreik.

Ueber den in der Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung beispiellosen Generalausstand laufen aus naheliegenden Gründen nur spärliche Nachrichten ein. Heute vormittag lag nur folgendes Telegramm vor:

Christiania, 4. Dezember. Der für heute mittag anberaumte Demonstrationszug zählte 5000 bis 6000 Teilnehmer. Er verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. Die Streiklage ist im großen und ganzen unverändert, die Milchzufuhr bessert sich jedoch mit jedem Tage und wird heute nahezu normal.

Wir wissen unsere Leser von der Versuchung frei, irgendwelche offiziösen Meldungen als unbedingt objektiv anzusehen. Deshalb brauchen wir auch nicht jede solche Nachricht zu kommentieren. An der oben wiedergegebenen Nachricht läßt sich jedoch die Niedertracht der bürgerlichen Berichterstattung ermessen. Sicherlich werden die Arbeiter von vornherein die Zufuhr der Milch für die Säuglinge sichergestellt haben. Die Abfassung des Telegramms sucht jedoch nach altem Rezept den Eindruck zu erwecken, als ob die Arbeiter grausame Barbaren wären und, wenn es nach ihrem Willen ginge, die Säuglinge verhungern lassen würden. Die Frage der Milchzufuhr wird stets angeschnitten, um ununterrichtete Gemüter, besonders die proletarische Frauenwelt gegen den Streik der Arbeiter aufzubringen. — Wieviel tausend Teilnehmer an dem Demonstrationszug verschwiegen worden sind, vermögen wir natürlich im Augenblick nicht nachzuprüfen, doch ist mit dieser Tatsache sicher zu rechnen.

Die Gärung in England.

Wie außerordentlich gespannt die politische Lage in England ist, dafür als Belag folgendes kleines Stimmungsbild aus London. WTB. meldet:

London, 4. Dezember. Infolge der gegen die Anschläge der Sinnfeiner getroffenen Vorsichtsmaßregeln patrouillieren Polizeiboote den ganzen Tag auf der Themse. Die Bank von England wird von einem starken Polizeiaufgebot bewacht. Auch das Hauptpostamt und die Museen haben starke Wachen erhalten. Den Mitgliedern des Kabinetts ist angeraten worden, vorläufig keine öffentlichen Reden zu halten.

Der Streik in Spanien.

Madrid, 2. Dezember. (WTB.) Der Generalstreik nimmt allmählich schärfere Formen an. In Sevilla hat gestern ein Bombenattentat stattgefunden, bei dem drei Personen verwundet wurden. In Madrid beschloß das syndikalistische Komitee, den Generalstreik zu erklären. Sämtliche Arbeiterorganisationen sollen aufgefordert werden, an einem festgesetzten Tage den allgemeinen Generalstreik gleichzeitig zu erklären.

Wir geben diese Meldung wieder, weil sie die Heftigkeit eines von breiten Massen getragenen proletarischen Klassenkampfes verrät. Das bei Streiknachrichten aus Spanien unvermeidliche Bombenattentat ist der offiziösen Korrespondenz, welches die Interessen der Kapitalisten zu vertreten hat, zugute zu halten.

Italienischer Parteitag.

Der 17. Parteitag der italienischen sozialistischen Partei findet am 29. Dezember in Florenz statt. Die folgenden wichtigen Punkte stehen auf der Tagesordnung: Der zweite Kongreß der 3. Internationale (Referenten: Bombacci, Serrati, Graciadei). Sozialisierungsprogramm (Bianchi, Bordiga), Statutenrevision. Agrarprogramm.

Für die 3. Internationale.

Schweiz.

Nachdem Paul Graber gegen den Anschluß an die 3. Internationale, Humbert-Droz für den Anschluß und die vorbehaltlose Annahme der 21 Punkte und Lenka für die Annahme der 21 Punkte mit Vorbehalt eingetreten, entschied sich die Generalversammlung der sozialistischen Parteien von Genf mit überwiegender Majorität für den bedingungslosen Anschluß an die 3. Internationale.

Schweden.

Die Göteborger linkssozialistische Partei hat in ihren stark besuchten Versammlungen sich eingehend mit den Bedingungen der 3. Internationale befaßt. Die Resolution Strömers, die den vorbehaltlosen Anschluß der Partei an die 21 Bedingungen fordert, wurde mit Zweidrittelmajorität angenommen.

Slowakei.

In der Slowakei gab es bisher eine slowakische, deutsche und magyarische politische Arbeiterorganisation. Auf einer Konferenz in Neutra wurde für diese drei Verbände eine einheitliche Organisation geschaffen, die auf dem Boden der 3. Internationale steht. Es wurde ein Zentralsekretariat mit dem Sitz in Lipto errichtet. Hinter dieser neuen Organisation steht der weitaus überwiegende Teil der Arbeiterschaft in der Slowakei.

Der 100. Geburtstag Friedrich Engels in Sowjet-Rußland

Moskau, 1. Dezember. (MB.) In ganz Sowjet-Rußland wurde der Geburtstag Friedrich Engels durch Massenversammlungen gefeiert, die dem Andenken des großen Führers gewidmet waren. In den Moskauer Versammlungen sprachen Kamenew, Bucharin, Lunatscharski und andere hervorragende Regierungs- und Parteimitglieder. Alle Zeitungen brachten dieser Tage Artikel über Engels.

Die Klage der Moskauer Buchdrucker.

Von den Delegierten des allrussischen Verbandes der graphischen Industrie wird der Parteipresse geschrieben:

In der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse Europas liest man viel über den Druck, welchen die Bolschewiki in Rußland auf alle ausüben, die nicht Kommunisten sind. Die Fachpresse geht denselben Weg und auch die Gewerkschaftspresse berichtet dasselbe. So brachte sie vor kurzem einen „Hilferuf" der Moskauer Buchdruckergewerkschaft. Sie bringt ihn in Verbindung mit einer Versammlung, die stattfand, als die englischen Arbeiterdelegierten in Rußland waren. Während dieser Versammlung sollte ein gewisser Sacharow verhaftet worden sein. Dieser ist aber im früheren Moskauer Ausschuß vollkommen unbekannt. Es ist richtig, daß in Anwesenheit der englischen Arbeiterdelegierten die Moskauer Buchdruckerorganisation eine Versammlung abhielt, der 4000 Personen beiwohnten. In dieser Versammlung klagten die Buchdrucker nicht als gewerkschaftliche Organisation über ihre Leiden, sondern sie benutzten sie als Mittel zur Förderung der Konterrevolution, indem sie zu der Versammlung konterrevolutionäre Redner einluden. Das ganze menschewistische Zentralkomitee war vertreten, und der Menschewik Dann (Schriftsteller), der Sozialrevolutionär Tichernow (Schriftsteller) und alle ihre Anhänger hatten Gelegenheit, auf die Sowjetmacht zu schimpfen. Sie klagten den englischen Arbeitern, daß man ihnen keine Versammlungsfreiheit, keine Preßfreiheit gebe und keine konterrevolutionäre Tätigkeit ausüben lasse. Alle diese Klagen kamen den Engländern lächerlich vor; denn als einer von ihnen, der selbst ein Sozialpatriot war, das Wort ergriff, sagte er den Menschewiki, daß ihre Angaben sehr wenig glaubwürdig seien. Der beste Beweis sei die heutige Versammlung, wo sie in einem so großen Saal und vor einer so großen Zahl von Zuhörern öffentlich die Sowjetmacht angreifen könnten. Wie können sie dann über Versammlungsunfreiheit klagen. Dies sei ein großer Unsinn. Als bei derselben Versammlung nach den Menschewiki ein Anarchist und ein Kommunist sprechen wollten, verweigerte ihnen der menschewistische Vorsitzende das Wort. Das war die echte Demokratie der Menschewiki! Die Kommunisten verließen sodann die Versammlung unter dem Gesang der Internationale. Da die „demokratischen" Gewohnheiten der Menschewiki den englischen Gästen nicht gefielen, verließen sie die Versammlung. Es ist eine Unwahrheit, daß wegen dieser Versammlung der Moskauer Verein der Buchdrucker aufgelöst und die Ausschußmitglieder verhaftet wurden. Erstens fand die Versammlung anfangs Mai statt, die Auflösung erfolgte erst am 17. Juni. Die Verhaftung und die Auflösung wurde vollführt, als die Sowjetregierung entdeckte, daß der Moskauer Verein der Buchdrucker während des Krieges mit Polen zu konterrevolutionären Zwecken Streiks zu organisieren versuchte. Wer den Ausdruck von Lloyd George kennt: „Wir werden die Bolschewiki militärisch nicht besiegen können, wir können sie nur durch die Vernichtung ihrer Wirtschaft besiegen", dem muß es klar werden, daß die Menschewiki nur im Dienste des Imperialismus arbeiteten. Deshalb wurde der Ausschuß und nicht die Organisation aufgelöst und einige Mitglieder verhaftet.

Was die Freiheit der Presse betrifft, so haben die Menschewiki sie im Jahre 1918 gehabt; nur haben sie dieselbe mißbraucht, indem sie die Presse in den Dienst des Kapitals stellten. Deshalb wurde ihnen die Freiheit genommen. Die Sozialrevolutionären haben ihr Organ „Snamia", die Anarchisten eine Zeitschrift „Der Anarchist" usw. Sie haben ihre Buchhandlungen, drucken ihre Broschüren, sogar die Menschewiki haben ihre Buchhandlung „Wpered".

Was alles andere betrifft, daß in Rußland keine selbständigen Gewerkschaften, daß sie keine Freiheit haben und daß die Mitglieder der Konsumvereinszentrale verfolgt werden, darüber werden wir hier in einem separaten Artikel den deutschen Kollegen und Arbeitern Nachricht zukommen lassen, damit sie genau informiert sind, mit welchen schmutzigen Mitteln die sozialpatriotische Fachpresse arbeitet, um die westeuropäischen Arbeiter von der Sowjetmacht, von der proletarischen Diktatur abzuschrecken und abzulenken von dem Weg des revolutionären Kampfes und Erringung der Staatsmacht durch die Arbeiter. Aber die wirtschaftlich-ökonomischen und politischen Verhältnisse treiben die Proletarier zur Erkenntnis, daß es nur einen einzigen Weg gibt zur Befreiung vom imperialistisch-kapitalistischen Joche, nur durch die soziale Weltrevolution, und sie werden bald dem russischen Proletariat zu Hilfe eilen, das den Vormarsch begonnen hat, abschüttelnd alle, die ihnen im Wege stehen werden.

A. Meller. W. Michailow.
Russische Delegation des Allrussischen Verbandes der graphischen Industrie.

Massenauswanderung des europäischen Proletariats.

Wie „Chicago Tribune" aus Newyork meldet, habendie Vertreter von 17 transatlantischen Linien dem Einwanderungskommissar Wallis Kablenaufstellungen übermittelt, aus denen hervorgeht, daß 15 Millionen Europäer um Fahrkarten nach Amerika bitten. Der Einwanderungskommissar ist daraufhin nach Washington gereist, um sich mit führenden Kongreßmitgliedern über die Einwanderungspolitik zu besprechen.

Diese Tatsache, daß 15 Millionen europäischer Arbeiter ihre Heimat, in der sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können, verlassen wollen, ist ein erschütternder Beweis dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Existenz verwirkt hat. Die Auswanderer werden bittere Enttäuschungen erleben, denn in Amerika herrscht bekanntlich eine scharfe Produktionskrise und massenhafte Arbeitslosigkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192012 06-16/fragment/page=0007

Notizen.

Die Reaktion in Bayern. Gegen die vom Reichsabwicklungskommissar verfügte Aufhebung sämtlicher militärischen Abwicklungsstellen sowie Einstellung der Ordens- und Charakterverleihungen zum 1. Dezember 1920 hat das bayerische Heeresabwicklungsamt bei der Berliner Zentrale Vorstellungen erhoben und lehnt die Durchführung dieser Verfügung ab. In gleichem Sinne ist die bayerische Staatsregierung mit einer sehr scharf gehaltenen Note in Berlin vorstellig geworden.

Ein letzter Nachklang zum Fall Paasche. Wie das „B. L." erfährt, hat der Rechtsvertreter der Hinterbliebenen des am 22. Mai auf seinem Gute Waldfrieden bei Hachzeit von Reichswehrsoldaten erschossenen Kapitänleutnants Hans Paasche von der Staatsanwaltschaft in Schneidemühl auf eine Anfrage nach dem Stande der Angelegenheit folgende lakonische Mitteilung erhalten: „Das Verfahren ist eingestellt."

Straßenbahnerstreik in Düsseldorf. Die Straßenbahner der städtischen Straßenbahn sind seit Donnerstag nachmittag in den Streik getreten. Der Grund hierfür ist die Rückzahlung des Vorschusses von 1000 Mk., die die Straßenbahner auf Grund der von der Stadtverwaltung vorgelegten Grundlagen vornehmen sollten. Die Straßenbahner baten jedoch, diesen Monat von der Rückzahlung abzusehen. Verhandlungen sind eingeleitet worden; der Straßenbahnverkehr ruht.

Wahlerfolg der Kommunisten in Jugoslawien. Die endgültigen Wahlresultate zur jugoslawischen Konstituante ergeben die Wahl von 56 Kommunisten unter 419 Abgeordneten. Die Bourgeoisie ist durch den Sieg der Kommunisten sehr verblüfft.

Armenien Räterepublik? Wir verzeichnen folgende WTB.-Depesche aus London unterm 4. Dezember: Einer drahtlosen Meldung aus Moskau zufolge hat sich Armenien zur Räterepublik erklärt.

Vereinigung der persischen Kommunisten. Die persische Partei der Sozialisten hat sich mit der iranischen kommunistischen Partei zum gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung und die Willkür der Regierung des Schahs vereinigt.

Aus der Partei.

Beschlüsse des Parteitages der USP.

Auf dem letzten Parteitage der USP. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Vereinigung mit der KP.

Der Parteitag beschließt: Die USP. vereinigt sich mit der KP. um gemeinsam die **Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der 3. Kommunistischen Internationale** zu bilden. Alle vorhandenen oder noch entstehenden Rechtsansprüche gehen mit der vollzogenen Vereinigung an die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei, Sektion der 3. Kommunistischen Internationale, über. Die vorgelegten organisatorischen und programmatischen Entwürfe und Anträge werden dem gemeinsam abzuhaltenden Parteitage zur Beschlußfassung und Erledigung überwiesen.

2. Die Rechtsvertretung der Partei.

Die Vertretung der USP. überträgt den bisherigen und jetzigen Mitgliedern des Zentralkomitees Däumig, Hoffmann, Koenen und Stoecker die Wahrung der rechtlichen Ansprüche der USP. und ihrer Zentralleitung. Sie sind befugt, die USP. und die Vereinigte KP., Sektion der 3. Kommunistischen Internationale, gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Zur Jugendbewegung.

Auf Antrag der Zentrale der Kommunistischen Jugend haben die vereinigten Parteileitungen der USP. und KPD. beschlossen, dem Parteitag folgende Richtlinien vorzulegen:

Richtlinien zur Jugendbewegung.

1. Lage der arbeitenden Jugend.

In der revolutionären Epoche spannt der Kapitalismus das jugendliche Proletariat gleich allen anderen Schichten des Proletariats in das Joch einer nie dagewesenen wirtschaftlichen Ausbeutung, geistigen und politischen Knechtung.

Den wehrlosen jugendlichen Arbeiter, der zudem noch in den kritischen Jahren körperlicher und geistiger Entwicklung steht, trifft die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit, Aussperrung und Lohndrückung besonders schwer. Auf ihn wirft sich die herrschende Gegenrevolution. Sie preßt den durch die bürgerliche Schule unwissend und unselbständig gehaltenen, politisch entrechteten und systematisch verhetzten Jugendlichen in ihren Dienst: als Streikbrecher und Weißgardist soll der junge Proletarier seine eigene Zukunft erdrosseln.

2. Die kommunistische Jugendbewegung.

Zur Befreiung aus dieser unerträglichen Lage hat sich die proletarische Jugend ihre Kampforganisation, die Kommunistische Jugendinternationale, geschaffen, deren deutsche Sektion die „Kommunistische Jugend Deutschlands" ist. Aus der Erkenntnis, daß die Befreiung der Jugend nicht möglich ist ohne die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse, ist die Jugendinternationale der Kommunistischen Internationale angeschlossen. In vollster Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale stellen wir fest:

Die „Kommunistische Jugend" ist ein Teil der revolutionären Bewegung. Ihre Aufgabe aber erstreckt sich nicht nur — wie bei der Partei — auf den politischen Kampf, sondern auch auf die kommunistische Erziehung des Jungproletariats. Um dieser doppelten Aufgabe gerecht zu werden, muß sie die indifferenten Massen der Jugend erfassen und gleichzeitig den bereits kommunistischen Stamm der Jugend schulen.

Die „Kommunistische Jugend" ist die Vorschule der Partei. Sie hat der Partei einen praktisch vorgebildeten, kommunistisch zuverlässigen Nachwuchs zu stellen. Die Partei hat deshalb die hohe Bedeutung der Arbeit innerhalb des Jungproletariats, das der Träger der neuen, der kommunistischen Gesellschaft werden muß, nicht zu unterschätzen.

3. Selbständigkeit der Jugend.

Die Entwicklung beweist, daß nur eine selbständige Jugendbewegung erfolgreich arbeiten kann. Die psychologische Eigenart der Jugend bedingt eine besondere Organisation:

a) Sie ist imstande, an die indifferenten Massen der Jugend heranzukommen, die durch Parteiarbeit nicht erfaßt werden können, und sie allmählich der kommunistischen Bewegung zuzuführen.

b) Sie hat Erziehungsarbeit zu leisten, wie sie im Rahmen der Partei unmöglich ist.

c) Sie kann nur dann zuverlässige Kräfte für die Bewegung heranbilden, wenn ihre Mitglieder bei eigener Verantwortung selbständige Arbeit zu leisten gewohnt sind.

4. Aufgaben der Partei.

In Erkennnis der Wichtigkeit der Jugendbewegung für den revolutionären Kampf ist es Aufgabe der Partei, die Jugendarbeit mit allen Kräften zu unterstützen. Eine intensive Zusammenarbeit bedeutet für beide Teile eine große Kräfteersparnis.

Die durch Organisationsstatut festgelegte Vertretung der Jugend in den leitenden Körperschaften der Partei (Ortsgruppenvorstand, Bezirksleitung und Zentrale) schafft die Voraussetzung für die ernste politische Zusammenarbeit und gibt der Partei die nötigen Informationen. Darüber hinaus müssen sich die Parteigruppen durch regelmäßiges Lesen der Organe der Jugend („Jugendinternationale", „Internationale Jugendkorrespondenz" und „Junge Garde") sowie des sonstigen Jugendmaterials über den Stand der Jugendbewegung unterrichten.

In der praktischen Arbeit muß die Partei die Jugend auf ihr Verlangen weitestgehend unterstützen.

In Orten, wo Gruppen der Kommunistischen Jugend noch nicht bestehen, haben die Parteigruppen ihre Gründung in die Wege zu leiten und möglichst schnell ihr selbständiges Arbeiten herbeizuführen.

Bestehenden Gruppen muß möglichst jede verlangte Hilfe zuteil werden (finanziell. Stellung von Referenten usw.).

Sämtliche Parteiorgane haben besondere Jugendbeilagen zu schaffen sowie wichtige Veröffentlichungen der Jugend zu bringen, um so die Agitation der Kommunistischen Jugend zu unterstützen.

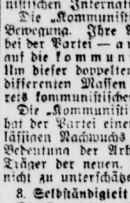
Die Geschichte wird beweisen, von wie weittragender Bedeutung eine fruchtbare Zusammenarbeit von Jugend und Partei für die gesamte revolutionäre Bewegung ist. Jeder Kommunist muß sich klar sein, daß es daher seine Pflicht ist, im Sinne dieser Richtlinien zu wirken, ohne dabei in den Fehler der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie zu verfallen, die die Jugend als nicht gleichwertige, unselbständige Genossen zu bevormunden sucht.

Aus dem Saalkreis.

Ammendorf. Gemeindevertretersitzung. Am 3. November fand in Teichmanns Hotel eine Gemeindevertretersitzung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß das Gesuch, betreffend Verschmelzung mit dem Gutsbezirk Beesen, vom Kreisausschuß genehmigt sei. Dann erfolgte auf Antrag die Verlesung der beiden Proteste der bürgerlichen Vertreter gegen die Schöffenwahl und die geplante Instandsetzung der Begräbnisstellen der Märzgefallenen. Sie verlangten von der Regierung, daß sie die Aufstellung eines Denkmals für die Märzgefallenen direkt verbieten solle, da der Anblick desselben auf die am Rotfoller leidenden Besucher des Friedhofes einen Nervenchok hervorrufen könne. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in deren Verlauf den Protestlern manche Wahrheit gesagt wurden. Man wies sie darauf hin, daß sie in ihrer blinden Gehässigkeit sogar teilweise in ihren Protesten mit Argumenten an das Landratsamt herangetreten sind, welche der Wahrheit widersprechen. Es wäre den Herren zu empfehlen, sich einmal den Entwurf des Denkmals der im März gefallenen Regierungstruppen im Schaufenster der „Hallischen Zeitung" anzusehen. Wenn die Hallischen Proletarier so empfindlich wären, wie die Ammendorfer Bürgerlichen, so hätten sie allen Grund, ebenfalls Protest dagegen einzureichen. Es wurde das Gehalt und die Mietenschädigung für den seit dem 1. November 1920 zur Vertretung hierher beorderten Schulamtsbewerber, Herrn Eibling, festgesetzt. In die Schuldeputation wurden als Ersatz Herr Tischlermeister Otto Hoffmann gewählt, an die Fortbildungsschule Herr Formermeister Paul Gerischer. Auf einen Antrag der „Muhag" auf Erhöhung des Licht- bzw. Strompreises und der Zählermiete, wurde beschlossen, für Licht 2,40 Mk. und für Kraft 1,60 Mk. zuzustimmen. Um den überhandnehmenden Einbrüchen entgegenzutreten, wurde der Gemeindevorstand beauftragt, sofort an die Bildung eines Nachtschutzes heranzugehen. Für das Wohlfahrtsamt wurden in den Ausschuß ein Arzt und eine Gemeindeschwester gewählt.

Das Parteisekretariat ist nur geöffnet von 9—1 Uhr vormittags und 4—7 Uhr nachmittags. Wir bitten alle Genossen, diese Geschäftszeit zu beachten.

Körper und Nerven
stärken Sie
durch den **regelmäßigen** Gebrauch
von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung
Urkraft



Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an
Nährmittelwerke Dr. Oetker & Co. G. m. b. H.
Bielefeld.

Von Dienstag früh 7 Uhr steht ein frischer Transport
Ferkel, Läufer- u. prima großer
Bremer Futterschweine
preiswert zum Verkauf.
Otto Bruchhardt, Trothaerstr. 4. Tel. 3569.

Kluge Frauen
lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen Sie bei **Regelstörung, Stockung,** nur meine, auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und dankbar sein. Diskr. Vers. m. **Garantie,** vollkommen unschädl., andernf. Geld zurück. 3330
Wirkung in 3 Tagen.
O. Hansen, Hamburg R. 37, Weidenallee 56.

Frauen ohne Sorge!
wenn die **Regel** ausgemonatl. blieben ist. Mein in allen Fällen erfolgreich erprobt Mittel beseitigt diese meistens sofort selbst wo alles andere nichts genützt hat. Machen auch Sie einen letzten Versuch und Sie werden mir ewig danken. Voll unschädlich. Garantie schriftl. sonst Betr. zur Verf. diskr. per Nachnahme. *2928
Frau Wille, Hamburg, Neuer Pferdemarkt 20.

Kochherd
gebraucht, verkauft *3086
Berchenfeldtstr. 2, IV.

*3084
Dienstag
Billiger Seefischtag
aus heute eingetroffenem Waggon:
Schellfisch, Portions-, Pfund **2,70** Mk.
Seelachs, ohne Kopf, „ **3,90** „
Kabeljau, ohne Kopf, „ **4,40** „
Rotzunge, groß 4,90, mittel 3,90, klein . . „ **2,90** „
Knurrhahn, Makrele, Austerfisch.
Hochfeine große Kieler Bücklinge das Pfund nur **5,20** Mk.
Nordsee
Telephon 1275, 1274, 5904.

Frößnitz. *3088
Tanzstunde
beginnt am 7. Dez. 1920. Anmeldungen noch erbet.

Grammophon
m. Platten preiswert zu verk. Streiberstr. 31, H. ptr. l.

Jg. Beamter
l. Logis b. f. Ww. W. Off. an Lgkarte 260, P.-Amt 1.

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag, den 7. Dezember Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65001 bis 66000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummer 66001 bis 66500, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre, von Kakao an Haushalte mit gelb- und blau umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Trockenei und von Fleisch- u. Wurstkonserven oder Roßgulasch an alle Haushalte

in der Talamtschule am Dienstag, den 7. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—5000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 5001—9000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an Kinder bis zu 12 Jahr., Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mk., an jede Person der Haushalte mit gelb- und blau-umränderten Lebensmittelscheinen 50 Gramm Kakao zum Preise von 1,50 Mk. für 50 Gramm, ferner an jede Person aller Haushalte 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 3 Mk. für 50 Gr. und eine ½-Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. oder eine 1-Kilo-Dose Roßgulasch abgegeben werden. Der Preis einer ½-Kilo-Dose Roßgulasch ist 6 Mk., einer 1-Kilo-Dose 11 Mk.

Bitterfeld

Speiseölverteilung.

Da die Buttererzeugung in unserem Kreise nicht ausreicht, um der Bevölkerung auch nur die geringe Wochenration von 30 Gramm regelmäßig zuteilen zu können, die Butterzuführen von außerhalb des Kreises aber seit dem Auftreten der Maul- und Klauenseuche ebenfalls gänzlich unzulänglich sind, so würden schätzungsweise 2—3 Wochen vergehen, ehe sich so viel Butter angesammelt haben würde, wie für die Versorgung der Bevölkerung des ganzen Kreises mit 30 Gramm erforderlich ist. Diese Verteilungsweise ist aber mit der Gefahr verknüpft, daß durch das lange Ansammeln und Aufbewahren die Butter alt und ranzig wird und somit der Verbraucher dann auch noch die wenige, ihm zugeteilte Butter in ungenießbarem Zustande erhalten würde. Um dieses zu vermeiden, beabsichtigen wir, in Zukunft die vorhandene Butter stets in frischem Zustande auszugeben, und zwar muß dies bezirksweise geschehen, weil, wie oben ausgeführt, die vorhandene Butter für den ganzen Kreis nicht zureicht. Die für die betreffende Verteilung in Frage kommenden Bezirke bezw. Gemeinden werden wir in jeder Woche an dieser Stelle veröffentlichen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Verteilung streng gerecht vorgenommen und kein Bezirk bevorzugt oder benachteiligt wird. Für die Woche vom 6.—11. Dezember werden folgende Gemeinden und Bezirke mit je 30 Gramm versorgt: 1. Molkereibezirke: Kitten, Löderitz, Capelle, Thalheim, Gleisitzsch, Brehna, Rotsch, Söllichau und Düben. 2. Gemeinden: Bitterfeld, Wolfen, Holzweißig, Sandersdorf und Ramsin.

Bitterfeld, den 2. Dezember 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Stammer, kommiss. Landrat.

Artern

Ausgabe von Zuckermarken.

Dienstag, den 7. Dezember d. J., von 8—12 Uhr vormittags, an den bekannten Stellen und der bekannten Reihenfolge. *3080

Artern, den 4. Dezembr. 1920. **Der Magistrat.**

Schaft-Stiefel
aus Ia Fahlleder, Militärschnitt, m. Eisen-Beschlag, verkauft billig. *3081
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Quecksilber
kauft zu höchst. Preisen
Meßling, Rannische-strasse 13 I.

Alle Modezeitungen.
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung.

Das
Reichsversorgungsgesetz
mit Erläuterungen und Rententabellen.
Herausgegeben vom Reichsbund d. Kriegsbeschädigten
Preis 3,50 Mk.
Porto 20 Pf.
An haben durch alle Volksblattenträger und die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Bettbezüge
148,— 165,— 175,— 195,— Mk.
Bettücher
78,— 90,— 98,— 120,— Mk.
Schlafdecken
35,— 38,— 45,— 48,— Mk.
Handtücher
9,— 12,— 13,— 15,— Mk.
Damenhemden
39,— 42,— 45,— 48,— Mk.
Nachtjacken
48,— 50,— 52,— 58,— Mk.

Preisabbau – ein Märchen
Infolge der ungünstigen Valuta und Rohmaterialienmangels ist an Preissturz gar nicht zu denken. Der umsichtige Kaufmann kann nur durch vorteilhafte Einkäufe, Ersparnis hoher Unkosten, noch billige Waren zum Verkauf bringen. Dies alles vereint sich in meinem Geschäft. Veranstalte
Dienstag einen Sondertag zu staunend
billigen Preisen.
Gelegenheitskaufhaus, Halle, Schmeerstr. 5, 1 Treppe.

Herrenhemden
28,— 36,— 39,— 42,— 48,— Mk.
Unterhosen
30,— 36,— 39,— 45,— Mk.
Jagdwesten
56,— 62,— 68,— 72,— Mk.
Arbeitshosen
72,— 78,— 82,— 86,— Mk.
Hemdentuch
16,50 18,— 19,— 21,— Mk.
Inlett
32,— 39,— 52,— 56,— Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0008

Das Neue in der russischen Revolution.

Von N. Bucharin.

Unsere Revolution, womit die „Vorgeschichte der Menschheit" endet und das erste Kapitel ihrer wirklichen Geschichte anhebt, ist außerordentlich interessant und lehrreich durch ihre gigantischen und dabei vollständig neuen Erfahrungen. Wenn man jetzt zum Beispiel Kautskys bekannte Broschüre über die soziale Revolution aufschlägt, so erscheint einem vieles darin fast wie kindliches Lallen. Damals gab es eben noch kein empirisches Material zur Beurteilung der konkreten Formen der proletarischen Diktatur und überhaupt aller konkreten Umstände einer Revolution. Dem Sozialismus, der aus dem Chaos des Weltkrieges geboren wird auf der Grundlage eines zerstörten, weißgebluteten Wirtschaftslebens, dem schrieb und schreibt allein dieses einen ganz besonderen Entwicklungsgang vor. Daran dachten nur die großen Alten — Marx und Engels. Aber daran dachten die jämmerlichen Epigonen, die Helden der 2. Internationale, fast gar nicht. Und in diesem Sinne ist an der russischen Revolution alles neu. Das ist es, warum kein einziger ernster Revolutionär, sei er nun in Deutschland oder in Argentinien, an dem gigantischen Laboratorium vorübergehen kann, das Sowjet-Rußland darstellt. Wir wollen hier auf einige dieser neuen Momente näher eingehen.

Die russische Revolution gab vor allem Antwort auf die Frage nach den Formen der Diktatur. Sie beantwortete die Frage, welches die proletarische Staatsmacht sein solle. Die Sowjets, die Sowjetmacht — das ist die Form, die unsere Revolution geboren hat. Zu Anfang konnte man vielleicht noch denken, die Sowjets seien ein spezifisch russisches Produkt. Aber die weiteren Erfahrungen, die Erfahrungen Westeuropas zeigten, daß dies die allgemeine Form ist, die in den Grundbedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie wurzelt. Und eben darum müssen alle, die wirklich für die Diktatur des Proletariats eintreten, für die Sowjetmacht kämpfen. Daran hat man sich jetzt schon so gewöhnt, daß es als etwas ganz Selbstverständliches erscheint. Aber dieses Axiom der proletarischen Politik gab uns unsere Revolution.

Unsere Revolution hat uns zuerst die Rolle und Bedeutung der proletarischen Vorhut — der kommunistischen Partei — in ihrer ganzen gigantischen Bedeutung gezeigt. Niemand hatte eine klare Vorstellung davon, wie sehr nach Eroberung der Macht diese Bedeutung wächst, niemand stellte sich vor, welche ausschließliche und endscheidende organisatorische Rolle diese wichtigste Organisation der Arbeiterklasse zu erfüllen haben würde. Früher dachte man sich die Rolle der Partei mehr oder weniger in parlamentarischen Formen, bestenfalls sah man in ihr ein gewisses kontrollierendes Organ. Und in Wirklichkeit? In Wirklichkeit arbeitet die Partei überall und nur deshalb kann die proletarische Diktatur sich halten. Transport, Fabrik, Bank, Kaserne, Brotbeschaffung, Regiment und Division, Sanitätstruppe, Gruppe zur Liquidation des Analphabetismus, politische Abteilung der Armee — alles mögliche, alles vorwärtsbringen, anregen, organisieren, zu neuem Leben erwecken, aufbauen — alles das macht durch die Sowjets, die Gewerkschaften und tausend andere Organisationen die Partei. Sie sorgt für einheitliches Handeln. Sie herrscht nicht nur, sie verwaltet alle Gebiete des Lebens, sie wird zu einer durch ihre Bedeutung ganz einzigartigen organisierenden und schöpferischen Kraft. Dies zeigte, und die Notwendigkeit dessen bewies unsere Revolution.

Früher liebte man auch von der Herrschaft der Arbeiterklasse zu sprechen. Aber erst die gegenwärtigen Erfahrungen zeigen klar, wie diese Herrschaft in Erscheinung tritt. Und da besitzen wir, neben dem bereits Erwähnten, wichtige Erfahrungen über die Heranziehung der Proletariermassen zur Arbeit. Die Rolle der Arbeiter in der Armee; Partei- und Gewerkschaftsmobilisationen; Verpflegungs-Kommandos und Verpflegungsarmeen; unsere Wirtschaftskampagne; die Struktur unserer Wirtschaftsorgane; die Rolle der Gewerkschaften; Arbeiter- und Bauern-Inspektion; parteilose Konferenzen — alles das sind Neuerungen, die unsere Revolution geschaffen hat.

Die Herausbildung eines Cadres von Arbeiter-Administratoren, eines neuen Typus von Menschen, das ist auch eine unserer großen Eroberungen und vielleicht die größte, die wir zu verzeichnen haben. Jetzt haben wir die Vergangenheit schon ganz vergessen. Uns scheint es nicht sonderlich, daß an der Spitze eines Uesds (Regierungsbezirks) oder Gouvernements ein Petrograder Metallarbeiter oder Moskauer Textilarbeiter steht, daß ein Friseur eine Division kommandiert, daß in der Parteischule ein Anstreicher Vorträge hält, oder daß ein Landarbeiter Referate schreibt über Ursächlichkeit und Entwicklung in der Naturwissenschaft. Uns wundert es schon nicht mehr, daß es eine ganze Schicht von Leuten gibt, die sich während der Revolutionszeit herausgebildet hat, von „Goldhändigen", die in jedem Fache Meister sind; die heute im Kampf kommandieren, morgen die Brotlieferungen leiten, übermorgen einer Fabrik vorstehen oder mit dem Gewehr in der Hand einen weißgardistischen Aufstand unterdrücken. Wir sind nicht erstaunt, wenn ein ehemaliges Dienstmädchen oder eine Köchin an der Spitze einer politischen Abteilung in der Armee steht oder Sekretär eines Parteikomitees ist, wenn sie von einem Gebiet auf das andere übergeht und überall unter ihren Händen neue lebensfähige Gebilde erstehen. Aber man braucht nur die Gegenwart mit der Vergangenheit zu vergleichen, um den ganzen Unterschied zu verstehen und zu fühlen. Hunger und Kälte sind da. Aber dafür gibt es schon — und jeden Tag mehr — Leute, die diesem Hunger und dieser Kälte ein Ziel setzen und das Land aus dem Elend herausführen.

Aber nicht genug damit, daß sich Cadres neuer Menschen aus den Reihen der Arbeiter und Bauern herauswickeln. Die ganze Psychologie, der ganze Horizont der Massen, ihre ganze Art zu denken ändert sich zum bessern. Bei den bürgerlichen „Beobachtern" und ihren Nachbetern (wie sie sich auch nennen mögen) gehört es zum guten Ton, von der Passivität der Massen in der Sowjet-Republik zu sprechen. Aber eine ernste Betrachtung, die die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleicht, zeigt ein anderes Bild. Die Massenpsychologie findet am besten ihren Ausdruck in der Sprache. Man vergleiche die gegenwärtige Sprache des Dorfes mit der vor der Zeit der Revolution und man wird erstaunen. Die gegenwärtige Sprache — das ist ja fast die Schriftsprache. Und der Gesichtskreis? Hat er sich nicht mit fast märchenhafter Geschwindigkeit erweitert? Und hat das russische Volk — dieser Begriff im weitesten Sinne genommen — denn nicht aufgehört der „Tölpel" zu sein, über den sich unsere superklugen Intellektuellen vom Schlage der „Enttäuschten" aufbielten? Ein gigantischer, noch nicht dagewesener Gedankenaufschwung hat stattgefunden.

Aber die russische Revolution gab den Massen auch Neues im Sinne ihrer Belebung auf neuen Wegen. Oder sind vielleicht die „Kommunistischen Subbotniki" (Samstage) seine Neueinführung der Gegenwart? Daran hätte früher niemand gedacht, das hat niemand vorhergesehen, das war eine ganz neue „Erfindung" der Revolution, gerade wie die Sowjetmacht. Alle Formen der kollektiven Arbeit, von den freiwilligen „Subbotniki" bis zur Arbeitsarmee und Arbeitspflicht in der bei uns bestehenden Form, das sind Erfahrungen von äußerst weittragender Bedeutung. Wir wissen selber noch wenig über uns selbst. Vieles lassen wir unbeachtet. Dem Schreiber dieser Zeilen ist ein Fall bekannt, wo unsere kämpfende Armee den Bauern das Land pflügen half, ihre Werkzeuge ausbesserte, Schulen baute und Kinderfeste arrangierte, wofür die schlecht versorgten Rotarmisten ihr Letztes opferten. So zeigt sich im Embryo jener prächtige humane Geist, der sich mit dem Aufbau des neuen Lebens entwickelt.

Die Sache der Massenaufklärung ist gänzlich anderer Art als früher — wer hätte wohl in der guten alten Zeit daran gedacht? Wer könnte Agitation und Propaganda wohl in solchem Maße betreiben wie wir? Wer könnte einen solchen Feldzug ersinnen, wie wir ihn gegen das Analphabetentum führen? Wo, wann, wer verstand überhaupt die Bedeutung derartiger Feldzüge, wo das Zusammenwirken verschiedener Faktoren ein Massenresultat erzielt?

Wir sind noch arm, aber nicht hilflos. Stunde für Stunde, Tag für Tag erstehen neue Kräfte. Aus unglaublicher Verwirrung, teuflester Verfahrenheit, aus einem Meer spießbürgerlicher Eigenbrödelei, aus mannsdicken Schlacken arbeiten sich mehr und mehr die Umrisse unserer Zukunft hervor. Man rief uns zu: Nieder mit dem Monopol, es lebe der Freihandel! Aber wir ließen die Zerstörung unserer Transportmittel nicht zu und warfen uns nicht den Spekulanten in die Arme. Und die Verpflegung verbessert sich. Man warf uns vor, alle würden vor Kälte umkommen, infolge unserer Methoden. Aber mit der Heizung ist es auch besser geworden. Das ist, weil neue Kräfte erstehen, die unseren Apparat verbessern. Das kommt daher, daß in der Praxis, im Kampfe des Lebens unsere Arbeiterklasse die große Schöpferin, Mächtmerin und Kämpferin für das Glück der Menschheit, für die wirkliche Menschheitsgeschichte, sich ausbildet.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 6. Dezember 1920.

Kommunistische und kapitalistische Erziehung.

Es ist eine im Bürgertum, ja selbst in Arbeiterkreisen oft anzutreffende Meinung, daß das Ziel des Sozialismus und Kommunismus sich erschöpfe in der Herbeiführung anderer wirtschaftlicher Zustände, einer „besseren" Lebenshaltung insbesondere der Arbeiterklasse. Aber gerade die bedeutendsten Führer der kommunistischen Bewegung haben mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich letzten Endes um nichts Geringeres handelt, als die Herbeiführung einer neuen Sittlichkeit. Und es ist bezeichnend, daß gerade die Frömmsten der Frommen, die bibelfest vom Menschen als Ebenbild Gottes reden, gegen den Kommunismus als öde Gleichmacherei mit allen Mitteln zu Felde ziehen. Sie wissen es, und die Schreckensnachrichten vom Elend der deutschen Proletarierjugend beweisen es ihnen mit grausiger Deutlichkeit, daß diese Ebenbilder recht unehen und einander unähnlich sind, aber es fehlt ihnen der sittliche Mut, ihrem Egoismus zu entsagen, sittliche Menschen im Sinne eines Christus, Pestalozzi, d. h. Kommunisten zu werden. Darum ihr heiliges Bemühen, dem „Volke" die Religion zu erhalten, der proletarischen Jugend den Grundsatz einzuimpfen: Seid fröhlich und getrost, es wird Euch ich Himmel wohlbehütet werden.

Wir wissen, daß sich hier zwei Weltanschauungen diametral gegenüberstehen: die kapitalistische und die kommunistische, die Autoritäts- und die Gemeinschaftsidee. Das tritt uns auf allen Gebieten mit voller Deutlichkeit entgegen. Von der übrigen Privatmitäitive redet die eine, von Gemeinwirtschaft die andere Seite, nach dem unbefleckten, von niemand abhängigen, absoluten Monarchen schreien die einen, nach der autonomen Gesellschaft, der Volks- und Menschheitsgemeinschaft, der Räteverfassung verlangen die anderen; hier der Ruf nach Erlösenlassen durch den Gottmenschen, den Wundermann, da der Grundsatz: „Nur wer strebend sich (selbst) bemüht, den können wir erlösen; darum hier Glauben, demütiges Hinnehmen vorgedachter Wahrheiten, da mutiges, unverzagtes Forschen, Kämpfen, Ringen; hier der Gott im Himmel, da der Gott in mir; hier Gebundenheit, da Freiheit; hier kirchliche, da weltliche; hier Lern-, da Arbeitsschule.

So sehen wir wiederum in aller Deutlichkeit, wie die Erscheinungen des Wirtschaftslebens sich auf dem Gebiete der Kultur und damit der Erziehung widerspiegeln und wie darum die Frage nicht so zu stellen ist: erst wirtschaftliche oder erst Erziehungsrevolution, sondern vielmehr so: wie letzten wir beides gemeinsam. Rußland, das vielgeschmähte Land der „bolschewistischen Räuberhorden", hat das richtig erkannt und ist mitten drin in der Arbeit. Und für Deutschland ist es bezeichnend, daß es die Kommunistische Jugend war, die das Problem in seiner ganzen Tiefe erfaßte und in einem großzügischen Schulprogramm der Oeffentlichkeit unterbreitete. Sie nennt es die „Kommunistische Schule". Es ist erschienen im Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Strahlauer Straße 12 und kostet 1,50 Mk. Mit erreuchtender Konsequenz nimmt nun Stellung zum Problem Familien- oder Gesellschaftserziehung.

Seit Jahrhunderten ringen beide Probleme miteinander, und es kann nicht wundernehmen, wenn dieser Kampf in einer Zeit des Erstarkens sozialistischer Ideen besonders heftig entbrennt. Doch groß ist die Zahl derer, die in der Familienerziehung ihr Ideal erblicken. Und andererseits: wie Recht hat Wynecken, wenn er sagt: „Wie vielen Eltern fehlt die natürliche Begabung, Kinder zu versehen und mit ihnen umzugehen, eine Begabung, die keineswegs mit der Fähigkeit, Kinder zu erzeugen, schon gegeben ist." Der Wille zum Entzugen, das ist nach Wynecken der für die Erziehung von der Familie zu fordernde „soziale Geist", wird leider meist verachtlich gemacht. Und so wird die Familie durch ihren „heiligen Egoismus" zum Hemmnis der Erziehung zur sozialen Gemeinschaft. Darum muß die Jugend sich selbst zu dieser Gemeinschaft zusammenfinden. Der Wille dazu ist (siehe Schulprogramm) vorhanden. Hat sich doch der Familienegoismus oft genug schädigend betätigt: gegen den Staat, gegen andere Familien, ja innerhalb der Familie selbst. Man denke an den Kampf um die Erhaltung der Standesschulen, die neuerliche Erhöhung des Schulgeldes für „höhere" Schulen, das Jammern der Kunstverlagen um die „Erhaltung des Familiensinns" bei der Beratung der Erbschaftssteuer, an das Geschrei der Frommen vom Recht der „Erziehungsberechtigten" bei Behandlung der Forderung der weltlichen Schulen. Und wie viele bleiben „aus familiären Rücksichten" der Kirche treu, mit der sie innerlich längst gebrochen haben. Darum schreibt Edwin Hoernle im Vorwort der „Kommunistischen Schule": „Das proletarische Kind muß befreit werden aus der väterlichen Gewalt der „Erziehungsberechtigten". Erziehungsberechtigt in der Periode der proletarischen Diktatur kann niemand sein als der Staat. Die bürgerlichen Eltern nicht wegen ihrer reaktionären Tendenz, die proletarischen Eltern nicht, weil ihnen die Fähigkeiten und Kenntnisse abgehen, um die Bildung der Kinder zweckmäßig zu leiten. Das erscheint auf den ersten Blick hart und rigoros. Aber die Entrechtung der Eltern ist nur scheinbar. Alles Einzelne freilich werden sie an Rechten einbüßen, als Gesamtheit jedoch gewinnen." In Zuta (Rußland) ist man sogar soweit gegangen, alle Kinder über drei Jahre den Eltern zu entziehen. Man stelle sich dazu wie man will. Und doch ists weniger grausam als der kapitalistische Sklavenhandel, der seine höchste Ausprägung im Millionenmord des Weltkrieges fand. Wieviel Söhne sind gefallen, wieviel Unmündige verdorben in all den tausend Jahren, da Fürsten und Herren um ihre „Hausmacht" kämpften, besser kämpfen ließen? Dieses Familienrecht Einzelner vernichtete unzählige Familien, ja zerstörte das eigene Glück der vermeintlich Glücklichen. Hausgesetze zwangen zu Standesehen, förderten die Unzucht, verbrängten den Bruder von Haus und Hof (Majoratsrecht). Und wie erareit uns Reuters „Kein Frühling". So wird die arg verpfeffte „Sozialisierung der Familie" an einem Beispiel für die Familie, die Menschheit. Verliert die Gemeinschaft den Charakter einer Herrschaftsorganisation zur Ausbeutung der Massen im Interesse bevorrechteter Kasten, so fällt damit auch der Beweggrund fort, der selbstbewußte und freiheitsdurstige Individualitäten zur Empörung gegen die Gemeinschaft anreizen mußte. — Die freieste Entfaltung idealer Persönlichkeiten kann nicht in Widerspruch geraten zu dem Gemeinwohl. Dann wird der scheinbare Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus sich synthetisch verschmelzen zu der freien Gemeinschaft. (Fortsetzung folgt.)

Neugier? Gesinnungsschnüffelei?

Die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes von Halle hat auf einem Formular, dessen Ausfüllung von den Mitgliedern verlangt wird — wie man sagt: „um bei den bevorstehenden großen Tarifverhandlungen über die bestehenden Verhältnisse genau unterrichtet zu sein" —, an die Mitglieder zehn Fragen gestellt, und davon lautet die neunte: Welcher Partei gehören Sie an? KPD., USP. (Ledebour) oder SPD.? Und die zehnte: Welche Zeitung abonnieren Sie? „Volksblatt", „Leipziger Volkszeitung" oder „Volksstimme"?

Wir finden, daß Herr Winkler ein recht neugieriger Mann ist. Denn es ist klar, daß er die Holzarbeiter nach der politischen Zugehörigkeit und ihrer Zeitungslektüre nicht aus Gründen einer wirtschaftlichen Bewegung fragt, sondern zu dem Zwecke, den Rechtsunabhängigen Unterlagen für die Agitation zu besorgen.

So ungehörig die hinterhältige Ausfragung der Mitglieder zu einem solchen Zwecke jedoch ist, werden die revolutionären Mitglieder des Holzarbeiterverbandes Herrn Winkler durch die Beantwortung die beste, wirksamste Lektion erteilen. Sie werden ihm offen ihre Gesinnung bekennen, die mit Herz und Verstand bei der 3. Internationale ist, und wenn Herr Winkler dann über die vielen „KPD." und „Volksblatt"-Zettel entsetzt sein sollte und über die Wenigen, die vom großen Heere des Hallischen Proletariats sich abgesondert haben, dann mag er es seiner Neugierde zuschreiben.

Diese aber werden ihm die Holzarbeiter bald abgewöhnen. Am morgigen Dienstag ist bereits Gelegenheit zur Ausübung dieser Erziehungsarbeit. Revolutionäre Holzarbeiter, seid zur Stelle!

Gewerbegerichtswahl in Halle.

Die Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht in Halle sind bekanntlich vom 7. November 1920 auf den 9. Januar 1921 verschoben worden und die Wahlvorschlagslisten müssen nunmehr erneut bis spätestens 18. Dezember eingereicht werden.

Wir fordern alle Gewerkschaftsorganisationen auf, falls sie an den bereits gemachten Wahlvorschlägen noch Aenderungen vorzunehmen wünschen, dies den Unterzeichneten **bis spätestens den 15. Dezember** mitzuteilen.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Halle (Saale).
J. A.: Emil Winkler.

Kein Säugling darf sterben!

An den jämmerlichen Daseinsbedingungen liegt es, daß die Sterblichkeit der Säuglinge heute so groß ist. Was die rechte Organisierung der Lebensverhältnisse und die nötige Pflege zu leisten vermögen, das zeigen uns in überaus interessanter Weise die Erfahrungen, die man in Düsseldorf gemacht hat. Sie beweisen uns, daß die neue Gesellschaft einmal keinen Säugling mehr sterben lassen wird. Sie beweisen uns aber auch, wie die Säuglingssterblichkeit schon heute in den städtischen Heimen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden kann.

Vor allem ist die strenge Trennung der gesunden von den kranken Säuglingen erforderlich. Ehe diese Trennung in Düsseldorf vorgenommen wurde, da gingen 71,5 % der in die Anstalt aufgenommenen Säuglinge zugrunde. Eine erschreckend hohe Zahl. Ja, wie Professor Schloßmann in der Münchener medizinischen Wochenschrift ausführt, dürften auch die lebend entlassenen 28,5 % kaum am Leben geblieben sein. Und Schloßmann ist Leiter der Düsseldorfer Kinderklinik und als hervorragender Fachmann bekannt.

Was die Trennung der kranken von den gesunden Säuglingen bedeutet, ist ebenfalls aus den Schloßmannschen Feststellungen ersichtlich. Eine große Herabminderung der Säuglingssterblichkeit bedeutete schon die von Schloßmann neu geregelte Ernährung und die bessere Hygiene. Und als dann 1907 die neue Kinderklinik in Betrieb genommen wurde, erreichte man eine durchgreifende Besserung. Schloßmann erließ die Maßnahme: im Säuglingspflegehause darf kein Kind mehr sterben! Und diese Organisationsmaßnahme hatte einen gewaltigen Erfolg. Durch diese Organisation sank nicht nur im Pflegehause der Gesunden die Sterblichkeit von 71,5 auf 6,2 %, auch in der Klinik der Kranken sank sie auf 17,1 %, so daß die Säuglingssterblichkeit im ganzen bis zum 31. Juli 1920 von 71,5 auf 17,3 % sank. Und wie Schloßmann ausdrücklich betont, ist auch diese Ziffer noch zu hoch und ein weiteres Herabgehen der Sterblichkeit zu erwarten.

Die Wissenschaft hat also theoretisch bereits die Voraussetzung erkannt, die die Sterblichkeit zu vermeiden imstande ist. Jetzt gilt es nicht nur, diese Erfahrungen in den einzelnen städtischen Einrichtungen in die Tat umzusetzen, sondern für jeden einzelnen Proletarier gilt es, das ganze Leben so zu gestalten, daß in ihm einfach kein Säugling mehr sterben kann. Daß es möglich ist, haben uns die Erfahrungen in Düsseldorf bewiesen. Am Proletariat liegt es, die Maßnahme zu treffen, daß im ganzen Leben kein Säugling mehr sterben darf.

* **Der Genosse Richard Rhein, Holzarbeiter,** früheres Mitglied des Arbeiterrates, wurde heute vormittag zwischen 6 und 7 Uhr durch Beamte der Kriminalpolizei in seiner Wohnung verhaftet. Anscheinend im Auftrage der Staatsanwaltschaft, die einen vor längerer Zeit gegen Rhein ausgestellten Haftbefehl jetzt durchführen ließ, obzwar sie wissen sollte, daß alle die Straftaten, derentwegen man unseren Genossen verfolgt, durch die Amnestie vom 4. August erledigt sind, wenn sie überhaupt geschehen wären. Es liegt begründeter Verdacht vor, daß die unerhörte Verhaftung das Werk des Spitzels Weider ist, der sich seit Wochen in der Nähe der Wohnung des Genossen Rhein herumgetrieben hat. Es wird allerhöchste Zeit, der Schwarzen Feme von Halle das Handwerk zu legen. Die Arbeiter können sich die offenkundige Vergewaltigung des Rechts und der Gesetze durch die verkappten Monarchisten nicht länger mehr gefallen lassen.

* **Die Unterhaltungsbeilage** mußte wegen der ausführlichen Berichterstattung über den Parteitag heute ausnahmsweise wegfallen.

* **SPD.-Metallarbeiter.** Mittwoch abend 7 Uhr Sitzung im „Volkspark". Alle müssen erscheinen.

* **Holzarbeiterverband. (Verwaltungsstelle Halle.)** Morgen, Dienstag den 7. Dezember, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher zu den Gegensätzen zwischen der Mehrheit der Verwaltung und einem Teile der Mitglieder Stellung genommen werden soll. Es ist Pflicht jedes einzelnen Verbandsmitgliedes, in dieser überaus wichtigen Versammlung zu erscheinen. Einlaß ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestatte.

* **Die Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse** fanden am gestrigen Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der Versicherten statt. Das Wahlergebnis wird heute nachmittag festgestellt und kann erst in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.

* **Arbeitsgemeinschaft der Jugend.** Heute abend sind die Leitsätze und Statuten der 3. Kommunistischen Internationale mitzubringen. Beginn ½8 Uhr in der Schillerschule. Gleichzeitig findet heute abend 7 Uhr am selben Orte eine Vorstandssitzung der Kommunistischen Jugend statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen erscheinen.

* **Die Geschäftsstelle der Angestelltenversicherung für den Stadtbezirk Halle** befindet sich bei H. Nilius, Landsberger Straße 10

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0009

Alle um Auskunft Nachsuchenden und solche, welche Anträge irgendwelcher Art stellen wollen, werden gebeten, sich dahin zu wenden, Sprechzeit Wochentags vormittags von 9 bis 12 Uhr. Tel. 6019.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke, Salzgrafenstraße 1, Sprechzeit werktags von 8 bis 4 Uhr,** teilt uns ihren Bericht über den Monat Oktober mit. Danach war die Sprechstunde des Arztes, der Schwestern und der Röntgenabteilung von insgesamt 1104 Personen besucht. Von denen wurden Hausärzten und Kliniken 80 zur Behandlung überwiesen. Impfungen auf Tuberkulose wurden 90mal vorgenommen, davon in 50 Fällen mit positivem Erfolg. Untersuchungen des Blutsarbstoffs fanden 47 statt, davon hatten mehr als ein Drittel der Untersuchten eine Minderung des Blutfarbstoffes unter 70 v. H. Hausbesuche machten die Schwestern 665. Zahlreiche Kinder wurden wie früher für Kuren in der Kinderheilstätte, für Auslandskuren, für die Ferienkolonie Günthersberge empfohlen. Die Fürsorgestelle steht allen Kreisen der Bevölkerung, auch den Angehörigen des Mittelstandes, offen.

* **Warnung vor Backmehl und Kuchenmehl.** Tagtäglich erleben Käufer von Backmehl, Kuchenmehl u. dgl., daß der damit zubereitete Teig nicht aufgeht und daher auch kein brauchbares Gebäck zustande kommt. In ihrer berechtigten Entrüstung wenden sie sich alsdann vielfach an die Polizei, wo fortgesetzt derartige Beschwerden und Anzeigen eingehen. Die Untersuchung solcher Mehle hat fast ausnahmslos zu dem Ergebnis geführt, daß sie nicht ohne weiteres zur Herstellung von Gebäcken, namentlich den gewöhnlichen Kuchen, verwendbar sind. Denn ein Mehl, das nicht genügende Mengen Kleber als natürlichen Bestandteil enthält, liefert ohne erhebliche Zusätze keinen brauchbaren zähen Teig, der bei der Gärung oder infolge des Backens verursachte durch die Kohlensäureentbindung sich aufblähen und dieses bis zur Vervollendung des Backvorgangs zurückhält. Darauf, daß ein erheblicher Zusatz bei der Teigbereitung nötig ist, werden die Käufer aber nicht hingewiesen; ein solcher ist zudem heute sehr kostspielig. Derartige Kuchenmehle bestehen hauptsächlich aus Maisstärkemehl, Kartoffelstärkemehl, Tapiokamehl, Hafermehl oder Gemischen dieser Mehle. Die Bezeichnung solcher Mehle und Mehlgemische als Backmehl oder Kuchenmehl ist irreführend im Sinne der Verordnung vom 26. Juni 1916, da derartige Mehle lediglich als Zusatz zu wirklichem Backmehl benutzt werden können, wenn nicht zugleich entsprechende Eiweißen Verwendung finden. Es wird daher vor allen zur Täuschung geeigneten Bezeichnungen gewarnt, zumal leider durch sie beträchtliche Nährstoffmengen der menschlichen Ernährung verlorengehen, wenn die Gebäcke nicht genießbar sind. Die Händler, aber auch die Verbraucher sollten beim Einkauf von als Backmehl oder Kuchenmehl bezeichneten Mehl recht vorsichtig sein und zunächst Auskunft darüber verlangen, worum es sich tatsächlich handelt.

* **Schwurgericht.** In der am 6. Dezember beginnenden Schwurgerichtsperiode wird verhandelt: am 6. Dezember gegen Frieda Rabe geb. Schwarzkopf wegen Meineid; am 7. Dezember gegen den Arbeiter Hermann Manegold wegen Notzucht bzw. versuchter Notzucht und gegen den Bergmann Otto Wolffeld wegen Notzucht; am 8. Dezember gegen den Stellmacher Artur Jung, den Warenagent Artur Kohl und den Ausbeiter Max Lehmann wegen schwerer Urkundenfälschung, Betrugs und Hehlerei; am 9. Dezember gegen Christian Krüger wegen versuchterlicher Beleidigung eines Vorgesetzten, Betrugs und Meineid; am 10. Dezember gegen den Arbeiter Otto Benne, den Bierfahrer Max Fengler und den Arbeiter Hans Klemens wegen schweren Diebstahls in wiederholten Rückfalle, Nötigung und versuchten Totschlages.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr geht Frank Wedekinds „Frühlings Erwachen" in Szene. Dienstag gelangt die Oper „Die Gezeichneten" von Franz Schreker zur Erstaufführung. In den Hauptpartien sind beschäftigt: Maria Gönzel-Dworsky, Lia Stadtsager, Hans Waldburg, Fritz Kerkmann, August Roesler, Cornelius Bark, Wilhelm Hackel, Fritz Schneider, Kurt Schreiber, Georg Weiternhagen, Eugen Albert, Dirk Maaß. Inszenierung und Spielleitung: Leopold Sachse; musikalische Leitung: Oskar Braun. Zur Feier von Beethovens 150. Geburtstag gelangen am Stadttheater zur Aufführung am Sonnabend, den 11. Dezember: „Missa solemnis"; Donnerstag, den 16. Dezember: „Fidelio"; Sonnabend, den 18. Dezember: Phantasie für Klavier, Chor und Orchester, Opus 80, und die 9. Sinfonie.

* **Apollo-Theater.** Das Gastspiel des Balletts Blanvalet dauert nur noch drei Tage. Es wird besonders nachmals darauf hingewiesen. Donnerstag, den 9. Dezember, findet die Erstaufführung der Schwankoperette „Die schöne Lieselotte" statt. Der Komponist ist der hier gut bekannte Dirigent der Operette im Apollo-Theater, Max Bernruch. Die Erstaufführung seines Werkes wird der Komponist selbst dirigieren.

Vereins- und Veranstaltungs-Anzeiger.

Angesichts der großen Wohnungsnot, sowie auch der vielfach unberechtigten Forderungen unserer Hauswirte, ist es Pflicht aller Mieter, sich auf ihre Rechte zu besinnen. Die vielen Klagen vor dem Mietseinigungsamt, sowie die Beschwerden über das Wohnungsamt, liefern den Beweis, wie unerträglich und mißstimmend diese Zustände auf die gesamte Mieterschaft von Halle wirken. Wir verweisen deshalb auf den **Mieter-Verein Halle a. S.,** der am Dienstag, den 7. d. M. seine Monatsversammlung im Volkspark abhält. Gäste dazu willkommen. (Siehe Inserat.)

„Komm wieder, Nöck, du bist so schön!" Der ungewöhnliche Erfolg, den der berühmte Kammersänger Paul Bender anläßlich seines letzten hiesigen Konzertes bei Presse und Publikum fand, veranlaßte die Konzertdirektion Reinhold Koch, „Deutschlands Meistersinger" für einen zweiten Liederabend zu gewinnen (Dienstag, den 14. Dezember in der „Tegenlage"). Da bereits viele Kartenvorbestellungen vorliegen, empfiehlt man sich rechtzeitig mit Karten, die ab Montag bei Reinhold Koch, Alte Promenade, zu haben sind.

Lula Mysz-Gmeiner-Konzert. Das i. B. infolge Erkältung abgesagte Konzert der bekannten Kammersängerin findet Mittwoch, den 5. Januar in der „Tegenlage" statt. Alle bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Weitere Karten bei Reinhold Koch.

Ballett Georges Blanvalet im Apollo-Theater. Nur noch vier Tage dauert dieses ganz hervorragende Gastspiel. In einem Meer von leuchtenden Farben bewundert das Auge das Spiel technisch vollendet geschulter Körper und Glieder. Sankt sich der Vorhang über das Schlußbild des „Weinsburg", so will der Beifall kein Ende nehmen. Versäume niemand diese Gelegenheit, choreographische Kunst, in höchster Vollendung sich anzusehen. Das Ballett geht die Aufführung der Operette „Der Zuzdaron" voraus.

Aus der Provinz.

Unterbezirk Sangerhausen-Eckartsberga.

Wir machen nochmals auf die am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr in Sangerhausen, „Preußischer Hof" stattfindende Gemeindevertreterkonferenz aufmerksam. An dieser Konferenz müssen alle Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Amtsausschüsse usw., die auf den Boden der 3. Internationale stehen, teilnehmen. Die Vereinigte Kommunistische Partei erfordert auch in der Gemeindepolitik einheitliches, zielsicheres Handeln, deshalb müssen alle obengenannten Genossen anwesend sein. Auf der Tagesordnung steht: 1. Unsere Aufgaben in den Gemeindeparlamenten. Referent Amtsvorsteher Genosse Driebusch, Schönnewitz (Saalkreis). 2. Ausbrache. 3. Bildung von Unterberatungsstellen. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Unterbezirksvorstand: J. A. Karl Franzke.

Nordhausen. Stadttheater. Spielplan vom 6. bis 12. Dezember: Montag: geschlossen. Dienstag (Mietfolge rot): „Die Dollarprinzessin". Mittwoch (außer Miete): „Die Dollarprinzessin". Donnerstag (Mietfolge gelb): Benedix-Abend: „Die Dienstboten" „Der Vetter". Freitag (Mietfolge blau): „Die Dollarprinzessin". Sonnabend (außer Miete) Schauspielpreise: „Gottes Volk". Sonntag nachmittag 3½ Uhr: „Die Fischingsse". Sonntag abend ½8 Uhr: „Die Dollarprinzessin". Die Abendvorstellungen beginnen pünktlich ½8 Uhr. Der Spielplan wird nur einmal veröffentlicht. (Ausschneiden und aufheben.)

— **Tödlich verunglückt** sind der Lokomotivführer Dreibrot und der Heizer Buchwaldt. Beim Transport einer reparaturbedürftigen Maschine von der Werkstatt nach Wernigerode entgleiste dieselbe und begrub alle beide unter sich. — Der Steindrucker Franz Schade verunglückte infolge eines Betriebsunfalles in der Plakat- und Etikettenfabrik Karl Koch. Er starb kurze Zeit darauf.

— **Die Holzarbeiter erhielten,** nachdem sie geschlossen die Arbeit niedergelegt hatten, eine zehnprozentige Lohnerhöhung.

— **Brotpreiserhöhung.** Für Mehl, Brot und Zwiebad werden folgende Höchstpreise festgesetzt: 1 Pfund Roggenmehl 1,40 Mark. 1 Pfund Weizenmehl 1,60 Mk. 1 Pfund Weizenzusatzmehl 1,60 Mk., 1 Schwarzbrot zu 4 Pfund 4,60 Mk., 1 Weißbrötchen zu rund 85 Gramm 0,22 Mk., 1 Pfund Kartoffelbrot 1,40 Mk., 1 Pfund Zwiebad 4,80 Mk. — Die Wochenhöchstmenge an Schwarz- und Weißbrot wird auf 2000 Gramm festgesetzt. Kinder im Alter bis zu zwei Jahren erhalten 1000 Gramm. Alle Bergarbeiter, insbesondere die unter Tage arbeitenden, sowie an Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn und Binnenschiffer werden Brot-Zusatzkarten über 1½ Pfund Brot wöchentlich ausgegeben. — An Stelle von je 250 Gramm Gebäck können 165 Gramm Mehl entnommen werden.

— **Ein Heiratsschwindler,** der sich Förster Karl Jachmann nennt, und sich hier größere Geldsummen und Wertgegenstände erschwindelt hatte, wurde jetzt in Hildesheim gefaßt. Auch dort hatte er unter dem Namen Jan de Haven Heiratsschwindeleien verübt.

— **Holzverkauf auf dem Schlachthofe.** Montag, 6. Dez., Bezirk 12: Nummer 1 bis Schluß, und Bezirk 11: Nummer 1 bis 500. Dienstag, 7. Dez., Bezirk 11: Nummer 501 bis Schluß, und Bezirk 10 Nummer 1 bis Schluß. Donnerstag, 9. Dez., Bezirk 9: Nummer 1 bis Schluß, und Bezirk 8 Nummer 1 bis 500. Freitag, 10. Dez., Bezirk 8: Nummer 501 bis Schluß, und Bezirk 7: Nummer 1 bis Schluß. Sonnabend, 11 Dez., Bezirk 6: Nummer 1 bis Schluß und Bezirk 5: Nummer 1 bis 500. — Verkauf von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. — Holzausgabe bis 3 Uhr. (Eintragung 68a.) Abgegeben werden an jedem Hausbalt bis zwei Zentner geschnittenes Fichtenholz zum Preise von 10,50 Mk. für je einen Zentner. — Kinder unter 14 Jahren haben zum Schlachthof keinen Zutritt.

Sangerhausen. Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr. Für die nächste Stadtverordnetensitzung ist folgende Tagesordnung festgesetzt worden: 1. Ergänzung der Hundesteuer; 2. Festsetzung und Entlastung der Rechnung über Beschaffung von Heizmaterialien im Winter 1918/19; 4. Sonderrechnung über Einrichtung einer alten Wohnung im Krankenhause; 5. Sonderrechnung über An- und Verkauf von Magermilch im Rechnungsjahre 1919; 6. Sonderrechnung über An- und Verkauf von Saatkartoffeln im Jahre 1919; 7. Sonderrechnung über An- und Verkauf von Gemüse im Jahre 1919; 8. Rechnung der Reinbrechtstiftung für das Rechnungsjahr 1919; 9. Rechnung der städtischen Volksbücherei für das Rechnungsjahr 1919; 10. Rechnung der Armenverwaltung für das Rechnungsjahr 1918; 11. Rechnung des städtischen Arbeitsnachweises für das Rechnungsjahr 1918; 12. Rechnung der Schulverwaltung für das Rechnungsjahr 1918; 13. Jahresrechnung der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1918; 14. Genehmigung folgender Verträge: a) Kaufvertrag mit dem Drechsler Karl Gille, b) Pachtvertrag mit dem Pächter Altendorf; 15. Anstellung einer Stadtkürsnerin; 16. Wahl eines Arztes in die Gesundheitskommission; 17. Bewilligung von Baukostenvorschüssen; 18. Betrifft Instandsetzung an der Marienkirche; 19. Betrifft Materialbeschaffung für den Handwerkerarbeitsnachweis; 20. Bewilligung von 1489,50 Mk. Umzugskosten; 21. Bewilligung von Differenzgeldern für den Vorsteher der Steuerkasse Herrn Käsberlach; 22. Aenderung des Regulativs der Pfortastiftung; 23. Genehmigung der Grundsteuerordnung; 24. Genehmigung des Nachtragsetats; 25. Nachbewilligung von 64 046,92 Mk. Kreissteuer; 26. Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens durch die Gemeinde. — Wir fordern die Sangerhäuser Arbeiterschaft auf, die Stadtverordnetenversammlungen zahlreich zu besuchen und sich über die Stellungnahme ihrer Vertreter zu wichtigen Punkten immer zu orientieren.

Bitterfeld. Aus dem Gewerkschaftskartell. Kartellvorstand Vogler eröffnete die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Anstellung eines Arbeitersekretärs. 3. Arbeitsamt. 4. Verschiedenes. Genosse Vogler verlas zunächst einen Brief von der Wohlfahrtsfestkommission betreffs Unterstützung vom Gewerkschaftskartell für den Blumentag zugunsten der Kindernot. Genosse Becker bemerkte, die Kriegshetzer in den patriotischen Kreisen seien die Ursachen der Kindernot, und es haben die bürgerlichen Kreise zwecks Unterstützung zur Hebung der Kindernot bei den Kriegsgewinnlern und dgl. Leute anzuklopfen. Ein Antrag vom Freisinner Kartell zum Bau eines Volkshauses wurde dahingehend erledigt, daß das Bitterfelder Gewerkschaftskartell kein Geld übrig habe zum Volkshausbau, da wir in Bitterfeld auch noch keines haben. Zur Anstellung eines Arbeitersekretärs erklärte der Genosse Vogler, daß das Arbeitsministerium sowie auch die Generalkommission sich zu einem Zuschuß zum Sekretariat bereit erklärt haben und in Anbetracht des großen Industriebezirks Bitterfeld sei es notwendig, daß das Arbeitersekretariat bald errichtet wird. So mußte Genosse Vogler seit 10. Oktober über 135 Rechtsauskünfte erteilen in Zivil- und Strafsachen sowie Unfall- und Invaliditätssachen. Diese Auskunftsstelle in allen Rechtsfragen nebenamtlich zu betreiben, sei nicht mehr möglich. Es macht sich die Anstellung eines Arbeitersekretärs unbedingt notwendig. Nach einer lebhaften Debatte wurde einem Antrag zugestimmt, aus der Mitte des Kartells eine Anstellungskommission zu wählen, bestehend aus fünf Kartellbevollmächtigten und drei Vorstande, welche die Einstellung des Sekretärs in die Wege leiten soll. Zum Punkt „Arbeitsamt" erklärte der Vorsitzende Vogler: Immer wieder häufen sich die Klagen von den Arbeitnehmern daß der Arbeitsnachweis in Bitterfeld nicht richtig funktioniert. Vor allen Dingen müssen wir dafür Sorge tragen, daß keine arbeitsfähigen Offiziere in den Arbeitsnachweisen als Beamte untergebracht werden. Wie viele wissen, hat auch die Leipziger Amtshauptmannschaft eine Verfügung erlassen, wonach sämtliche Arbeiter und Angestellte, die in Leipzig und Umgegend arbeiten, aber auf preußischem Gebiete wohnen, zu entlassen sind. Wir müssen die Arbeitsnachweise in unserem Kreise zusammenschließen und ein Arbeitsamt bilden. Genosse Becker führte Beispiele an, wie vom Arbeitsnachweis angewiesene Arbeiter ohne weiteres zurückgewiesen wurden, obwohl Arbeiter angeboten waren. Es sei daher anzunehmen, daß innerhalb des Bezirks schwarze Listen im Umlauf sind. Genosse Bormann stimmt dem zu, daß der Arbeitsnachweis von den Industriellen sabotiert wird; denn Arbeitskräfte, die ihnen nicht angenehm sind, werden ohne weit res zurückgewiesen. Auch auf den Amtsinspektor Herrn Hoffmann sei die Arbeiterschaft aus dem unbeschlichen Gebiet, weil die Bitterfelder Arbeiter zu revolutionär wären. Hier macht sich eine bessere Zusammensetzung des Arbeitsnachweises nötig. Gewerkschaftsbeamter Lehrin erklärt, ein Zwang zur Annahme eines vom Nachweis geschickten Arbeiters besteht nicht. Genosse Becker brachte den Fall Seidewitz zur Sprache, der als Betriebsrat wegen unentschuldigten Wegbleibens zur Entlassung gekommen ist. Genosse Taube deckte den Bustag zur Sprache und erklärte, die Betriebsräte haben immer dafür gestimmt, daß der Bustag als Arbeitstag zu gelten hat, im vorigen Jahre haben wir deshalb den Generalstreik gehabt, und in diesem Jahre ist uns der Demobilmachungskommissar entgegengekommen, indem er den Bustag als Arbeitstag für den Bergbau und die Chemie freigegeben hat. Die Betriebsräte sind mit den Beschlüssen einig geworden, die 50 Prozent für den Bustag nicht anzunehmen, weil sie demonstrativ für den Bustag als Arbeitstag agitieren wollen. Und nun kommt die Gewerkschaftsinstanzen und wollen den Beschlußfassen die 50 Prozent Bustag aufzwingen, damit sie uns in unseren Anschauungen den Beschlüssen gegenüber Knüppel zwischen die Beine werfen. Genosse Bormann brachte noch einen Fall von dem Elektrotechnischen Werke zur Sprache, wo der Direktor des Werkes, Dr. Strauß, die Kontrolle der Verbandsbücher innerhalb und außerhalb von dem Fabrikgrund verboten hat. Eine lebhafte Debatte entspann sich noch über die Einführung der 48-Stunden-Woche. Ihre Notwendigkeit erkennt im Interesse der Arbeitslosen jeder an und sie soll bis 1. Januar durchgeführt sein. Ein Antrag auf 200 Mk. Unterstützung für Zwecke des Esperanto-Kursus wurde abgelehnt. Ferner ging ein Antrag von der Arbeiterjugend ein, ihr 200 Mk. für Bildungszwecke zu gewähren. Auch für die kommunistische Jugend wurden 200 Mk. bewilligt.

— **Unter der Spitzmarke: Die chronische Lüge in den „Volksblatt"-Spalten** brachte das Volksstimmchen in Nr. 290 eine „Berichtigung" über die Vollversammlung der Betriebsräte. Was aber Lüge und Verleumdung ist, soll hier an einigen Beispielen klargestellt werden. Die erste Behauptung, daß sich die Betriebsräte der chemischen Industrie schon längst dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen hätten, ist unwahr, denn nach dem Protokoll der Betriebsrätesitzung (Gruppe Chemie) am 1. November 1920 war das Weißbrötchen zu gewinnen folgendes: 24 Stimmen für den Gewerkschaftsbund, 21 für die Richtlinien der WRO. Also kann man nicht behaupten, daß die Betriebsräte der Chemie sich den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes angeschlossen hätten. Die Eisenindustrie steht unter dem Einfluß der Gewerkschaftsinstanzen und ihrer Anhänger, aber auch hier macht sich eine starke Opposition bemerkbar. Das weitere, was uns als „Lüge und Verleumdung" unterstellt wird, nämlich die Abstimmung in der Betriebsräteversammlung, das Ergebnis wäre anders gekommen, nachdem die Hälfte der Betriebsräte den Saal verlassen hätten, ist folgenderweise richtig zu stellen. Die versammelten Betriebsräte waren bei der Abstimmung anwesend, nur einige Gewerkschaftsvertreter und einzelne Vertreter der Kleinindustrie zogen es vor, der Abstimmung fern zu bleiben. Nur in der Sache der Abstimmung selbst war ein Fehler unterlaufen. Es wurde nicht für den Eintritt in die WRO., sondern über folgenden Antrag abgestimmt: Die Konferenz beschließt, in nächster Zeit eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte aller Industriegruppen stattfinden zu lassen, und einen Referenten und Korreferenten über das Thema: „Gewerkschaftsbund und WRO." zu hören, um eine richtige Klarstellung im Bezirk herbeiführen zu können. Für diesen Antrag stimmten 77, gegen den Antrag 31 Stimmen. Die andere Verleumdung, daß in der Versammlung nur Moskauer Phrasen gedroschen worden sind und die Angestellten und Betriebsräte aus Furcht vor dem Moskowiter Gespenst das Lokal verlassen haben, wird schon dadurch hinfällig, daß nur einzelne indifferente, politisch tiefstehende Betriebsräte weggegangen waren. Und die Schlußbehauptung, die Minorität ohne Geist und Verstand werden trotz ihrer revolutionären Gebärden doch wieder „die Gelben" sein, schlägt dem Einsender des Lügengerüchts selbst ins Gesicht, denn sie selbst sind doch die Minorität, wie der Verlauf der Versammlung zeigte. — Das im Verborgenen bleibende Gittspläncken kann natürlich nicht anders als geifen und kläffen, und muß auch von Zeit zu Zeit aus Wut über seine Ohnmacht derartige Töne anstimmen. Sollten die Smoks des Papierladenblättchens nicht merken, welch lächerliche und traurige Rolle sie dabei spielen?

Zschornewitz-Golpa. Die erste Funktionärsitzung der KPD. und USPd. Zschornewitz-Golpa am 2. Dezember nahm Kenntnis von dem Entwurf der Organisationsstatuten der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands und erklärte sich einstimmig mit denselben einverstanden. Darauf wurde Bericht über die Kreisgeneralversammlung erstattet. Wegen der vorgerückten Zeit konnte der letzte Punkt der Tagesordnung, die Verschmelzungsfrage nicht mehr beraten werden und es wurde beschlossen, daß am Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, eine Vorstands- und Funktionärsitzung beider Parteien im „Kolonie-Gasthof" zu Zschornewitz stattfinden soll, um diese Frage zu regeln. Weiter wurde beschlossen, daß am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, eine Mitgliederversammlung beider Parteien in demselben Lokal stattfindet, um die Einigung zu beschließen. Die Krise der Partei ist in Zschornewitz und Golpa überstanden; ohne Spaltung gehen wir als geschlossene Masse noch stärker als zuvor gegen alle unsere Feinde. Die Arbeit beginnt, die wir zu tun gelobten, als wir uns für die 3. Internationale entschieden. Zeigt nun durch ein ebenso reges Interesse, wie in den letzten Wochen, daß Ihr den Geist dieser Internationale begriffen habt. Arbeitet mit, weckt die Säumigen, stellt Euch in die Kampfesreihen und erscheint geschlossen in den Versammlungen.

Wittenberg. Heraus aus der Kirche. In der am 1. Dezember vom Vorstand des Freireligiösen Vereins einberufenen öffentlichen Versammlung im Saale des Genossen Freudenberg referierte Lehrer Kukuk (Halle) über das Thema: „Heraus aus der Landeskirche." Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft legte er die Gründe dar, die jeden für Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit eintretenden Menschen veranlassen müßten, das Tischtuch zwischen sich und der religiösen Organisation endgültig zu zerschneiden. Die Kirche ist es, die ihren Jüngern stets die Wahrheit vorenthält. Sie hat ihre internationale Menschheitsaufgabe im Kriege vollständig beiseite geworfen. Sie erzieht unsere Kinder zur Ergebenheit und Demut, Ehrfurcht und Dienerei, zu willenlosen Sklaven. Die bürgerliche Gesellschaft gebraucht die Religion, um mit ihrer Hilfe die Köpfe des jugendlichen Proletariats zu umnebeln, sie geistig zu degenerieren, sie für ihr Leben im Bannkreis längst überlebter Ideen zu halten, ihnen ihre natürliche Denkfähigkeit zu rauben, damit sie als willenlose Arbeitstiere sich um so besser ausbeuten und ausmergeln lassen. Der Kirchenaustritt ist die beste Waffe, die das selbständig denkende Proletariat gegen alle geistige Unterjochung und Knebelung anzuwenden hat. Heraus aus der Kirche! So schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Weißenfels. Eisenbahnunfälle. In letzter Zeit haben sich die Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf Ueberwegen durch die Eisenbahn vermehrt. Anstatt vor dem Uebergang in angemessener Entfernung an der Schranke vorschriftsmäßig zu halten, treiben die Fuhrwerkslenker bei Sichtung eines Zuges vielfach ohne ausreichende und zutreffende Schätzung der Geschwindigkeit des Zuges ihr in Fahrt befindliches Fuhrwerk zu größerer Geschwindigkeit an und versuchen über die Wegekreuzung in scharfer Gangart hinüber zu gelangen. Sie beachten nicht, daß noch im letzten Augenblick Behinderungen durch den Zustand des Wagens, wie auch durch Erschrecken und Scheuen der Pferde vor der arbeitenden und laut läutenden Lokomotive, leicht und unerwartet eintreten können. Gerade auf diese Fehler muß eine Reihe bedauerlicher Unfälle zurückgeführt werden. Geschirrführer und Fuhrhalter werden auf die Vorsichtsmaßregeln, die besonders bei dem Befahren von unbewachten Bahnübergängen auf Nebenbahnen zu beachten sind, hingewiesen.

Zeitz. Markenfreies Weizenkleingebäck (Semmeln, Brötchen usw.), das man seit geraumer Zeit überall kaufen konnte und aus im Schleichhandel bezogenem Mehl bereitet wurde, darf künftig nicht mehr gebacken werden. Es ist dagegen nun ein strenges Verbot erlassen worden, worin bei Verstoß längere Schließung der Betriebe angedroht wird. — Bei dieser Gelegenheit sei allen Frauen gleich mitgeteilt, daß ein Kuchenbackverbot nicht zu erwarten ist. — Der Verkauf des ungeflammten Fettes beginnt in den nächsten Tagen, und zwar im Freiverkauf. Der Verkaufspreis ist auf 21,50 Mk. festgesetzt worden. Die Stadt leistet dabei einen erheblichen Zuschuß. Das Fett ist von guter Qualität. — 240 Mann Sipo soll die Stadt Zeitz bekommen, deren Eintreffen jeden Tag erwartet werden kann. Mit der blauen Polizei sind es dann gegen 250 Mann, die die Bourgeoisie und das Kapital beschützen sollen. Unsere Arbeitslosen werden sich sicher freuen, wenn sie nun auf diese Art „Kameraden" bekommen. Demgegenüber gilt es ruhig Blut zu bewahren; auch über diese Zwirnsfäden werden wir nicht stolpern und uns in unserer Arbeit nicht stören lassen. — Die Nummernbezeichnung der blauen Polizei wird auf Antrag der Beamten selbst zunächst in Fortfall kommen.

Salza b. Nordhausen. Eine Ortsgruppe der Vereinigten KP. wurde hier am 1. Dezember nach einem Referat der Genossin Scholem (Halle) über das deutsche Proletariat und die 3. Internationale gegründet. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen und die Diskussion war eine rege. Die Anwesenheit der Ortsgruppe, der sich die tätigsten Genossen angeschlossen haben, bietet Gewähr dafür, daß unsere Bewegung rüstig vorwärtsschreitet und daß auch das „Volksblatt" recht zahlreiche Verbreitung finden wird.

Langendorf-Obergreißlau-Untergreißlau. Parteigenossinnen und -genossen! Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet ein Diskussionsabend statt. Keiner darf fehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201206-16/fragment/page=0010